



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die Rolle sozialdemokratischer Prinzipien für lokale
soziale Innovation – Am Beispiel der Stadt Wien“

verfasst von / submitted by

Nina Görgen, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2024 / Vienna 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 905

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Soziologie

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Yuri Kazepov, PhD

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	5
Tabellenverzeichnis	5
I. Sozialdemokratische soziale Innovation als Lösung für die Herausforderungen der Demokratie?	7
II. Theorierahmen	12
a. Konzept der sozialen Innovation	12
i. Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Vielfalt der Konzepte von sozialer Innovation	13
ii. Verschiedene Forschungsstränge von sozialer Innovation	19
iii. Entwicklung des Forschungsfeldes der sozialen Innovation	22
iv. Die Bedeutung der sozialen Innovation im politischen Diskurs	23
v. Politische Einflüsse von sozialer Innovation im multiskalaren Kontext	25
b. Soziale Innovation in Wien	28
c. Die Sozialdemokratie: Ideologische Grundlagen, Historische Entwicklung und Einfluss auf die Gesellschaft	31
i. Generelle ideologische Prinzipien und Werte der Sozialdemokratie	31
ii. Entwicklung und Verankerung der Sozialdemokratie in Österreich und Wien	36
III. Methoden und Daten	40
a. Forschungsfrage	40
b. Auswahl der Wiener Stadtverwaltung als Fallstudie und Annahmen	42
c. Datenerhebung	43
i. Die semi-strukturierten Interviews	44
ii. Die Leitfadenkonstruktion	44
iii. Auswahl der Interviewpartner:innen und Durchführung	48
d. Datenanalyse: Qualitative Inhaltsanalyse	50
e. Ethik und Datenschutz	50
IV. Die Stadt Wien als Fallstudie	52
a. Struktur und Organisation der Stadtverwaltung	52
b. Städtische Player der sozialen Innovationslandschaft in Wien	54
c. Kurzanalyse Strategiepapiere	57
i. Smart City Wien Rahmenstrategie (2019-2050)	57

ii. Wien 2030 – Wirtschaft und Innovation.....	59
d. Kurzanalyse: Wissenschaftliche Einschätzungen zur Wiener Stadtpolitik	61
V. Analyse: Die Sichtweise der Expert:innen	62
a. Der Kontext der sozialen Innovation	62
b. Soziale Innovation als Konzept und Praxis in der Stadt Wien.....	67
c. Soziale Innovation und gesellschaftliche Themen	74
d. Zusammenarbeit und Interaktion	77
VI. Diskussion: Sozialdemokratische soziale Innovation in Wien: Chancen und Herausforderungen für soziale Veränderungen.....	81
a. Zusammenfassung der Ergebnisse aus den Interviews.....	81
b. Interpretation und Integration der Ergebnisse.....	82
c. Vergleich mit theoretischen Erwartungen.....	86
d. Implikationen für Politik und Verwaltung	87
e. Limitationen der Forschung	88
VII. Fazit: Sozialdemokratisch kontrollierte soziale Innovation.....	90
VIII. Literaturverzeichnis	94
Appendix	101
Abstract Deutsch.....	101
Abstract Englisch	102

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 - Aufbau der Arbeit, eigene Darstellung	11
Abbildung 2 - Prozess der sozialen Innovation nach Murray et al. (2010, S. 11).....	18
Abbildung 3 - Pfade der sozialen Innovation nach Ayob et al. (2016, S. 649)	19
Abbildung 4 - Ergebnisse der Analyse, eigene Darstellung	80

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 - Leitfaden für die Expert:inneninterviews	45
Tabelle 2 - Übersicht über den thematischen Bereich der Tätigkeit der Interviewpartner*innen.....	49

I. Sozialdemokratische soziale Innovation als Lösung für die Herausforderungen der Demokratie?

Die jüngsten journalistischen Enthüllungen über die mutmaßliche Diskussion von Deportationsplänen bei einem Treffen von rechten Politiker:innen und Unternehmer:innen in Deutschland haben eine internationale Welle der Bestürzung und einen breiten öffentlichen Diskurs über den Zustand der Demokratien in Deutschland und Österreich ausgelöst (Schneider 2024; Misik 2024). Eine Verstärkung der antidemokratischen Tendenzen lässt sich auch an den steigenden Wahlergebnissen von rechten Parteien, wie der österreichischen FPÖ oder der deutschen AfD, erkennen, die explizit mit antidemokratischen Einstellungen werben.

Auch die Sozialwissenschaften diskutieren den Zustand unserer Demokratien. Die Anzahl der liberalen Demokratien nimmt weltweit ab und die bestehenden Demokratien haben mit Legitimitäts- und Repräsentationsproblemen zu kämpfen (Vorländer 2023, 62–63). So sinkt das Vertrauen in demokratische Institutionen auch in Österreich. Im Jahr 2022 waren nur noch 34 % der Befragten des Österreichischen Demokratiemonitors der Meinung, dass das politische System in Österreich gut funktioniere und auch die Vertrauenswerte in die demokratischen Institutionen sanken weiter (SORA 2022, S. 11–12). Dennoch muss man nicht von einer Krise der Demokratie ausgehen. Der allgemeine längerfristige Trend zeigt insgesamt eine starke Ausweitung der Demokratien im Laufe der Zeit und die Demokratien weisen eine gewisse systemische Wehrhaftigkeit auf, die zu ihrer Stabilität beiträgt (Kriesi 2020, S. 238). Wolfgang Merkel (2016, S. 11) plädiert unter Berücksichtigung der empirischen Evidenz zwischen Krisen und Herausforderungen der Demokratie zu unterscheiden.

Die Vertrauenseinbuße in die Wirksamkeit der politischen Teilhabe am demokratischen System zeigt die Dringlichkeit, mit der wir als Gesellschaft neue Ansätze für die Demokratie finden müssen. Renommierte Sozialwissenschaftler:innen betonen in diesem Zusammenhang die Chancen des Konzeptes der sozialen Innovation. Das Konzept der sozialen Innovation bietet die Chance diese Mängel zu beheben und bietet "*new opportunities for reconnecting direct and representative democracy*" (Moulaert 2020, S. xii) und haben das Potential, traditionelle politische Paradigmen zu durchbrechen. Auch Hegemann und Kahl (2023, S. 161) argumentieren, dass eine

mögliche Lösung zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Demokratie ein Abbau von sozialer Ungleichheit und eine Förderung von innovativer politischer Partizipation ist. Die Hoffnung ist, dass durch soziale Innovation das Vertrauen in demokratische Prozesse - und wenn auch nur teilweise - wieder hergestellt werden kann.

Moulaert (2020, xii) sieht die Gründe für die sinkende Legitimität der Demokratie zum Teil in der Einmischung der Logik des neoliberalen Marktfundamentalismus in sozialpolitische Sphären und einer Verstärkung von Einkommensungleichheit durch wettbewerbsorientierte Dynamiken, sowie in einer Unfähigkeit von nationaler Politik, auf lokale soziale Probleme angemessen zu reagieren. Aufbauend auf dieser Argumentation liegt die Vermutung nahe, dass ein politisches System wie das von der Sozialdemokratie propagierte als Gegenentwurf zum Neoliberalismus die Symptome der demokratischen Herausforderungen mindern könnte. In einer Kombination mit der lokalen Logik von sozialer Innovation könnte der Negativtrend gestoppt werden. Um mehr über die Dynamiken zwischen sozialer Innovation und sozialdemokratischen Prinzipien herauszufinden, sollen daher in der vorliegenden Arbeit deren Zusammenhänge untersucht werden. Wie beeinflussen sozialdemokratische Inhalte, Institutionen und Prozesse die Strategie und Umsetzung von sozialer Innovation? Und wie wirkt sich das auf den Erfolg der sozialen Innovation aus? Die Untersuchung dieser Wechselwirkungen bietet die Möglichkeit, mehr Wissen darüber zu generieren, wie bestehende politische Ideologien durch Modernisierung zur Bewältigung aktueller demokratischer gesellschaftlicher Krisen und Herausforderungen beitragen können. Zudem bietet die Forschung eine kritische Analyse der öffentlichen sozialen Innovationslandschaft in Wien.

Der Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit ist die Stadt Wien. Mit ihrer Historie als „Rotes Wien“ und der Vorreiterrolle in erfolgreicher Sozial- und Demokratiep Politik kann die Stadt Wien hier als aufschlussreicher Rahmen für die Untersuchung dieser Zusammenhänge dienen. Die Stadt ist seit 1920 in allen demokratischen Geschichtsphasen sozialdemokratisch regiert und hat zudem als Gemeinde und Bundesland zugleich weitgehende Befugnisse und Ressourcen. Wien kann daher als ein Musterbeispiel für sozialdemokratische Strukturen und Politik betrachtet werden.

Für die vorliegende Untersuchung wird die politisch-soziologische Perspektive von *Understanding Public Policy through Its Instruments* von Lascoumes und Le Gales

(2007) eingenommen. Laut des Ansatzes repräsentieren die Instrumente der Politik „*a (fairly explicit) theorization of the relationship between the governing and the governed: every instrument constitutes a condensed form of knowledge about social control and ways of exercising*“ (Lascoumes und Le Gales 2007, S. 1). Die politischen Instrumente sind dabei keineswegs neutral, sondern produzieren „*specific effects, independently of the objective pursued (the aims ascribed to them), which structure public policy according to their own logic*“ (Lascoumes und Le Gales 2007, S. 1). Es wird anerkannt, dass die von der Politik gewählten Instrumente Institutionen im soziologischen Verständnis sind¹. Sie bestimmen und beeinflussen zum Teil das Verhalten und das kollektive Handeln der Akteur:innen. Die Instrumente der public policy sind also „*means of orienting relations between political society (via the administrative executive) and civil society (via its administered subjects), through intermediaries in the form of devices that mix technical components (measuring, calculating, the rule of law, procedure) and social components (representation, symbol)*“ (Lascoumes und Le Gales 2007, S. 8).

Die Analyse von Politikinstrumenten kann die traditionellen Ansätze, die sich der Analyse von öffentlicher Politik widmen und die sich auf Organisationen, Akteure und Repräsentationen konzentrieren, ergänzen. Sie ermöglicht es, verschiedene Dimensionen der Politik besser sichtbar zu machen. Die konsequente Umsetzung von bestimmten Instrumenten kann langfristig massive Veränderungen der politischen Bedeutung, der Rahmenbedingungen und der damit erzielten Ergebnisse aufzeigen. Die Autoren identifizieren fünf Arten von Instrumenten anhand der Ressourcen, die sie mobilisieren, und der Art der politischen Beziehungen und der Legitimität (Lascoumes und Le Gales 2007, S. 5): Legislative/regulatorische Instrumente, wirtschaftliche/fiskalische Instrumente, auf Vereinbarungen/Anreizen basierende Instrumente, informationsbasierte/kommunikationsbasierte Instrumente und de facto/de jure Normen.

Der Ansatz wurde gewählt, da er analytisch sensitiv genug ist um die tieferliegende Beziehung zwischen Regierenden (Stadtverwaltung) und Regierten (Bürgerinnen und

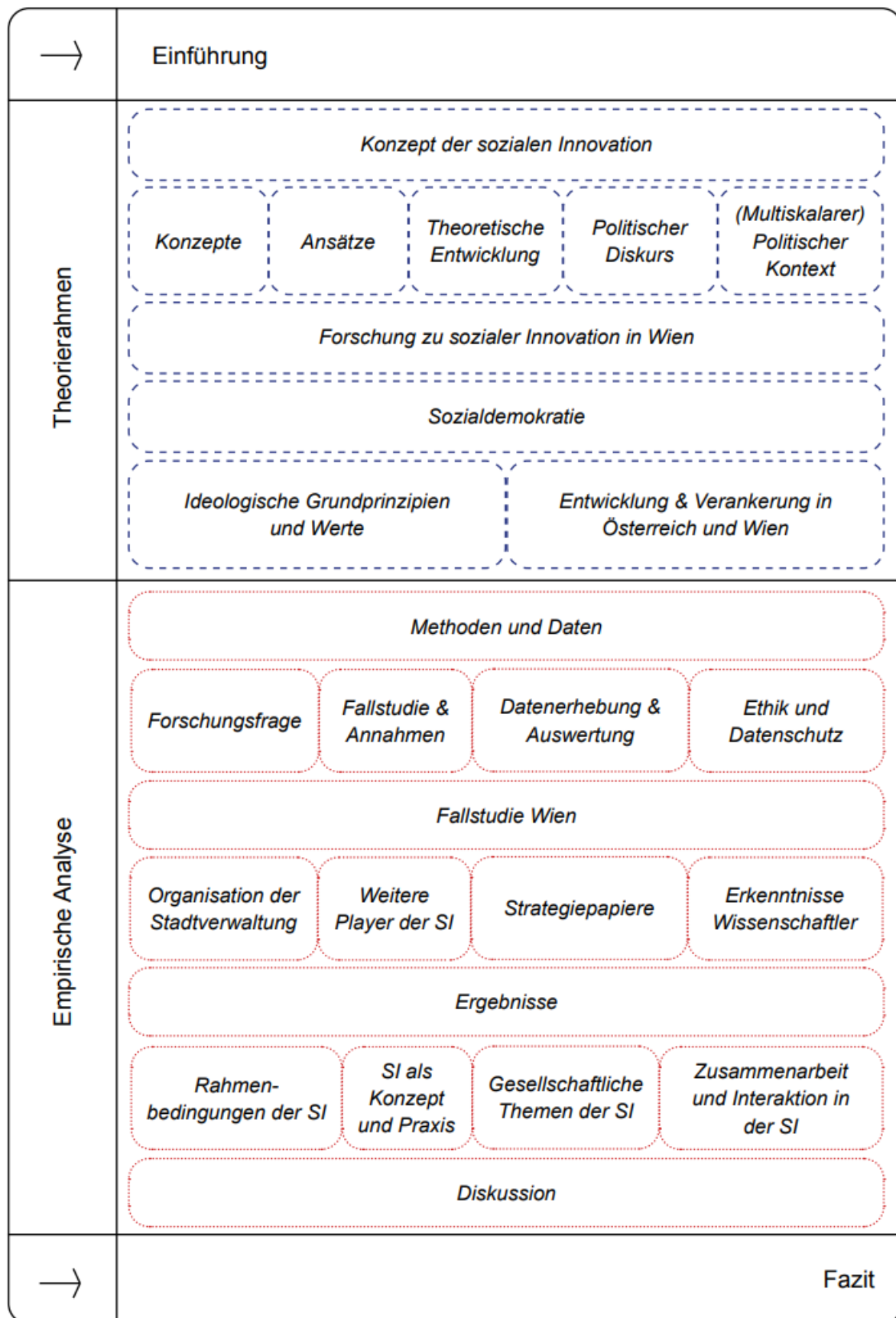
¹ Die Autoren benutzen für die Begriffsbestimmung eine Definition, die Institution als „*more or less coordinated set of rules and procedures that governs the interactions and behaviors of actors and organizations*“ (Powell and Di Maggio 1991, zitiert in Lascoumes und Le Gales 2007, S. 8) begreift.

Bürger, Stakeholder) zu erfassen. Er hilft, Aufschluss darüber zu geben, wie die ideologischen Prinzipien die politischen Instrumente der Stadt Wien und damit die Logik der öffentlichen Politik in Bezug auf die Konzeptualisierung und Umsetzung der sozialen Innovation leiten und strukturieren.

Die vorliegende Arbeit möchte einen Beitrag dazu leisten, das Potential sozialdemokratisch gelenkter sozialer Innovation für eine Modernisierung der Demokratie zu diskutieren. Damit möchte die vorliegende Forschung nicht nur die akademische Diskussion erweitern, sondern praktische Ansätze für politisches Handeln aufzeigen.

Nachdem in dieser Einleitung die zentrale Forschungsfrage, deren Relevanz und der Kontext der Untersuchung erklärt wurde, ist die folgende Arbeit nun in weitere sechs Kapitel aufgeteilt. Zunächst wird ein Theorierahmen gesetzt, in dem das Konzept der sozialen Innovation ausführlich beschrieben wird. Hier werden Definitionen, Ansätze und der politische Kontext von sozialer Innovation erläutert. Die Forschung und deren Erkenntnisse zu sozialer Innovation in Wien werden überblicksartig eingeordnet. Außerdem wird die sozialdemokratische Ideologie und historische Entwicklung beschrieben, sowie Ihre Geschichte auch in Österreich und Wien beleuchtet. Im Teil III zu den Methoden und Daten werden die Forschungsfrage, Forschungslücke und die Annahmen beschrieben. Die Auswahl der Fallstudie, sowie die Erhebungs- und Auswertungsmethode wird detailliert dargestellt und begründet. Im Teil IV wird die institutionelle Struktur der Stadt und die öffentliche soziale Innovationslandschaft und Innovationsstrategien der Stadt vorgestellt, um eine Grundlage für die Einbettung der Ergebnisse zu bieten. Die Ergebnisse werden schließlich in Teil V und VI präsentiert, zusammengefasst und diskutiert. Die Stärken und Schwächen des Forschungsansatzes werden reflektiert. Im finalen Teil VII wird die Forschungsfrage beantwortet und deren Implikationen diskutiert.

Abbildung 1 - Aufbau der Arbeit, eigene Darstellung



II. Theorierahmen

In diesem Kapitel wird der theoretische Hintergrund für die Untersuchung der Rolle sozialdemokratischer Prinzipien in der strategischen Konzeptualisierung und Umsetzung von lokaler sozialer Innovation herausgearbeitet. Dafür wird eine gründliche Analyse relevanter wissenschaftlicher Literatur zum praktischen und wissenschaftlichen Konzept der sozialen Innovation vorgenommen. Die verschiedenen Strömungen und Schwerpunkte der Forschung werden identifiziert und beschrieben, sowie die Entwicklung des Konzeptes nachgezeichnet und dessen politische Dimensionen und Ebenen verortet.

Darüber hinaus werden Studien zu sozialer Innovation im konkreten Kontext der Stadt Wien vorgestellt, um den Stand der Forschungen zu erläutern. Anschließend werden sozialdemokratische Grundprinzipien, die dahinterliegenden Werte und Traditionen, sowie deren Entwicklung aufgearbeitet. Auch die konkreten Debatten und Entwicklungen in Österreich und Wien werden nachgezeichnet. Damit soll die Interpretation der Ergebnisse gerahmt werden.

Dieser Teil der Arbeit soll ein umfassendes Verständnis der relevanten Konzepte bieten, um die anschließende Fallstudie und Analyse in der Diskussion der Ergebnisse in einen breiten soziopolitischen Kontext einbetten zu können. Dies ermöglicht ein breiteres Verständnis der Dynamiken von sozialer Innovation in einem durch sozialdemokratische Prinzipien geprägten Umfeld.

a. Konzept der sozialen Innovation

Im folgenden Abschnitt wird der Forschungsgegenstand und das praktische Konzept der sozialen Innovation umfassend beleuchtet. Es wird herausgearbeitet, dass der Begriff teilweise ein sehr diffuses Konzept bleibt und mit einer Vielzahl von diversen Definitionen erforscht wird. Gemeinsamkeiten der Definitionen und unterschiedliche Ansätze werden vorgestellt. Ebenso wird die Entwicklung des Konzeptes nachgezeichnet und im generellen Innovationsbegriff verortet. Der politische Diskurs über die Förderung und Implementierung des Konzeptes wird wissenschaftlich

eingeordnet und die strukturellen politischen Einflüsse von sozialer Innovation erläutert.

- i. Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Vielfalt der Konzepte von sozialer Innovation

In der wissenschaftlichen Literatur existiert keine eindeutige Definition von sozialer Innovation (Baglioni und Sinclair 2018, S. 22) und das Konzept bleibt insgesamt bisher unscharf (van der Have und Rubalcaba 2016, S. 1923). Bei der Durchsicht der einschlägigen Arbeiten wird deutlich, dass nahezu jede Forschung eine individuelle und auf ihre spezifische Forschungsrichtung und -frage zugeschnittene Definition verwendet. Es werden daher verschiedene Aspekte des Konzeptes beleuchtet, bevor auf die Gemeinsamkeiten eingegangen wird.

In einer Metastudie zu den Ähnlichkeiten zwischen Governance und sozialer Innovation wird der Begriff im Allgemeinen als *„combination of processes and practices that aim to meet human needs (e.g. housing, water and food supply, employment, clothing, education and professional training, human and cultural rights) that are not attended to – or insufficiently attended to – by the market or public sector“* (Galego et al. 2022, S. 268) definiert. Diese Definition zeigt exemplarisch eine kritische Auseinandersetzung mit Machtverhältnissen und betont die Ausrichtung auf gesellschaftliche Bedürfnisse.

Auch viele politische Organisationen setzen sich forschend und konzeptionell mit dem Begriff auseinander und definieren diesen in einem organisationalen Sinne. Eine begrifflich sehr breite und häufig benutzte Definition stammt beispielsweise vom *Bureau of European Policy Advisers* (BEPA), das die europäische Kommission zu Zukunftsfragen der europäischen Politik berät:

"Social innovations are innovations that are social in both their ends and their means. Specifically, we define social innovations as new ideas (products, services and models) that simultaneously meet social needs (more effectively than alternatives) and create new social relationships or collaborations. They

are innovations that are not only good for society but also enhance society's capacity to act.“ (BEPA 2011, S. 9)

Andere Definitionen wie die von Howaldt und Schwarz (2010b) betonen wiederum den prozesshaften Charakter und die Zieldimension von sozialer Innovation. Sie sehen - im Gegensatz zu anderen Ansätzen - soziale Innovation als nicht-normative soziologische Begrifflichkeit:

„Eine soziale Innovation ist eine von bestimmten Akteuren bzw. Akteurskonstellationen ausgehende intentionale, zielgerichtete Neukonfiguration sozialer Praktiken in bestimmten Handlungsfeldern bzw. sozialen Kontexten, mit dem Ziel, Probleme oder Bedürfnisse besser zu lösen bzw. zu befriedigen, als dies auf der Grundlage etablierter Praktiken möglich ist.“ (Howaldt und Schwarz 2010b, S. 89)

Es handle sich auch nur um soziale Innovationen, wenn sich diese „als neue soziale Praktiken institutionalisiert bzw. zur Routine“ (Howaldt und Schwarz 2010b, S. 54–55) werden.

Für politische Akteure scheint es sinnvoll, eine breite Definition zu benutzen. So lässt sich das Konzept in vielen unterschiedlichen Kontexten und unter unterschiedlichen Zielvorstellungen nutzen. So hat sich in diesem Zusammenhang eine Mischform der verschiedenen Definitionen, welche die Outcome-Dimension und die Prozess-Dimension integrieren, etabliert (Baglioni und Sinclair 2018, S. 13–14):

„We define social innovations as innovations that are both social in their ends and in their means, remaining open to the territorial, cultural, etc. variations it might take.“ (European Commission 2013, S. 5)

Moulaert et al. (2017b, S. 24) betonen, dass eine einheitliche Definition nicht sinnvoll sei, da sie die historische und gesellschaftliche Kontextualität der sozialen Innovationen nicht erfassen könnte. Die Ähnlichkeiten in den verschiedenen Definitionen von sozialer Innovation wurden beispielsweise von Portales (2019) oder Moulaert und MacCallum (2019) herausgearbeitet und beziehen sich auf vier geteilte Elemente:

„Despite the different approaches to the concept of social innovation, it has four key elements: satisfaction of a need, innovation of the solution, change of social structures and relationships, and the increase of society’s capacity to act”
(Portales 2019, S. 4)

In einer systematischen Literaturanalyse der Publikationen zu sozialer Innovation von do Adro und Fernandes (2020, S. 28) werden ebenfalls als gemeinsame implizite Komponenten aller Definitionen die Befriedigung von Bedürfnissen und die Förderung von sozialer Inklusion identifiziert. Portales (2019, S. 2) attestiert das Erstreben von sozialem Wandel durch soziale Innovation. Dennoch ist soziale Innovation nicht mit sozialem Wandel gleichzusetzen und unterscheidet sich durch ihre Intentionalität und den zielgerichteten Charakter (Howaldt und Schwarz 2010a, S. 93).

Bei der Analyse der Literatur wird also ersichtlich, dass die meisten Definitionen eine normative Komponente berücksichtigen, die das Ziel einer gesellschaftlichen Verbesserung hat, indem sie langfristig individuelle und gemeinschaftliche Möglichkeiten erweitern oder effizientere, effektivere und nachhaltigere Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen bieten (Moulaert et al. 2017b, S. 25).

Es lässt sich zusammenfassend feststellen, dass sich soziale Innovation im breitesten Sinne als die Lösung von Problemen gesellschaftlicher Relevanz auf eine neuartige Weise definieren lässt. Diese Grob-Definition wird für die vorliegende Untersuchung herangezogen, um das später ermittelte Verständnis von sozialer Innovation in der Stadt Wien im Spektrum der Ansätze verorten zu können.

Die Arbeiten zu sozialer Innovation als Konzept sind insgesamt sehr breit in der Forschungslandschaft gestreut. Die wissenschaftlichen Betrachtungen der Thematik

sind stark von analytischen Entscheidungen, sowie normativen Herangehensweisen und der Disziplin der Forschenden abhängig (dazu mehr im nächsten Abschnitt). Moulaert und MacCallum (2019, S. 2) thematisieren eine zentrale Kritik an dem Konzept und beschreiben es als „buzzword“ oder „quasi-concept“. Einige Begriffsanalysen kritisieren auch die Schwammigkeit oder den Verlust der analytischen Schärfe durch eine zu breite Ausdehnung des Konzepts (Baglioni und Sinclair 2018, S. 10). Moulaert und MacCallum (2019, S. 2) plädieren aber dafür, die Flexibilität als positive Anpassungsfähigkeit des Konzeptes zu verstehen, die es für eine breite Palette an Forschungen nutzbar macht. Soziale Innovation in ihren jeweiligen Forschungskontexten zu erläutern, würde den Rahmen der Arbeit überschreiten und daher wird im Folgenden weiter auf Gemeinsamkeiten der verschiedenen Ansätze eingegangen.

Sowohl der Prozess als auch das Produkt (Novy et al. 2009) kann eine soziale Innovation darstellen. Es können auch Ziel und Mittel zugleich sozial innovativ sein (Murray et al. 2010, S. 3), wobei es in der Praxis schwierig ist, eine soziale Innovation zu erreichen, die Prozess- und Inhaltsdimension zugleich betrifft (Novy et al. 2009, S. 143). Die Prozessinnovation bezeichnet dabei *„all attempts to foster empowerment, participation and socioeconomic democracy, and have the potential for lasting effects in terms of institutionalization“*, während die Inhaltsinnovationen aus *„creative strategies to enlarge entitlements and satisfy basic needs“* bestehen (Novy et al. 2009, S. 132).

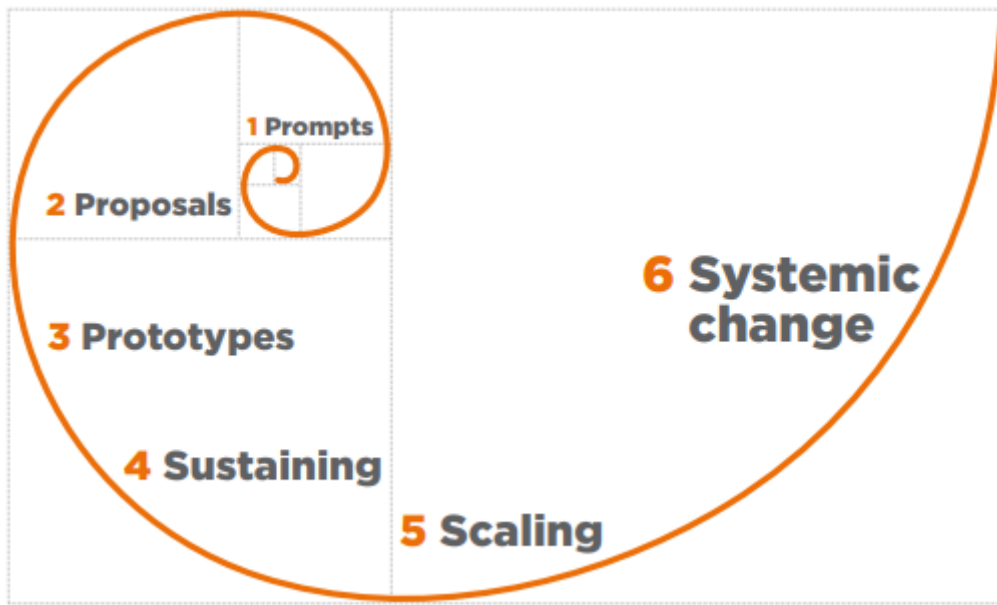
Die Zusammenarbeit beziehungsweise Ko-Produktion von verschiedenen Akteur:innen ist grundlegend in der sozialen Innovation. Die verschiedenen Akteur:innen sollen voneinander lernen und es soll ein Ko-Lernprozess entstehen. Soziale Innovation kann auf natürliche Weise aus einer gesellschaftlichen Basis heraus entstehen (*bottom-up*), indem sie das Wissen und die Ressourcen lokaler Gemeinschaften nutzt (Galego et al. 2022, S. 268). Sie kann aber auch top-down getriggert werden, auch wenn dann ihre Wirksamkeit und ihr empowerndes Potential von einigen Forschenden in Frage gestellt wird (Martens et al. 2021, S. 22). Bottom-up-Praktiken nehmen oft die Form von Initiativen an, die mit Akteur:innen, die Verbindungen zum Staat oder zum Markt aufweisen, kooperieren, und sind damit bereits in einem Prozess der beginnenden Institutionalisierung von sozialer Innovation (Novy et al. 2009, S. 131–132). Das Ziel ist es, alternative Wege für lokale Innovation

und Entwicklung zu schaffen und gleichzeitig soziopolitische Veränderungen anzustreben. Dabei sollen soziale Probleme gelöst und soziale Gerechtigkeit gefördert werden (Galego et al. 2022, S. 268).

Es muss sich jedoch nicht zwangsweise um politische Initiativen im klassischen Sinne handeln, auch wenn diese oft in den Analysen betrachtet werden. Soziale Innovationen können die unterschiedlichsten Formen annehmen. Sie können sich als *„social, cultural and educational emancipation, social movements, bottom-up organizations aiming at the satisfaction of human needs, new forms of bottom-linked governance, in addition to solidarity and the social economy“* (Moulaert et al. 2017a, S. 6) formieren. Soziale Innovation bezieht sich außerdem auf *„changes and agendas, agency and institutions that lead to a better inclusion of excluded groups and individuals into various fields of societies at various spatial scales“* (Moulaert et al. 2013a, S. 17).

Murray et al. (2010, S. 12–13) beschreibt den Prozess der sozialen Innovation aus der Perspektive der praktisch-organisationalen Betrachtungsweise in verschiedenen Stufen (siehe auch Abbildung 1): Zunächst wird die Notwendigkeit für eine soziale Innovation identifiziert, wobei es wichtig ist, dass der Ursprung des Problems erkannt wird und nicht nur dessen Symptome. In der zweiten Stufe werden Ideen generiert und in einem dritten Schritt in Form von Pilotprojekten oder Prototypen getestet. Wenn es geschafft wurde, die Idee in die Alltagspraxis zu integrieren, ist die vierte Stufe erreicht. Im öffentlichen Bereich ist dies oft mit der Beschaffung von langfristigen Ressourcen verbunden. Eine mögliche fünfte Stufe besteht im Skalieren der sozialen Innovation. Die Skalierbarkeit bedeutet in diesem Zusammenhang, dass der Maßstab einer erfolgreichen sozialen Innovation vergrößert oder in einen anderen lokalen Kontext übertragen werden soll. Die Skalierbarkeit kann sich dabei auf die geografische Einheit, aber auch auf den Adressat:innenkreis oder den sozialen, kulturellen oder politischen Kontext beziehen. Der Erfolg der Skalierung von sozialer Innovation ist jedoch stark von den Zielkontexten abhängig (Oosterlynck et al. 2013, S. 3). Das innovative Potential beim Skalieren kann *„durch die lokalen Modifikationen und kontextbezogenen Anpassungen untergraben werden“* (Boczy et al. 2022, S. 238). Die sechste und höchste Stufe der sozialen Innovation besteht dann laut Murray et al. (2010) in der systemischen Veränderung, die eine Änderung einer Vielzahl von Faktoren benötigt.

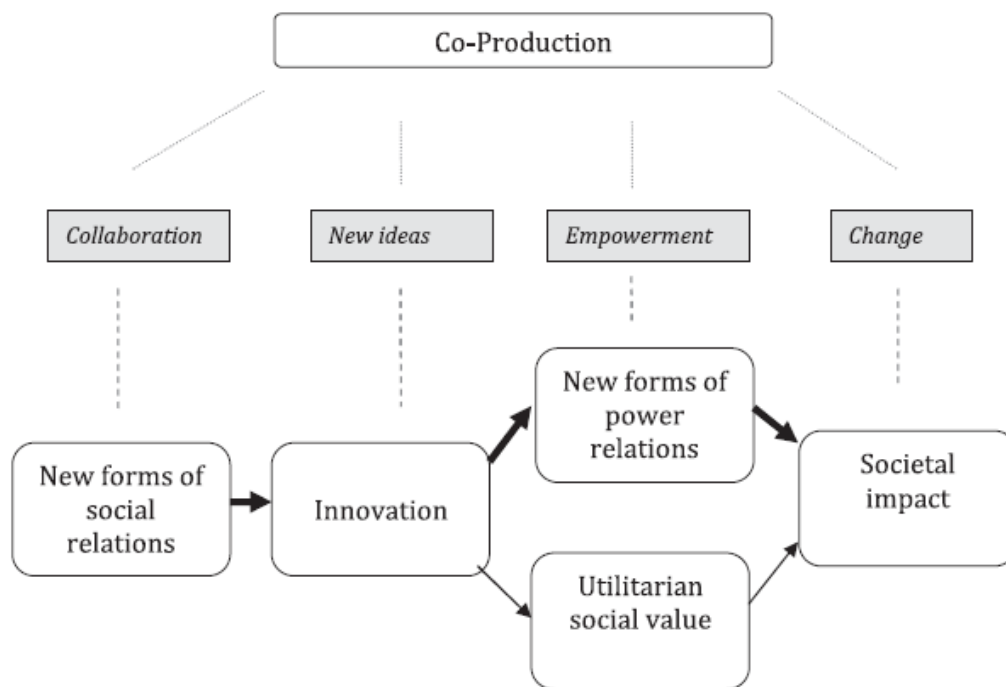
Abbildung 2 - Prozess der sozialen Innovation nach Murray et al. (2010, S. 11)



Ayob et al. (2016) haben zudem in einer Metaanalyse der Forschung zu sozialer Innovation verschiedene Routen durch die Prozesse der sozialen Innovation erarbeitet (siehe auch Abbildung 2), die sich durch unterschiedliche Zieldimensionen der Konzeptualisierungen von sozialer Innovation unterscheiden:

„First, new forms of social relations lead to innovation; second, innovation leads to a restructuring of social and or power relations; third, innovation leads to utilitarian social value; fourth, new forms of social relations lead to innovation which results in the restructuring of power relations (and thus societal impact); and fifth, new forms of social relations lead to innovation, which creates utilitarian social value (and thus societal impact).” (Ayob et al. 2016, S. 648)

Abbildung 3 - Pfade der sozialen Innovation nach Ayob et al. (2016, S. 649)



Diese Prozesse sind auch über die Dimensionen Zusammenarbeit, neue Ideen und Empowerment und Veränderung mit der Ko-Produktion von sozialer Innovation verbunden.

Auf die unterschiedlichen Zieldimensionen in den Konzepten der sozialen Innovation und einer sich daraus ergebenden Zweiteilung der Forschungslandschaft wird nun im Folgenden eingegangen.

ii. Verschiedene Forschungsstränge von sozialer Innovation

Soziale Innovation ist in den letzten Jahrzehnten in vielen wissenschaftlichen Disziplinen behandelt worden und hat daher eine diverse Landschaft von Forschungsansätzen. Die gängigsten Disziplinen, die soziale Innovation erforschen, sind die Soziologie, Geographie, Urban Studies, die Wirtschafts-, und Politikwissenschaften und die Philosophie (Moulaert et al. 2013b, S. 4). Generell sind die meisten aktuellen Forschungen zum Thema jedoch sehr transdisziplinär angelegt.

Soziale Innovation ist auch in der politischen Praxis ein viel genutztes Konzept (Moulaert et al. 2013a, S. 13).

Frank Moulaert hat sich mit weiteren Kolleg:innen in verschiedenen Veröffentlichungen der Metaanalyse des Forschungsfeldes gewidmet (u.a. Moulaert et al. 2017a; Moulaert und MacCallum 2019). Sie kommen zu dem Ergebnis, dass sich die Publikationen zum Konzept in zwei Forschungsstränge einordnen lassen (Moulaert und MacCallum 2019, S. 36): Den *praktischen* und den *kritischen Strang*. Die Forschung kann jedoch eher als ein Spektrum zwischen diesen beiden Ansätzen verstanden werden, da sie sich zunehmend vermischen (Moulaert und MacCallum 2019, S. 37). Der praktische Strang betont in seinen Ansätzen auf der normativen Ebene die Lösung von sozialen Problemen und eine verbesserte Teilhabe an den Wirtschaftsprozessen und auf einer praktischen Ebene die Lösung von Policy-Problemen durch beispielsweise organisationale oder technische Innovation (Moulaert und MacCallum 2019, S. 26). Im kritischen Ansatz geht es darum, dass soziale Innovation empowernde alternative Modelle zu bestehenden Systemfehlern zu bieten und einen analytischen Fokus auf die institutionellen Faktoren und Machtbeziehungen zu legen (Moulaert und MacCallum 2019, S. 36).

Auch Ayob et al. (2016, S. 648), sowie Pieri und Teasdale (2021, S. 95) identifizieren jeweils zwei Hauptstränge in der Literatur. Erstere unterscheiden zwischen einem radikal-normativen und einen utilitaristischen Ansatz, letztere zwischen der radikalen-Empowerment und der inkrementellen-marktorientierten Perspektive. Pieri und Teasdale beziehen sich in ihrer Analyse jedoch auf den Policy-Diskurs, wobei sich dieser durch den starken Praxisbezug der Forschung zu sozialer Innovation eng in die generelle Forschungslandschaft einbettet. Beide Analysen ähneln sich in der Unterscheidung der Zieldimensionen entlang der Konfliktlinien von praktisch orientierten Policy-Lösungen und der empowernden Wirkung auf gesellschaftliche Machtbeziehungen, die auch Moulaert und MacCallum (2019) beschreiben.

Zu den Hauptvertreter:innen des praktischen Strangs zählen Forschungseinrichtungen von politischen Organisationen, beispielsweise der EU. Dieser Strang wird von den Kritiker:innen als „*a consensus-preserving mechanism of the social and political logics of ‘caring neoliberalism’, supplementing economic competitiveness via socially minded*

entrepreneurship (Fougère et al., 2017; Jessop et al., 2013)“ (Arampatzi 2022, S. 46) eingestuft.

Die Betonung des Empowerments ist dabei eine entscheidende Dimension im Unterschied zwischen den verschiedenen Strängen. Die kritischen Forscher:innen sehen Empowerment als zentrales Merkmal oder Zieldimension von sozialer Innovation an, wie Berner (2022) in einer Metastudie zu den Verbindungen von sozialer Innovation und Empowerment feststellt. In einem weiteren Sinne kann Empowerment dabei als „Ermächtigung machtloser Personen oder gesellschaftlicher Gruppen“ (Berner 2022, S. 105) verstanden werden, wobei der Begriff in Bezug auf seine normativen Werte in der Literatur zu sozialer Innovation oftmals diffus bleibt. Der Begriff würde in diesem Zusammenhang eher als *„Platzhalter für verschiedene normative Gehalte von einzelnen sozialinnovativen Produkten oder von sozialer Innovation im Allgemeinen eingesetzt“* (Berner 2022, S. 118). Oftmals wird er aber in Zusammenhang mit der Bekämpfung von negativen Auswirkung des Neoliberalismus gebracht und als Merkmal von bottom-up-Ansätzen erwähnt (Berner 2022, S. 117). Berner (2022, S. 120) plädiert dafür die Ziele von Empowerment im Kontext der sozialen Innovation als *„Steigerung von gesellschaftlicher Inklusion“, „Förderung von Solidarität und Emanzipation“ und „Verhinderung von kollektiven Benachteiligungen“* zu definieren, die zugleich *„Top-down- mit Bottom-up-Praktiken, also professionelle Intervention mit Selbstorganisation“* vereint. Soziale Aspekte im Zusammenhang mit sozialer Innovation sollten dabei stets auch den Zugang zu Ressourcen und die politische Partizipation berücksichtigen (Berner 2022, S. 120).

Ein weiteres neueres Konzept in der Forschung versucht ebenfalls den Dualismus der bottom-up- vs. top-down-Debatte aufzulösen: bottom-linked soziale Innovation und bottom-linked-governance (Moulaert et al. 2019). Diese können als *„new forms of cooperation between actors and institutions across territorial scales in which policy (broadly defined) and other development practices are not dictated from any one level of governance but transformed and institutionalised through interaction and cooperation itself“* beschrieben werden (Moulaert et al. 2019, S. 63) definiert werden. Die Konzepte soll einen Kompromiss zwischen den Ebenen schließen und damit die Realitäten der politischen Einschränkungen auch für bottom-up-Initiativen anerkennen.

iii. Entwicklung des Forschungsfeldes der sozialen Innovation

Von Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts bis in die 1980er Jahre wurde Innovation überwiegend als technologische Innovation verstanden (Moulaert et al. 2017b, S. 11). Die Ursprünge des Konzeptes von sozialer Innovation verorten Ayob et al. (2016, S. 647) jedoch bereits in der soziologischen Forschung um die Wende zum 20. Jahrhundert, die damals soziale Implikationen von Innovationen und die sozial erzeugten technischen Innovationen thematisierte. Ein soziales Verständnis von Innovation wurde in den folgenden Jahrzehnten wieder zurückgedrängt und durch den Fokus auf technologische und auch ökonomische Innovation ersetzt (Moulaert et al. 2017b, S. 11). Seit den 1970er Jahren kam ein erneutes akademisches und politisches Interesse an sozialer Innovation, insbesondere in den Bereichen Stadt- und Regionalentwicklung, auf. Dies führte dazu, dass soziale Innovation ein intellektueller und praktischer Leitfadens für Basisorganisationen, sozialwirtschaftliche Initiativen und Emanzipationsbewegungen wurde (Moulaert et al. 2017b, S. 11).

Der Begriff soziale Innovation gewann dann schließlich mit dem Beginn der 1990er Jahre an breiterer Popularität in der wissenschaftlichen Landschaft (Ayob et al. 2016, S. 638). Der Begriff wird laut Ayob et al. (2016, S. 647) zunächst sehr allgemein, aber zumeist als positives Konzept benutzt und mit sozialen Beziehungen in Verbindung gebracht. Ab Mitte der 1990er Jahre beginnen sich zwei grobe Linien der Forschung zu entwickeln (Ayob et al. 2016, S. 648): zum einen Forschung, die sich eher auf die soziale Innovation durch technologische Innovation konzentriert, zum anderen aber auch Literatur, die sich mehr auf den Aspekt der sozialen Beziehungen in der sozialen Innovation fokussiert. Um die Jahrtausendwende etabliert sich schließlich eine umfassendere Betrachtungsweise des Phänomens als „*process, whereby new forms of social relations lead to societal change*“ (Ayob et al. 2016, S. 648). Dass die Bedeutung sozialer Innovationen im Vergleich zu technischen Innovationen im Laufe der Zeit zugenommen hat, liegt vor allem auch an den gesellschaftlichen Veränderungsdynamiken und der damit einhergehenden Schwächung entsprechender sozialer Praktiken (Howaldt und Schwarz 2010a, S. 90), was letztlich eine Notwendigkeit für soziale integrative Ansätze wie die soziale Innovation schuf. Technische und soziale Innovationen unterscheiden sich in Bezug auf ihre Ziele (Howaldt und Schwarz 2010a, S. 89): Während soziale Innovationen auf die

Neukonfiguration sozialer Praktiken abzielen, führen technische Innovationen materielle Veränderungen herbei. Die normative positive Bedeutung für die Gesellschaft sollte jedoch nicht als Trennlinie zwischen sozialer und technischer Innovation betrachtet werden, da beide in Bezug auf ihren Nutzen und ihre Wirkungen ambivalent dafür sein können (Howaldt und Schwarz 2010a, S. 91). Der sozialen Innovation wird in diesem Zusammenhang aber eine antizipierende Wirkung für soziale Herausforderungen zugeschrieben (Howaldt und Schwarz 2010a, S. 90).

Diese Eigenschaft der sozialen Innovation zog in weiterer Folge auch die Aufmerksamkeit der politischen Landschaft auf sich. Die Debatten in diesem Zusammenhang werden im nächsten Abschnitt ausgeführt.

iv. Die Bedeutung der sozialen Innovation im politischen Diskurs

Spätestens seit den 2000er Jahren hat das Konzept der sozialen Innovation zunehmend an Bekanntheit im europäischen und internationalen Policy-Diskurs gewonnen (Jenson and Harrison, 2013; Sabato et al., 2015, zitiert in Moulaert et al. 2017b, S. 19). In der politischen Praxis konzentriert sich das Konzept dabei auf *„collaboration and cross-sector approaches to problem-solving (or input from different actors), aimed at improving social issues“* (Pieri und Teasdale 2021, S. 96). Soziale Innovation wird in diesem Verständnis also als grundlegende Herangehensweise an soziale Probleme gesehen (Moulaert und MacCallum 2019, S. 31). Im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise kam der Begriff soziale Innovation dann schließlich auch öffentlich bei der Europäischen Union auf, die in ihr ein entsprechendes Potential zur Bewältigung dieser sah (Baglioni und Sinclair 2018, S. 3).

Auf einer lokalen Ebene bietet das Konzept Lösungen für die steigenden sozialen Ungleichheiten, unterschiedliche Formen der sozialen Ausgrenzung und die ungleiche Verteilung von Macht in heutigen urbanen Gebieten (Arampatzi 2022, S. 47). Auch die Fähigkeit zur Bewältigung von Folgewirkungen neoliberaler politischer Strategien, wie staatlicher Austeritätsmaßnahmen, wird der sozialen Innovation attestiert (Moulaert et al. 2017b, S. 11). Vor allem sozial innovative bottom-up-Ansätze und Experimente können eine Chance für die erfolgreiche Reformation des Wohlfahrtsstaats bieten (Brandsen et al. 2016, S. 309). Dennoch sehen Kritiker:innen in dieser Herangehensweise den Versuch, einen „caring neoliberalism“ (Peck 2013, zitiert in

Moulaert et al. 2017b, S. 11) zu etablieren, der die Rationalisierung des Wohlfahrtsstaates mit der Mobilisierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und nicht-staatlichen Akteur:innen verbindet, sodass diese zunehmend als primäre Anbieter sozialer Dienste die finanzielle Belastung durch soziale Probleme minimieren soll (Moulaert et al. 2017b, S. 11; Massey und Johnston-Miller 2016, S. 672).

Generell, argumentieren Forscher:innen, soll das Konzept benutzt werden, um den schleichenden Abbau wohlfahrtsstaatlicher Instrumente voranzutreiben und die Leistung von Sozialpolitik durch nicht-staatliche Akteur:innen zu forcieren (siehe u.a. Oosterlynck et al. 2015, S. 5; Massey und Johnston-Miller 2016, S. 670). So wird die soziale Innovation von der Politik oftmals pauschal als „anti-crisis recipe“ (Bragaglia, 2020, zitiert in Arampatzi 2022, S. 47) benutzt und von einer empowernden Funktion entfremdet. Gerade politische Entscheidungsträger:innen der EU würden das Konzept als simples Buzzword nutzen, ohne die tieferliegenden systemischen Veränderungen damit anzustreben (Massey und Johnston-Miller 2016, S. 666). Pieri und Teasdale (2021, S. 106) stellen in diesem Zusammenhang sogar die Möglichkeit in den Raum, dass *„policy approaches to social innovation deliberately blur ideational frameworks, using the language of the radical approach to describe and justify the ideas of the market-based approach“*. Dabei können die kollaborativen Elemente der sozialen Innovation über die wahren politischen Ideologien hinter der Umsetzung des Konzeptes versteckt werden (Pieri und Teasdale 2021, S. 95).

Auch Fougère et al. (2017) attestieren in einer Analyse relevanter EU-Strategiedokumente zu sozialer Innovation eine neoliberale Agenda. Sie betonen aber auch, dass diese auf die Produktion der Strategien durch die EU zurückzuführen sei und dies nicht auf ein neoliberales Wesen des Konzepts der sozialen Innovation deute. Die Forscher:innen plädieren dafür, dass eine wahrlich transformative soziale Innovation durch die EU dem Drang widerstehen sollte, ökonomische Aspekte und Wachstum in das Zentrum von sozialer Innovation zu stellen (Fougère et al. 2017, S. 839).

Dieser politische Diskurs ist wegen der starken Verknüpfung von Forschung mit der politischen Umsetzung eng mit den Konfliktlinien der verschiedenen Forschungsstränge verbunden.

v. Politische Einflüsse von sozialer Innovation im multiskalaren Kontext

Die Rolle der Politik in der Förderung von sozialer Innovation ist ein vielschichtiges Phänomen. Die sozial innovativen Praktiken sind unter anderem von den Kapazitäten der Politik abhängig und somit pfadabhängig (Oosterlynck et al. 2020, S. 9–10). Die Machtverhältnisse, die sich aus den politisch-institutionellen Arrangements ergeben, beeinflussen auch die Wahrnehmung von sozialen Problemen (Oosterlynck et al. 2020, S. 4) und welche Themen durch Innovation adressiert werden sollen.

Dabei wird man bei der Betrachtung von institutionellen Rahmenbedingungen schnell mit Fragen der Governance konfrontiert (Oosterlynck et al. 2020, S. 2). Auch die öffentliche Verwaltung spielt in diesem Kontext eine zentrale Rolle, da sie die politischen Entscheidungen umsetzt und ihre Strukturen somit Einfluss auf die Einführung der Strategien haben (Schomaker et al. 2022). Allgemein kann eine effektive Governance fördernde Umstände für soziale Innovation schaffen, indem sie die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren erleichtert, Ressourcen bereitstellt und politische Unterstützung bietet. Auch die konkreten institutionellen Ausgestaltungen spezifischer Wohlfahrtsregime (Oosterlynck et al. 2020, S. 10) und die lokalen Prozesse und Strukturen des Governance-Systems beeinflussen die Entwicklung von sozialer Innovation (Catacin und Zimmer 2016, S. 22).

In einer umfassenden Analyse von 20 europäischen Städten haben Catacin und Zimmer (2016, S. 41–42) förderliche lokale Faktoren herausgearbeitet:

- Die föderale Einbettung der Stadt mit weitgehenden gesetzgeberischen Befugnissen,
- Traditionen mit einer starken Selbstverwaltung,
- Tendenzen, die Bereitstellung von Sozialpolitik nach dem Subsidiaritätsprinzip zu verfolgen,
- Breite Koalitionen von verschiedenen Akteur:innen mit dem geteilten Verständnis für die soziale Verantwortung des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Auch aus einer Forschung von Aderhold et al., S. 85 (2014) zu nachhaltiger sozialer Innovation im Kontext der Governance lassen sich förderliche Faktoren ableiten: Kommunale Netzwerkstrukturen, die Verbindungen zwischen politischen

Entscheidungsträger:innen, der Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen dauerhaft herstellen. Auch fach- und ressortübergreifende Arbeitsgruppen können unterschiedliche Perspektiven zielführend verbinden und neue Ideen schaffen. Außerdem sei eine umfassende finanzielle, inhaltliche und organisationale Unterstützung von Initiativen hilfreich. Auch die Hinzuziehung von wissenschaftlicher Expertise bzw. die Schaffung von (zugänglichen) wissenschaftlichen Datengrundlagen verbessern die erzielten Ergebnisse. Galego et al. (2022) identifizieren ähnliche förderliche Faktoren in ihrer Metastudie zu Governance und sozialer Innovation:

„social initiatives’ good organization and clear mission statements (see also Manganelli, van den Broeck, and Moulaert 2020); receptive and cooperative attitudes of local authorities and public services; the building of a movement or network initiated by socially innovative initiatives (Paidakaki and Moulaert 2017); a strong local community; a favourable progressive political regime; but also the radical choice of doing things by themselves, away from the state (Parés, Ospina, and Subirats 2017; Eizaguirre and Parés 2019) as well as the use of so-called soft neoliberal instruments of participation which then transform into a more radical political positioning and movement building (see e.g. Wamuchiru and Moulaert 2018).“ (Galego et al. 2022, S. 267)

Gerade im Kontext von Verwaltungsstrukturen bieten zudem Krisen oft Gelegenheiten, die Innovationsfähigkeit, auch im Bereich der sozialen Innovation, zu fördern (Schomaker et al. 2022, S. 215). Denn soziale Innovation erfordert die Einbeziehung und Teilnahme nicht-staatlicher Akteur:innen und Krisensituationen verstärken typischerweise die Notwendigkeit dieser Einbindung.

Traditionelle top-down organisierte Systeme wie das sozialdemokratische wohlfahrtsstaatliche Modell sind eher zögerlich bei der Integration von neuartigen Ideen (Catacin und Zimmer 2016, S. 42). Weitere hemmende Einflussfaktoren von Governance-Arrangements auf soziale Innovation sind „überzentralisierte politische Systeme“ und „wechselnde politische Regime“ (Galego et al. 2022, S. 267).

Der lokale politische Kontext lässt sich jedoch nicht isoliert betrachten. Soziale Innovation sollte stets im Kontext des komplexen Systems der spezifischen Mehrebenen-Governance gesehen werden (Moulaert et al. 2017b, S. 39). Die spezifischen multi-skalaren institutionellen Rahmenbedingungen eröffnen Möglichkeiten für die Entwicklung sozialer Innovation oder aber schränken diese ein (Kazepov et al. 2020), was auch für nicht-öffentliche Akteur:innen gilt (Oosterlynck et al. 2020, S. 10).

Zentrale politische kontextuelle Faktoren sind dabei die politischen Ausrichtungen der verschiedenen Regierungsebenen sowie deren Kräfteverhältnis untereinander, die Mobilisierung von Ressourcen und auch die Einpassung der lokalen Praktiken in nationale (Boczy et al. 2022, S. 236) oder aber in europäische Strategien (Moulaert et al. 2017b, S. 43). Diese Faktoren interagieren auf komplexe Weise miteinander und beeinflussen die Entstehung und Umsetzung von sozialen Innovationsprojekten. Sie spiegeln die Dynamik zwischen politischen Entscheidungsträger:innen, lokalen Gemeinschaften, zivilgesellschaftlichen Organisationen und anderen relevanten Akteuren wider, die gemeinsam an der Förderung sozialer Innovation arbeiten.

Die lokale Ebene hat für die soziale Innovation den Vorteil, dass sie die Bedarfe der lokalen Gemeinschaft genau kennt und auch die Partizipation dort einfacher gelingt, jedoch fehlen hier oft die gesetzgeberischen und finanziellen Möglichkeiten (Kazepov et al. 2020, S. 96). Daher ist die Rolle der föderalen und nationalen Ressourcen und die Art und Weise, wie sie mobilisiert werden, entscheidend dafür, wie effektiv soziale Innovation auch lokal vorangetrieben wird. Die europäische Ebene stellt besonders umfangreiche finanzielle Förderung und Netzwerke für sozial innovative Ansätze bereit (Kazepov et al. 2020, S. 96). Diese Förderungen sind durchaus wirksam, jedoch geben Boczy et al. (2022, S. 237) zu bedenken, dass die empowernden bottom-up-Initiativen aufgrund der bürokratischen Förderungshürden nicht unbedingt davon profitieren:

„Allerdings kann der Verwaltungsaufwand für EU-finanzierte Projekte kleinere und besonders innovative Initiativen vom Ressourcenzugang abhalten. Gleichzeitig begünstigt dieser Verwaltungsaufwand etablierte Organisationen, deren Innovationsfähigkeit allerdings durch interne Routinen und Praktiken eingeschränkt sein kann.“

Dies kann zu einer weiteren Stratifizierung von Machtverhältnissen führen, indem den etablierten sozialpolitischen Akteur:innen durch die umfassende finanzielle Förderung weitere Deutungshoheit über soziale Innovation gegeben wird.

Soziale Innovation kann also nicht isoliert auf nationaler Ebene betrachtet werden. Vielmehr erfordert sie eine ganzheitliche Analyse, die lokale, regionale, nationale und supranationale Kontexte berücksichtigt. Durch eine multiskalare Betrachtung können die komplexen Beziehungen zwischen diesen Ebenen erfasst werden, was wiederum dazu beiträgt, geeignete Strategien und Politiken zur Förderung sozialer Innovation zu entwickeln und umzusetzen.

b. Soziale Innovation in Wien

Bei der Recherche in der Literatur zu sozialer Innovation im konkreten Kontext von Wien findet sich überwiegend Forschung, die das Thema soziale Innovation in einer impliziten Art und selten anhand eines spezifischen sozial innovativen Rahmens behandelt. Jedoch finden sich zwei Arbeiten, die sich den speziellen Zusammenhängen zwischen generellem Konzept und den Rahmenbedingungen in Wien widmen.

Novy et al. (2009) beschreiben die skalare Betrachtungsweise von Governance der sozialen Innovation in Österreich in einer historischen Perspektive. Dabei wird vor allem das korporatistische System Österreichs und die damit einhergehende starke Tradition der Sozialpartnerschaft als historisch hinderlich für das Aufkommen von sozial innovativen bottom-up-Initiativen oder -Bewegungen beschrieben. Die gesellschaftlichen Bedürfnisse, die in der Arbeiterbewegung aufkamen, wurden in der Sozialpartnerschaft institutionalisiert und linkere Bewegungen wurden unterdrückt (Novy et al. 2009, S. 135). Diese Unterdrückung wurde später aber von dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Dollinger auf der nationalen Ebene abgemildert und ein zivilgesellschaftlicher Sektor konnte sich bilden (Novy et al. 2009, S. 135). Der Stadt Wien schreiben die Autor:innen historisch gesehen eine ambivalente Beziehung zu sozialer Innovation zu. Zum einen habe die Stadt Wien, insbesondere das Rote Wien in Abgrenzung zur nationalen Ebene, immer wieder selbst soziale Innovationen

generiert, gleichzeitig sei die Stadt aber auch durch ihren Sozialreformismus eine „lethal atmosphere for critical minds“ (Novy 1993, 194, zitiert in Novy et al. 2009, S. 135) gewesen.

Heutzutage würde der sozialen Innovation als Konzept in Wien eine hohe Relevanz zugeschrieben, befindet Domanski (2018) in einer Forschung zum Ökosystem sozialer Innovation in der Region Wien.

Die Studie baut auf dem EU-Forschungsprojekt SI-Drive auf und adaptiert eine multi-sektorale Perspektive auf soziale Innovation. Die Analyse beschreibt das Wiener Ökosystem der sozialen Innovation anhand der fünf Schlüsselaspekte, die im SI-Drive-Projekt erarbeitet wurden (Howaldt et al. 2014, zitiert in Domanski 2018): *Concepts and understanding of social innovation; objectives and social demands; actors, networks and governance; process dynamics; resources, capabilities and constraints*. Dafür wurden Interviews mit Akteur:innen aus dem Wiener Ökosystem geführt. Die Studie befindet, dass die Akteur:innen im Bereich der sozialen Innovation divers sind, aber dennoch der dritte Sektor besonders stark vertreten ist. Auch wenn die Akteure ressortgebunden ein unterschiedliches Verständnis von sozialer Innovation haben, geht es insgesamt doch über technologische oder wirtschaftliche Aspekte hinaus und fokussiert sich auf soziale Aspekte. Mangelnde finanzielle und personelle Ressourcen sind kein zentrales Problem des Ökosystems, sie werden aber teilweise nicht effektiv genutzt. Domanski beschreibt den Mangel an geeigneter öffentlicher Infrastruktur als Herausforderung des Ökosystems, vor allem die dauerhafte Institutionalisierung von Pilotprojekten. Sozial innovative Netzwerke stützen sich hauptsächlich auf private Initiativen.

Der Autor sieht das Wiener Ökosystem als sich in einem Prozess von Wachstum und Diversifizierung befindlich. Offen bleiben die Fragen nach der Intensität der Einbindung der Zivilgesellschaft, den vorhandenen Fördermöglichkeiten und der Einbeziehung von sozialer Innovation in die Sozialpolitik.

Andere Studien, die sich mit sozialer Innovation in Wien beschäftigen, beziehen sich meist auf ein bestimmtes Politikfeld und machen nicht unbedingt Aussagen über die generelle Beschaffenheit der sozialen Innovation. Die Forschung fokussiert sich dabei auf die Erkenntnisse im jeweiligen Politikfeld, oftmals im Vergleich mit anderen Städten. Die Themen sind divers und die Forschungen oftmals interdisziplinär

angelegt. Viele Studien finden sich im Bereich der Urban Studies oder der politikwissenschaftlichen Politikfeldanalyse.

Eine jüngere Studie von Mocca et al. (2023) analysiert beispielweise die Dynamiken der sozialen Innovationen im Bereich der Integrationspolitik in Bologna und Wien. Die Autor:innen sehen in Wien eine gute institutionelle Struktur und die politische Autonomie durch die föderale Struktur und die damit einhergehende Rechte als förderlich für soziale innovative Integrationspolitik, wobei der hohe Abstimmungsbedarf teilweise hinderlich wirkt. Außerdem diagnostizieren sie hinderliche parteipolitische Unterschiede in den Policy-Prioritäten der konservativ geführten nationalen Ebene und dem sozialdemokratisch geführten Wien. Insgesamt sei Wien ein Beispiel für stark top-down geprägte „*institutional innovation*“ (Nicholls et al. 2015, cited in Mocca et al. 2023, S. 224). Auch in einer Forschung von Gruber und Lang (2019) zu sozialer Innovation im Kontext der Wohnraumpolitik in Wien sehen die Autor:innen einen starken top-down-Ansatz der Stadt und ein „*local welfare state environment*“ (Gruber und Lang 2019, S. 54), welches wenig radikale soziale Innovation zulässt, was im Kontrast zu Strategien in eher marktliberalen Umfeldern steht. Eine weitere Studie von Ahn et al. (2023) untersucht die Umsetzung partizipativer Budgets als sozial innovative demokratische Methoden, die auf ihr Potential für nachhaltige Klimaanpassungen fokussiert. Auch in dieser Forschung betonen die Autor:innen den top-down-Ansatz der Stadt und analysieren ein „korporatistisches Modell“ des partizipativen Budgetierens, das stark durch eine umfassende Präsenz von Organisationen aus dem öffentlichen Sektor geprägt ist (Ahn et al. 2023, S. 11).

Die Forschung zu sozialer Innovation in Wien kennzeichnet sich durch die implizite Behandlung des Themas. Zwei der gefundenen Arbeiten bieten eine analytische Gesamtbetrachtung von institutionellen und historischen Rahmenbedingungen und wurden daher vorgestellt. Aber auch die Forschungen zu bestimmten Politikfeldern zeigen, dass sich soziale Innovation in Wien durch eine top-down-Lenkung charakterisieren.

c. Die Sozialdemokratie: Ideologische Grundlagen, Historische Entwicklung und Einfluss auf die Gesellschaft

In diesem Teil werden für die Einordnung der Ergebnisse bezüglich sozialdemokratischer Prinzipien zunächst die generellen ideologischen Prinzipien und Werte der Sozialdemokratie auch in Verbindung mit der Entwicklung eines Wohlfahrtsstaatsmodells beschrieben. Da sozialdemokratische Prinzipien aber auch abhängig von ihren speziellen örtlichen Entwicklungen sind, wird auf die Umstände der Sozialdemokratie in Wien und Österreich eingegangen.

i. Generelle ideologische Prinzipien und Werte der Sozialdemokratie

Diesem Kapitel ist vorwegzunehmen, dass die Sozialdemokratien der verschiedenen Länder selbstverständlich unterschiedlichen Kontexten unterliegen und sich in wesentlichen Punkten unterscheiden, eine Herausarbeitung gemeinsamer Grundwerte und Prinzipien ist dennoch möglich. Das betont auch Turowski in einer Untersuchung zum sozialdemokratischen Grundwertediskurs:

„Auch wenn sich nationale sozialdemokratische Reformdiskurse [...] aufgrund vielfältiger Hintergrundfaktoren, wie beispielsweise höchst unterschiedliche wirtschaftspolitische und wohlfahrtsstaatliche Kernherausforderungen, nationalspezifische Policy-Hinterlassenschaften, institutionalisierte Entscheidungsprozesse oder unterschiedliche Akteurspräferenzen, in ihren Inhalten und Kommunikationsformen unterscheiden, teilen doch alle Parteien der sozialdemokratischen Parteifamilie die gleiche historische Herkunft, sehr ähnliche ideologische Grundpositionen und normative Werte wie auch sehr ähnliche soziale Merkmale ihrer Wähler und Mitglieder, so dass sich ihre Reformdiskurse länderübergreifend normativ auf gleiche Grundwerte stützen und kommunikativ vor ähnlichen elektoralen Herausforderungen stehen.“
(Turowski 2010, S. 51)

Die grundlegenden Prinzipien der Sozialdemokratie, darunter die Rechtsstaatlichkeit und die sozialen Absicherungssysteme, sind mittlerweile fest in den meisten europäischen Gesellschaften verankert und gelten als grundlegend (Gazier und Schmid 2017, S. 10). In diesem Zusammenhang prophezeite Ralf Dahrendorf schon früh den Untergang der Sozialdemokratie, da er vermutete, ihre Grundprinzipien würden von allen anderen Parteien übernommen und sie sich quasi per Erfolg selbst abschaffen (Dahrendorf 1983). Die Sozialdemokratie ist zwar heute noch am Leben, jedoch sollte Dahrendorf Recht behalten mit seiner Prognose, dass insbesondere „die Ziele von Wirtschaftswachstum, Gleichheit, Arbeit, Vernunft, Staat und Internationalismus“ ein fester Bestandteil der politischen Landschaft geworden sind (Nowotny 2018, S. 30). Die sozialdemokratischen Werte werden dabei transportiert durch Parteien, es entstanden aber auch sozio-politische Systeme und Philosophien der sozialen Gerechtigkeit, wie sie von Theoretikern wie John Rawls oder Amartya Sen vertreten werden (Gazier und Schmid 2017, S. 13).

Die Entstehung der Sozialdemokratie selbst war ein Ergebnis der Prozesse, die durch die Industrialisierung und die damit einhergehende Urbanisierung angestoßen wurden. Sie setzte sich ein für eine Beteiligung der Bürger:innen und schuf solidarische Einrichtungen, während sie einen aktiven Ansatz gegenüber der Globalisierung und internationalen Kooperationen hatte (Gazier und Schmid 2017, S. 13).

Die Besonderheit der sozialdemokratischen Grundwerte ist der Kompromiss, der zwischen einer ökonomischen Leistungsfähigkeit und einer sozialen Verantwortung der öffentlichen Hand gemacht werden soll. Durch sozialdemokratische Reformpolitik sollen diese verschiedenen Pole in Einklang gebracht werden (Busemeyer 2008, S. 287). Zentral ist dabei vor allem eine Zivilisierung des Kapitalismus (Turowski 2010, S. 59). Die Mitbestimmung der Arbeiter:innenklasse sollte im sozialdemokratischen Idealbild allerdings nicht nur auf staatlicher Ebene, sondern auch auf der Unternehmensebene passieren (Höpner 2004, S. 27). Auch der Kampf um politische und soziale Rechte der Bevölkerung ist ein zentrales Merkmal von sozialdemokratischer Politik (Fricke, S. 148), ebenso wie die Institutionalisierung von sozialen Bürgerrechten und Teilhabe (Turowski 2010, S. 59). Vor allem die politische Partizipation spielt hier eine Rolle, denn *„die Idee politischer Steuerbarkeit [...] war zentraler Bestandteil sowohl eines visionären Gesellschaftsentwurfs als auch eines Begriffs- und Ideensystems und eines Interpretationsmusters, aus dem die*

Sozialdemokratie Antriebsmotivation, Selbstbewusstsein und vor allem argumentative Diskursressourcen offensiv ableiten konnte“ (Turowski 2010, S. 57).

Eine der großen Aufgaben der Sozialdemokratie ist es, verschiedene Wähler:innenschichten zu mobilisieren, auch die Mittelklasse, ohne jedoch in der Arbeiter:innenklasse gleichzeitig zu verlieren (Busemeyer 2008, S. 288). In einer historischen Betrachtung ist es der Sozialdemokratie gelungen, verschiedene Milieus, von Bürgerlichen bis zur aktiven Arbeiterbewegung, für Ihre Ziele zu gewinnen und somit eine breite gesellschaftliche Basis nachzuweisen (Brunner 2023, S. 364). Heutzutage lässt sich das den sozialdemokratischen Parteien nicht mehr so einfach attestieren.

Auch die Anpassungsfähigkeit an sozio-politische Umstände kann als Merkmal der Sozialdemokratie identifiziert werden. Die Sozialdemokratie musste sich im Laufe der Zeit auch immer wieder an neue sozio-politische Herausforderungen wie die Globalisierung oder Sozialstaatsrückbau im Rahmen der Neoliberalisierungswellen der Achtziger Jahre anpassen. Ab den Neunziger Jahren entwickelte sich der viel beachtete „Dritte Weg“ in der Sozialdemokratie, der von Politiker:innen, wie z.B. Toni Blair in Großbritannien oder Gerhard Schröder in Deutschland geprägt wurde. Dieser kennzeichnete sich durch eine dramatische Veränderung der politischen Prioritäten und Inhalte, weg von den traditionellen sozialdemokratischen Werten (Arndt 2013, S. 36). Dies betraf hauptsächlich die Themenfelder der Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik. Zwar übten diese globalisierungsbedingten Veränderungen einen Anpassungsdruck auf alle demokratischen Parteien aus, jedoch waren vor allem zentrale Instrumente und Steuerungsmöglichkeiten der Sozialdemokratie betroffen und diese deswegen deutlich stärker unter Anpassungsdruck (Turowski 2010, S. 56). Die Politik von vielen sozialdemokratischen Parteien entwickelte sich daraufhin in eine konservativ-bürgerliche Richtung (Arndt 2013, S. 35). Spannend ist es in diesem Kontext zu erwähnen, dass die negativen Auswirkungen dieser vermeintlich unausweichlichen Anpassungen an den globalen Monetarismus, namentlich die Finanzkrise von 2008, mit klassisch sozialdemokratisch keynesianischer Finanzpolitik wieder behoben werden musste (Turowski 2010, S. 57). Ähnliches gilt auch für spätere Krisen, wie die Corona-Krise, die Energiekrise oder die aktuelle Inflationskrise. Daher lässt sich ableiten, dass hier ein zyklischer Wechsel notwendig zu sein scheint, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu stabilisieren.

In der Rückschau lässt sich heute jedoch erkennen, dass der dritte Weg mit seinen Reformpolitiken und dem damit verbundenen Rücktritt von klassischen sozialdemokratischen Werten gescheitert ist. Die individuellen Gründe in den verschiedenen Ländern waren unterschiedlich, jedoch lassen sich Gemeinsamkeiten feststellen: Es war den sozialdemokratischen Parteien, die sich im dritten Weg versuchten, nicht möglich, ein „parteiintern mehrheits-, parteiextern wettbewerbs- und konzeptionell tragfähiges Wirtschafts- und Sozialmodell zu etablieren, das über hinreichendes Kompatibilitätpotenzial mit dem identitätskonstituierenden und profilbildenden Grundwertekanon der Sozialdemokratie verfügte“ (Fößel 2020, S. 545–546). Seitdem konnte eine Rückorientierung zu den linksgerichteten Werten der Sozialdemokratie beobachtet werden, die auch eine Zurückwendung zum Staat bedeutet (Fößel 2020, S. 546).

Auch Esping-Andersen (1998, S. 23) beschreibt sozialdemokratische Werte als Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Er sieht die sozialdemokratischen Prinzipien vor allem in dem wohlfahrtsstaatlichen Modell der skandinavischen Länder vertreten (Esping-Andersen 1990). Dieses wohlfahrtsstaatliche Modell sei besonders erfolgreich, was sich mit einer gelungenen Bildung von Allianzen der verschiedenen Klassen erklären lässt (1990, zitiert in Busemeyer 2008, S. 288). Die anderen beiden Idealtypen der Wohlfahrtsstaaten nach Esping-Andersen sind der liberale und der konservative Wohlfahrtsstaat. Seine Idealtypen orientieren sich dabei „an der Logik des Verhältnisses zwischen Staat und Markt in der Bereitstellung sozialer Leistungen, an Modus und Qualität der Leistungen und an der Wirkung von Sozialpolitik auf soziale Schichtung und gesellschaftliche Machtverteilung“ (Oschmiansky und Berthold 2020, keine Seitenangabe).

Der sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat, wie er von Esping-Andersen (1990) analysiert wurde, besitzt folgende Merkmale:

- **Universelle Wohlfahrtsleistungen:** Ein Angebot von umfangreichen und universellen Wohlfahrtsleistungen für alle Bürger:innen, unabhängig von ihrem Einkommen oder Beschäftigungsstatus. Der Zugang ist also nicht selektiv oder bedarfsorientiert wie im liberalen Wohlfahrtsstaat.
- **Hohe Dekommodifizierung:** Die Dekommodifizierung beschreibt, wie stark Menschen vom Zwang befreit sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihre

Grundbedürfnisse zu erfüllen. In sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten sollen die Bürger:innen in hohem Maße von Marktzwängen unabhängig sein.

- **Aktive Arbeitsmarktpolitik:** Eine aktive Arbeitsmarktpolitik soll durch staatliche Maßnahmen zur beruflichen Bildung und Arbeitsvermittlung Arbeitslosigkeit bekämpfen und Arbeitssuchende in den Arbeitsmarkt eingliedern.
- **Einkommensgleichheit und soziale Gerechtigkeit:** Die Einkommensungleichheit soll verringert werden. Soziale Gerechtigkeit wird durch progressive Besteuerung und Umverteilungspolitik angestrebt.
- **Starke Rolle des Staates:** In dem Modell nimmt der Staat eine lenkende Rolle in der Bereitstellung und Verwaltung von Wohlfahrtsleistungen aus. Der Staat spielt also eine aktive Rolle und übernimmt viel Verantwortung.

Aus den beschriebenen Grundprinzipien und den impliziten Prinzipien des sozialdemokratischen Wohlfahrtstaatstypus lassen sich Kategorien ableiten, die die Werte der Sozialdemokratie in ihrer Entwicklung präsentieren:

- **Rechtsstaatlichkeit und soziale Sicherheit:** Die Bürger:innen sollen umfassend durch soziale Absicherungssysteme und die Rechtsstaatlichkeit geschützt sein.
- **Sozial-ökonomische Balance:** Es wird nach einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum gestrebt, jedoch muss Gleichheit dabei gewährleistet werden und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auch in sozialer Gerechtigkeit resultieren.
- **Inklusive Gesellschaftspolitik:** Durch Solidarität soll die Integration aller Klassen eine gesellschaftliche Gleichheit erreichen. Die Bürger:innen sollen Partizipationsmöglichkeiten haben und für eine Bewahrung oder Ausweitung ihrer politischen und sozialen Rechte soll gekämpft werden.
- **Aktive Rolle des Staates:** Der Staat soll die Gesellschaft im Sinne der sozialen Gerechtigkeit, auch in Bezug auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik lenken. Staatliche Bereitstellung von universellen Wohlfahrtssystemen soll gesichert sein.
- **Flexibilität wo möglich, feste Werte wo nötig:** Ein abgesichertes demokratisches Verständnis und Bekenntnis ist unverhandelbar, aber die

Sozialdemokratie will sich modernisieren können und flexibel auf die sozio-politischen Umstände reagieren können.

Diese allgemeinen sozialdemokratischen Prinzipien werden nun im Folgenden in ihrer Entwicklung im konkreten Kontext von Österreich und Wien beschrieben.

ii. Entwicklung und Verankerung der Sozialdemokratie in Österreich und Wien

Die Entwicklung der sozialdemokratischen Prinzipien ist eng mit den Entwicklungen der nationalen und regionalen Parteidiskurse verbunden (Turowski 2010). Um also die sozialdemokratischen Prinzipien in ihren jeweiligen nationalen und föderalen Kontexten zu verstehen, werden diese im Folgenden umrissen.

Sozialdemokratie in Österreich

Die österreichische Sozialdemokratie ist durch die Entwicklung der Partei zu verstehen, die aus Organisationen der Arbeiter:innenbewegung heraus entstand und sich 1888 offiziell gründete (Sandner 2018, S. 14). Die Durchsetzung eines demokratischen Systems in der staatlichen und gesellschaftlichen Organisation war zunächst das zentrale Ziel (Sandner 2018, S. 20).

Nachdem dieses Ziel erreicht war und nach der Zäsur des zweiten Weltkrieges folgte eine sozialdemokratische Ära, geprägt durch den Bundeskanzler Bruno Kreisky. In dieser Zeit wird auch das Recht auf Arbeit als Hauptkomponente für die Gewährleistung der sozialen Sicherheit gesehen (Sandner 2018, S. 21).

Die Sozialdemokratie ist seit jeher eng mit den Gewerkschaften verbunden, Victor Adler, der erste Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei in Österreich, sprach gar von „siamesischen Zwillingen“ (Sandner 2018, S. 40). Daraus entstand eine enge inhaltliche und personelle Verflechtung der beiden Organisationen, die sich in der späteren Bildung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes ebenfalls weitertrug. Auf diese Zentralisierung der Gewerkschaften folgte auch eine Etablierung der Sozialpartnerschaft im österreichischen System (Sandner 2018, S. 41), was ein

Merkmal des korporatistischen System Österreichs wurde (Pernicka und Hefler 2015, S. 40).

Nowotny (2018) sieht die Entwicklung der programmatischen Sozialdemokratie in Österreich im letzten halben Jahrhundert durch einen Rechtsruck der sozialdemokratischen Partei gekennzeichnet. Bei einem Vergleich der Programme von 1978 und 1998 identifiziert er einen programmatischen Wandel. Während das Programm von 1978 noch die "Änderung der wirtschaftlichen Eigentums- und Entscheidungsverhältnisse" forderte, verlagerte sich der Fokus im Jahr 1998 auf die bloße "Chancengleichheit" (Nowotny 2018, S. 31). Diese Verschiebung deutet auf eine Abkehr von weitreichenden wirtschaftlichen Umverteilungszielen hin. Die Vorstellung, dass staatliche Eingriffe die unsichtbare Hand des Marktes behindern, wurde in dieser Zeit innerparteilich dominanter. Dies führte zu einer breit angelegten Deregulierungspolitik und -programm, obwohl die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 zeigte, dass diese Politik zu systemischen Problemen führte (Nowotny 2018, S. 34). Ab der Jahrtausendwende brach die österreichische Sozialdemokratie mit ihrer langjährigen Tradition, den Staat als das bevorzugte Instrument für sozialen Fortschritt und gesellschaftlichen Wandel zu propagieren, was sich durch die Verringerung des Anteils des Staates am Inlandsprodukt äußerte (Nowotny 2018, S. 37). Des Weiteren wurden in einer Koalition mit der ÖVP Steuersenkungen eingeführt, um den privaten Konsum zu fördern, anstatt verstärkt auf staatliche Ausgaben zu setzen (Nowotny 2018, S. 41). Dies hatte jedoch negative Folgen, darunter den Abbau von Arbeitsplätzen, eine steigende Einkommensungleichheit und eine sinkende Solidarität in der Gesellschaft. Nowotny (2018) macht diese Abkehr von sozialdemokratischen Werten für eine Krise der österreichischen Sozialdemokratie verantwortlich.

Sozialdemokratie in Wien

Die Stadt Wien ist bekannt für ihre politische Historie als das „Rote Wien“ (1918-1934). Damit sind auch einige politische Besonderheiten verknüpft. Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ, ehemals SDAP - Sozialdemokratische Arbeiterpartei) ist in Wien seit dem Jahr 1918 durchgehend in Regierungsverantwortung, lediglich unterbrochen durch den Austrofaschismus in den Jahren 1934-1945. Zu Zeiten des Roten Wiens konnte sich die Stadt Wien als Gegenpol zu den christlich-sozialen

Bundesländern und der Bundesebene positionieren. Durch die Sonderstellung als Bundesland und Kommune zugleich konnte die Stadt eine eigenständige Politik betreiben, da sie eigene Steuern erheben konnte und so finanziell unabhängiger war. Mit dem Ziel, die Wirksamkeit einer vorbildlichen sozialdemokratischen Regierungsführung zu beweisen, ging die Stadt umfassende und zur damaligen Zeit innovative Reformen an. Dabei schuf die Stadt neue Institutionen, die die Umsetzung der Reformen erleichtern sollte.

Becker und Novy (1999) erläutern, dass die sozialdemokratische Regierung in Wien ihre Anfänge in der späten Habsburgermonarchie hatte: Die Stadt Wien war die Herzkammer des Kaiserreichs Österreich-Ungarn und dementsprechend auch das industrielle Zentrum. Das stellte die Region vor besonders früh vor soziale Herausforderungen, die durch die Urbanisierung vorangetrieben wurden. Nach dem ersten Weltkrieg erlangte Wien den Status als eigenes Bundesland und somit mehr Steuerbefugnisse. Mit eigenen Mitteln bekämpfte die Stadt die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und verbesserte die Lebensqualität, was sich von der Bundespolitik unterschied. Die Stadt reagierte mit der proaktiven Förderung der Infrastruktur im Bereich der Produktion und Reproduktion, sowie einer ausgeprägten Überführung von Dienstleistungen in den Aufgabenbereich der kommunalen Hand (Becker und Novy 1999, S. 3). Der politische Fokus lag auf umfangreichen sozialen Reformen, überwiegend in den Sektoren des Wohnungsbaus, der Gesundheitsfürsorge und der Bildung (Sandner 2018, S. 28). Die Errichtung einer hohen Anzahl an kommunalen Wohnungen, die Aufwertung des öffentlichen Gesundheitswesens und die Verstärkung der Bildungsangebote stellten die Kernpunkte dieser Politik dar (Sandner 2018, S. 28). Im Bereich der Sozialpolitik wurde insgesamt ein enges Netz an zuständigen Institutionen und Maßnahmen gebildet, welches das „Wiener System“ genannt wurde (Sandner 2018, S. 26). Wien stand dabei im starken Kontrast zu der bürgerlich regierten nationalen Ebene. In den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg passte sich Wien an die neue ökonomische Ordnung an, hielt aber auch an essenziellen sozialdemokratische Prinzipien fest (Novy und Hammer 2007, S. 213). Die Regierung auf der nationalen Ebene gab ihre keynesianische Wirtschaftspolitik im Laufe der Zeit auf, doch die Stadt Wien behielt ihre aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik bei und steuerte diese mit einem großen Verwaltungsapparat und kommunaler Auftragsvergabe. Der Austrokeynesianismus hielt während der Ära Kreisky auch auf

der nationalen Ebene Einzug und beschreibt ein „antizyklisches Verhalten (z.B. kredit-finanzierte Ausgabenerhöhung bei schwacher privatwirtschaftlicher Nachfrage und Ausgabensenkung bei Übernachfrage)“ indem „der Staat als Stabilisator des wirtschaftlichen Geschehens agieren“ sollte und dieses „nicht der Selbstregulierung der Marktkräfte überlassen werden“ sollte (Sandner 2018, S. 58). Jedoch etablierte sich auch in Wien gegen Ende des 20. Jahrhunderts das New Public Management, welches die Stadtverwaltung einer ökonomischen Rationalisierung unterwarf und gerne das Mittel der – oftmals intransparenten - öffentlich-privaten Kooperationen nutzte (Novy und Hammer 2007, S. 213). Die Stadt Wien schaffte es jedoch immer wieder Modernisierungen durchzuführen ohne dabei große strukturelle Veränderungen der Machtverhältnisse der öffentlichen Verwaltung zu verändern (Becker und Novy 1999). Die Stadt Wien schaffte es durch die Modernisierung und gleichzeitige Beibehaltung der sozialdemokratischen Politik jedoch bis in die heutige Zeit ihre elektoralen Erfolge durch eine lokale Umverteilungspolitik aufrechtzuerhalten und eine „rote Insel“ in Österreich zu bleiben (Mocca und Friesenecker 2021). Wien wird in diesem Zusammenhang nach wie vor eine ausgeprägte Resilienz attestiert, die auf die starke öffentliche Lenkung zurückgeführt wird (Verwiebe et al. 2021). Dennoch wird auch die Notwendigkeit einer innovativen Sozialpolitik und gemeinschaftsorientierter Stadtentwicklung betont, um die die neuen Herausforderungen, wie wachsende Ungleichheiten, demografischer Wandel, Klimawandel und Digitalisierung zu bewältigen (Verwiebe et al. 2021, S. 153).

Durch die besondere sozialdemokratische Prägung der Politik ist die Stadt Wien ein besonderes Fallbeispiel für die Auswirkung sozialdemokratischer Politik auf die Entwicklung von sozialer Innovation. Die durchgehende sozialdemokratische Führung hat die Stadtentwicklung sowie die Sozial- und Kulturpolitik in Wien entscheidend geprägt. Das Rote Wien selbst kann als sozial innovativ verstanden werden, wenn auch eher in einer top-down Art und Weise.

III. Methoden und Daten

In diesem Kapitel wird dargelegt, welches Erkenntnisinteresse der Forschungsfrage zugrunde liegt und welche praktische Relevanz diese für die Forschung hat. Die Auswahl der Fallanalyse und die damit zusammenhängenden Annahmen werden diskutiert.

Für die Forschung wurde eine qualitative Erhebung mit Hilfe von Leitfaden-gestützten Expert:inneninterviews gewählt. Das Forschungsdesign und die einzelnen Schritte der Datenerhebung und -analyse werden beschrieben. Bei der Datenerhebung wird auf die Konstruktion des Fragebogens, sowie Auswahl der Interviewpartner:innen eingegangen und die Methode der Datenanalyse wird beschrieben. Wegen der Sensibilität des politischen Kontextes der vorliegenden Arbeit wird umfassend über die ethischen Überlegungen und den Datenschutz berichtet.

a. Forschungsfrage

Bei der intensiven Auseinandersetzung mit der Literatur zum Thema soziale Innovation fiel auf, dass sich die wissenschaftliche Analyse von kontextuellen politischen Faktoren oft mit den wohlfahrtsstaatlichen Traditionen, Wohlfahrtspluralismus und dem *welfare-mix* auseinandersetzt. Dabei geht es darum wie sich neue institutionelle Zusammensetzungen zur Bereitstellung von Leistungen für gesellschaftliche Bedürfnisse entwickelt. Im Kontext der Stadt Wien ist die Forschung oftmals mit den spezifischen Politikfeldern und ihren Governance-Dynamiken befasst. Jedoch sind diese in einem größeren Rahmen eingebettet in die ideologischen Prinzipien, die in dem jeweiligen Kontext politisch umgesetzt werden. Für die vorliegende Forschung soll daher die Brücke geschlagen werden, zwischen den wohlfahrtsstaatlichen und Governance-Kontexten und den ideologischen Prinzipien, die der Politikgestaltung insgesamt zugrunde liegen. Bei einer Reflexion über die sozialdemokratisch geprägte Politik der Stadt Wien bzw. ihrer Stadtverwaltung kam die Idee auf, dass es einige förderliche, wie auch hemmende Faktoren für soziale Innovation geben könnte. Sozialdemokratische Prinzipien können aber auch das Ökosystem der sozialen Innovation prägen. Doch wie manifestieren sich diese Prinzipien in den Strategien und

Praktiken sozialer Innovation? Inwiefern beeinflussen sie die Gestaltung und Durchführung sozialer Innovationsprojekte in Wien? Um diese Fragen zu klären, wurde das Forschungsinteresse mit folgender Forschungsfrage formuliert:

Forschungsfrage:

„Wie beeinflussen die sozialdemokratischen Prinzipien der Stadt Wien die Förderung und Implementierung von lokalen sozialen Innovationen?“

Das Forschungsergebnis hat das Potenzial, den wissenschaftlichen Erkenntnisstand der Zusammenhänge zwischen politischen Ideologien und demokratischen Veränderungsprozessen zu erweitern. Die Ergebnisse haben eine praktische Relevanz für Entscheidungsträger:innen aus Politik und Verwaltung, privatwirtschaftliche Stakeholder im Bereich der sozialen Innovation und die breitere Öffentlichkeit. Für die nicht-öffentlichen Stakeholder bietet die Arbeit die Möglichkeit das Verständnis für die städtische Strategien zu sozialer Innovation und der dahinterliegenden Logik zu vertiefen, und so die eigene Arbeitsweise dahingehend anzupassen oder vorhandene Strukturen zu hinterfragen. Auch die Öffentlichkeit kann sich dadurch eine Meinung zur politischen Ausrichtung von sozialer Innovation in Wien machen, um hier möglicherweise durch Partizipation darauf zu wirken. Die Politik kann auf Grundlage der Ergebnisse ihre Praktiken entsprechend ihrer Werte und Ziele reflektieren und anpassen. Die Forschung liefert insgesamt einen Beitrag zu einem tieferen Verständnis der Verbindungen zwischen politischer Ideologie und praktischer Umsetzung und kann wichtige Akzente für die Ausrichtung zukünftiger sozialer Innovationsstrategien setzen.

Um die Forschungsfrage zu untersuchen, wurde ein qualitatives Forschungsdesign gewählt. Es wurden semi-strukturierte qualitative Leitfaden-Interviews mit leitenden Angestellten der Stadt Wien geführt, die mit Strategie und Umsetzung von sozialer Innovation betraut sind. Die Transkripte der Interviews wurden mit der qualitativen

Inhaltsanalyse von Mayring bearbeitet und induktiv kodiert. Daraus ergaben sich verschiedene Kategorien, die ausführlich erläutert werden. Um eine umfassende Interpretation und Diskussion der Ergebnisse zu gewährleisten, wird eine kontextualisierende Erläuterung des Fallbeispiels Wien (zusätzlich zur Literaturrecherche) vorweggestellt. Die genauen methodischen Entscheidungen werden im Folgenden weiter ausgeführt.

Die gegebenen sozialdemokratischen Prinzipien wurden im Theorieteil dargestellt und die soziale Innovation wird für die Forschung in Ihrer maximalen Breite als die Lösung von Problemen gesellschaftlicher Relevanz auf eine neuartige Weise definiert. Denn Teil des Erkenntnisinteresses war es auch welches Verständnis von sozialer Innovation die Befragten haben.

b. Auswahl der Wiener Stadtverwaltung als Fallstudie und Annahmen

Die Stadt Wien eignet sich bestens als Fallstudie für die Analyse der Interaktion von sozialdemokratischen Prinzipien und sozialer Innovation. Die Stadtverwaltung als zentrale Akteurin bei der Planung und Umsetzung von politischen Strategien bildet den Untersuchungsgegenstand.

Die Stadt Wien hat - wie im Literaturteil bereits ausgeführt - eine prominente und langjährige Geschichte mit sozialdemokratischer Politikführung, die tief in der Stadtverwaltung und Stadtstruktur verankert ist. Da die Stadt Wien seit Ende des zweiten Weltkriegs hauptsächlich sozialdemokratisch geführt ist, bietet Sie also einen guten Nährboden für die Analyse von sozialdemokratischer Politik. Die Politikführung ist wenig von anderen Parteien beeinflusst und die durchgesetzten Reformen wurden nie von anderen Regierungen „zurückgebaut“. Es stellt also ein Beispiel für sozialdemokratische Politik beinahe in Reinform dar.

Wien ist außerdem ein international bekanntes Beispiel für progressive Sozialpolitik und soziale Pilotprojekte, die es zu einem reichhaltigen Untersuchungsgegenstand von sozialer Innovation macht. Es gibt umfangreiche Strukturen, die für die Identifikation und Verbesserung von sozialen Problemen in verschiedenen Bereichen zuständig sind.

Da die offiziellen Strategiedokumente, die soziale Innovation behandeln, in erster Linie eine gewünschte Außendarstellung der Stadt sind, eignen Sie sich nicht als Datengrundlage, sie werden aber für die Diskussion der Ergebnisse in der Fallanalyse beschrieben. Die Führung von Interviews mit den beteiligten Akteur:innen von Seiten der Stadtverwaltung ist zielführender um einen tiefgehenden Einblick in die komplexen Herausforderungen, Hintergründe und Umstände der Planung und Implementierung von Strategien zu sozialer Innovation zu bekommen. So können die tatsächlichen Dynamiken und Prozesse, sowie aufrichtige Erfahrungen und Einsichten der Beteiligten erfasst werden und somit ein tiefgründigeres Bild der sozialen Innovationslandschaft gezeichnet werden. Damit können die Wechselwirkungen zwischen der Politik und der Praxis besser nachvollzogen werden.

Anhand der Theorie und eines wissenschaftlichen Vorgesprächs mit einem Experten wurden **folgende Annahmen über den Forschungsgegenstand** gebildet:

Die langjährige sozialdemokratische Führung und Umsetzung von sozialdemokratischen Prinzipien hat zu einem paternalistischen bzw. top-down Stil der Politikführung in der Stadt Wien geführt, die sich auch in der ausdifferenzierten Struktur und dem Selbstverständnis der Verwaltung niederschlägt. Dies resultiert in einem ausgeprägten Verständnis für soziale Herausforderungen. Durch diese Grundeinstellung in der Wiener Stadtverwaltung fällt es den Akteur:innen im Bereich der sozialen Innovationen leicht Zugang zu wichtigen Ressourcen für die Umsetzung ihrer Ideen zu bekommen (z.B. institutionelle oder finanzielle). Gleichzeitig wirkt sich diese paternalistische Haltung negativ auf einen empowernden bottom-up Ansatz aus, da es in der Umsetzung zu einer Überregulierung und Bevormundung der Akteur:innen kommen kann. Die dominante Rolle der Stadt in der Lösung sozialer Probleme kann den Zugang zu Experimentierräumen erschweren und den Raum für innovative partizipative Lösungen versperren.

c. Datenerhebung

Im Folgenden wird die Wahl der Erhebungsmethode der semi-strukturierten Interviews und die Konstruktion des Leitfadens genauer erläutert. Die Auswahl der Interviewpartner:innen wird erklärt und die Durchführung der Interviews beschrieben.

i. Die semi-strukturierten Interviews

Es wurden semi-strukturierte Interviews gewählt, da diese Methode es ermöglicht tief in die Erfahrungen der Befragten einzutauchen. Der Themenbereich kann also offen erforscht werden und die eigenen Assoziationen, Standpunkte und Verständnis der Befragten in Bezug auf das Thema soziale Innovation können nachvollzogen werden. Des Weiteren sind die Befragten aus unterschiedlichen Ressorts und die soziale Innovationsstruktur und -strategie weicht entsprechend fachlich ab, weswegen ein strenger Fragenkatalog nicht in Betracht gezogen wurde. Der Leitfaden bietet der interviewenden Person dennoch die Möglichkeit alle strukturellen Kriterien und Faktoren von sozialer Innovation abzufragen und gegebenenfalls wieder zum Thema zurückzuführen, sollte es im Laufe des Gesprächs zu weit abweichen.

ii. Die Leitfadenkonstruktion

Der Leitfaden wurde nach der Methode von Gläser und Laudel (2010) so konzipiert, dass er vom Theorierahmen vorinformiert über die generelle Beschaffenheit von sozialer Innovation und die relevanten Aspekte für Innovationsstrategien reflektiert. Dafür wurden die Schlüsseldimensionen von sozialer Innovation nach Howaldt et al. (2014) in Anlehnung an ihre Verwendung in der bereits vorgestellten Studie von Domanski (2018) adaptiert. Die Dimensionen *Concepts and understanding of social innovation; objectives and social demands; actors, networks and governance; process dynamics; resources, capabilities and constraints* (Domanski 2018, S. 9) werden mit den Fragen abgedeckt. Ziel ist es die Antworten auf die Berücksichtigung sozialdemokratischer Prinzipien zu prüfen.

Bei der Leitfadenerstellung wurden die Hinweise von Gläser und Laudel (2010) zur Leitfadenerstellung für Expert:inneninterviews beachtet:

- Die Fragen wurden möglichst einfach formuliert, mit Ausnahme der Frage 6a, die aus diesem Grund an das Ende des Leitfadens gestellt wurde. Zu diesem Zeitpunkt besteht bereits mehr Klarheit über das Thema und es kann durch die Frage eine Art „Resümee“ des Interviews gezogen werden kann.
- Die Fragen wurden wegen der verschiedenen Expertisen so offen formuliert, „dass sie dem Interviewten die Möglichkeit geben, seinem Wissen und seinen

Interessen entsprechend zu antworten“ (Gläser und Laudel 2010, S. 115). Daher sind die Fragen eher auf der strukturellen Ebene gehalten, wobei in der tatsächlichen Interviewsituation bestand die Fragen inhaltlich an den Themenbereich anzupassen.

- Es wurde zu Beginn eine, wenn nötig zwei, Erzählfragen gestellt (1a+b) “in der Hoffnung, dass sich Detailfragen erübrigen” (Gläser und Laudel 2010, S. 145).
- Es wurde mit einer persönlichen „Anwärmfrage“ (Gläser und Laudel 2010, S. 148) begonnen, die den Erzählfluss stimuliert, eine positive Grundstimmung schafft und der interviewenden Person hilft die weiteren Aussagen der Person zu kontextualisieren.
- Die Fragen wurden inhaltlich-thematisch geordnet, um Gedankensprünge und Unterbrechungen zu vermeiden.

Eine „Leitfadenbürokratie“ (Hopf 1978) wurde vermieden. Das heißt, vom Leitfaden wurde bei Bedarf flexibel abgewichen und es wurde Platz und Zeit für Nachfragen zu abweichenden Themen geschaffen, so dass Raum für spannende unerwartete Erkenntnisse blieb. Damit wurde der offene Ansatz des qualitativen Verfahrens gewährleistet. Dennoch wurden alle Inhalte der Kernfragen zum Zweck der Vergleichbarkeit abgefragt.

Die Fragen aus dem Leitfaden sind in Tabelle 1 dargestellt.

Tabelle 1 - Leitfaden für die Expert:inneninterviews

Themenbereich	Frage
1. Vorstellung Interviewpartner*in	<i>a. Bitte stellen Sie kurz Ihren Beruf, beruflichen Hintergrund und ihre Tätigkeiten in Wien vor.</i>
	<i>b. Welchen Zusammenhang hat Ihre Tätigkeit zum Thema soziale Innovation?</i>
2. Verständnis von sozialer Innovation	<i>a. Wie würden Sie den Ansatz [der Stadt Wien oder Ihrer Teilorganisation] zu sozialer Innovation beschreiben?</i>

	<i>b. Welche Aspekte sind Ihrer Meinung nach entscheidend für die Entwicklung und Umsetzung erfolgreicher Innovationsstrategien?</i>
3. Strategische Ausrichtung	<i>a. Könnten Sie auf die strategischen Ziele und Prioritäten eingehen, die die [Stadt Wien bzw. Ihre Teilorganisation] in Bezug auf (soziale) Innovationen verfolgt?</i>
	<i>b. Welche sozialen Probleme oder Herausforderungen sollten Ihrer Meinung nach im Mittelpunkt der Bemühungen zur Förderung von sozialer Innovation stehen?</i>
	<i>c. Was erhofft sich die [die Stadt Wien bzw. Ihre Teilorganisation] von der Förderung und Umsetzung sozialer Innovation?</i>
4. Zusammenarbeit	<i>a. Inwiefern spielt die Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft, Sozialpartnern, Unternehmen oder anderen Akteur:innen eine Rolle bei der Förderung von (sozialen) Innovationen?</i>
	<i>b. Welche Mechanismen unterstützen dabei eine effektive Zusammenarbeit?</i>
5. Herausforderungen	<i>a. Welche Herausforderungen können bei der Umsetzung von sozialen Innovationen auftreten?</i>
	<i>b. Gibt es Bereiche, in denen Veränderungsbedarf besteht, um die Förderung sozialer Innovation besser zu gestalten?</i>
6. Persönliche Perspektive und Reflexion	<i>a. Wie sehen Sie persönlich den Einfluss von den politischen Werten der Stadt Wien auf Innovationsstrategien und -bemühungen?</i>

7. Abschluss	<i>a. Gibt es noch irgendwas im Zusammenhang mit dem Thema soziale Innovation in Wien, dass wir noch nicht besprochen haben, Sie aber noch für wichtig halten?</i> <i>b. Haben Sie noch Fragen an mich?</i> Optional: <i>b. Können Sie noch zum Abschluss die Namen oder Kontaktdaten, der Personen/Organisationen geben, die sie in Zusammenhang mit [sh. Interviewverlauf] positiven Beispielen, Koordination, Kooperationen in Wien erwähnt haben?</i> <i>c. Gibt es Dokumente/Strategiepapiere, auf die Sie uns aufmerksam machen möchten?</i>
---------------------	---

Die Fragen 1a „Bitte stellen Sie kurz Ihren Beruf, beruflichen Hintergrund und ihre Tätigkeiten in Wien vor.“ und 1b „Welchen Zusammenhang hat Ihre Tätigkeit zum Thema soziale Innovation?“ haben eine Doppelfunktion. Zum einen helfen Sie der interviewenden Person die Erfahrungshorizonte, also Dauer der Tätigkeit, Wissenshintergründe, Umfeld in Bezug zu sozialer Innovation usw., einschätzen zu können. Zum anderen dienen diese als Icebreaker-Fragen, die einen Erzählfluss generieren sollen. Die Frage 2a fungierte als „Notfall-Icebreaker“-Frage für den Fall, dass bei Frage 1 a und b kein stimulierender Erzählfluss zu Stande kommt, was allerdings nicht zur Anwendung kam. Die Fragen im Abschnitt 2 dienen dazu das individuelle wie organisatorische Verständnis von sozialer Innovation zu erfassen und somit die zugrundeliegenden Prinzipien und Werte identifizieren zu können. Der Abschnitt 3 zur strategischen Ausrichtung fragt nach Zielen und Prioritäten in den Strategien zu sozialer Innovation. Bei Abschnitt 4 geht es um die Zusammenarbeit mit verschiedenen Stakeholdern um zu verstehen, wie sich die Innovationslandschaft darstellt, wie Kooperationen gestaltet werden und welchen Beitrag sie leisten bzw.

welchen Stellenwert sie im Kontext haben. Im Abschnitt 6 sollen die kritischen Faktoren und Hemmnisse des Systems identifiziert werden.

iii. Auswahl der Interviewpartner:innen und Durchführung

Für die Interviews wurden Fachexpert:innen aus den verschiedenen Stellen der Stadt Wien als Zielgruppe definiert, die über strategische, operationale und praktische Erfahrung mit städtischer Förderung von sozialer Innovation verfügten. Die Mitarbeiter:innen sollten in einer leitenden oder gehobenen Ebene sein, damit der Zugang zu Wissen über die strategischen Gründe gewährleistet ist. Dabei wurde auf eine breite Abdeckung unterschiedlicher Fachbereiche geachtet, um eine vielschichtige Perspektive zu gewährleisten. Da das Konzept der sozialen Innovation sehr spezifisch ist und nur wenige auf der Stadtverwaltungsebene explizit mit dem Konzept tiefer fachlich vertraut sind, war die Anzahl der möglichen Interviewpartner:innen von vornherein stark beschränkt. Für den Zugang zum Feld wurde daher die Plattform für Abschlussarbeiten der Stadt Wien² kontaktiert. Die Plattform der Stadt Wien unterstützt ausgewählte akademische Abschlussarbeiten mit einem praktischen Bezug zur Stadt Wien mit finanziellen oder anderweitigen Ressourcen. Da das Feld der sozialen Innovation von außen nicht klar nachvollziehbar ist, wurde für diese Forschung Unterstützungen bei der Vermittlung von Interviewpartner:innen angefordert. Nachdem die Forschung zur Unterstützung ausgewählt wurde, kam ein Kontakt mit einer Vermittlungsperson per Mail zustande. Nach der Schilderung des Themas wurden drei Kontaktpersonen vermittelt. Mit zwei dieser Personen kamen ergiebige Interviews zustande. Die dritte Person sollte nach einem Beratungsgespräch weitere fachkundige Interviewpartner:innen vermitteln. Leider sagten hier alle angefragten Personen ab und die Auswahl der geeigneten Gesprächspartner:innen wurde unabhängig von der Stadt Wien fortgesetzt. Alle Interviews wurden auf Deutsch geführt. Die weiteren Interviewpartner:innen wurden auf Empfehlung des Betreuers der Masterarbeit und durch eine Internetrecherche zu den Stellen der Stadt Wien getroffen. Da den Interviewteilnehmer:innen strenge Anonymität und Vertraulichkeit zugesagt wurde, werden die Stellen nicht namentlich

² Siehe: <https://stp.wien.gv.at/abschlussarbeiten/app/#/abschlussarbeiten/app/home>

benannt. Mehr Informationen dazu sind im Teil „Ethik und Datenschutz“ dieser Arbeit zu finden.

Die ersten zwei Interviews wurden im August 2023 geführt, der Leitfaden wurde nach den ersten beiden Interviews reflektiert, doch erwies sich als ergiebig und wurde beibehalten. Im November und Dezember 2023 wurden weitere sieben Interviews geführt. Alle Interviews dauerten zwischen 45 und 75 Minuten und hatten einen guten Gesprächsfluss. Alle Interviews wurden Online über die Plattformen Zoom, MS Teams oder Skype geführt. Die Interviewpartner:innen kamen aus städtischen Organisationen in den Themenbereichen Arbeitsmarkt und (Weiter-)Bildung, (lokale und allgemeine) Stadtentwicklung, Sozialbereich, Wirtschaftsförderung und demokratische Vernetzung. Ein nicht-städtischer Interviewpartner war der kürzlich emeritierte Professor Christoph Reinprecht. Christoph Reinprecht forschte jahrelang zur Wiener Stadtpolitik. Seine Expertise zu den Verwaltungsstrukturen und politischen Prozessen in Wien soll die Erkenntnisse zu spezifischen Charakteristika der Wiener Stadtgovernance und deren Einfluss auf soziale Innovationsstrategien weiter ergänzen.

*Tabelle 2 - Übersicht über den thematischen Bereich der Tätigkeit der Interviewpartner*innen*

Interview-Nr.	Bereich der Tätigkeit
1	Wirtschaftsförderung
2	Stadtentwicklung und Planung
3	Arbeitsmarktpolitik
4	Sozialwirtschaft
5	Wissenschaft
6	Städtische Gemeinschaftsinitiativen
7	Stadtplanung
8	Sozialprojektmanagement
9	Wirtschaftsförderung

Da für die Analyse die manifesten Inhalte der Interviews relevant waren, wurde nach einer inhaltlich-semantischen Transkriptionsart von Dresing und Pehl (2011, S. 21–23) transkribiert.

d. Datenanalyse: Qualitative Inhaltsanalyse

Für die Analyse wurde eine qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2010) gewählt. Mayrings systematischer und regelgeleitete qualitative Analysemethode verbindet Stärken der quantitativen und qualitativen Inhaltsanalyse miteinander (Mayring und Fenzl 2014, S. 543). Es kann also strukturiert und nachvollziehbar vorgegangen werden und gleichzeitig flexibel und tiefgehend analysiert werden. In nachvollziehbaren Schritten wird das Textmaterial in Einheiten zerlegt und schrittweise bearbeitet (Mayring und Fenzl 2014, S. 545). Es werden induktiv oder deduktiv Kategorien gebildet. Im Fall der vorliegenden Analyse wurde eine induktive Kategorienbildung mit einer zusammenfassenden Inhaltsanalyse aus dem Material gewählt, da eine Hypothesenfindung oder Theoriebildung auf Grundlage der Erkenntnisse aus den Interviews angestrebt wurde (Mayring 2022, S. 22).

Die Schritte der zusammenfassenden Inhaltsanalyse wurden durchgeführt (Mayring 2010, S. 68): Die Bestimmung der Analyseeinheiten wurde vorgenommen und die Analyseeinheiten auf ihre wesentlichen Inhalte reduziert. Das Abstraktionsniveau wurde festgelegt und eine entsprechende Generalisierung der reduzierten Inhalte vorgenommen. In der ersten Reduktion wurden bedeutungsgleiche Generalisierungen gekürzt und der zweiten Reduktion wurden die Generalisierung mit ähnlichen Gegenständen oder Aussagen fallübergreifend gebündelt. Das Ergebnis wurde zu einem Kategoriensystem zusammengefasst und das System am Material noch einmal überprüft.

e. Ethik und Datenschutz

Aufgrund der Sensibilität des Themas sollen die Maßnahmen zu Ethik und Datenschutz im Rahmen der Forschung und Forschungsdarstellung hier ausführlich

erläutert werden. In der vorliegenden Arbeit wurde, um die Forschungsfrage zu beantworten umfangreiche Interviews mit leitenden Angestellten der Stadt Wien geführt. Aufgrund der politischen Sensibilität des Forschungsthemas wurden Maßnahmen zum Schutz der Interviewteilnehmenden ergriffen. Den Teilnehmenden wurde eine vollständige Anonymisierung ihrer Aussagen zugesichert, um ihre Identität zu schützen und jegliche Rückverfolgbarkeit zu verhindern. Damit kann auch das Risiko einer Verzerrung der Interviewantworten aufgrund eines sozialen beziehungsweise politisch erwünschten Antwortverhalten minimiert werden.

Alle Daten, die sich auf die Person, die Stelle der Stadt, bei der sie arbeiten oder auf ihre genaue Position in der Organisation beziehen oder diesbezügliche Rückschlüsse zulassen wurden modifiziert. Die modifizierten Stellen wurden mit eckigen Klammern gekennzeichnet und die Daten mit einer abstrakten Beschreibung des Inhalts umschrieben. Im Laufe der Anonymisierung wurde in Absprache mit dem Betreuer zudem beschlossen, die anonymisierten Transkripte nicht wie bei Abschlussarbeiten üblich in den Anhang der Arbeit zu stellen. Da die Stadtverwaltung und die entsprechenden Vorfeldorganisationen der Stadt überschaubar sind und gerade das Umfeld, dass sich konkret mit dem Konzept sozialen Innovationen beschäftigt begrenzt ist, soll das Risiko einer Identifizierung der Befragten dadurch weiter minimiert werden. Da die Arbeit auch im Rahmen der Kooperation mit der Plattform für Abschlussarbeiten desiminiert werden soll, besteht die Möglichkeit, dass mit dem Feld vertraute Personen die Arbeit lesen und möglicherweise Rückschlüsse auf Interviewpartner:innen ziehen könnten. Aus diesem Grund wurden diese verschärften Maßnahmen gezogen. Das Vertrauen der Befragten soll gewahrt werden, um auch weitere Forschungen in diesem Bereich nicht zu behindern. Die anonymisierten Transkripte wurden dem Betreuer jedoch zur Prüfung vorgelegt.

Die Audio-Dateien und Transkripte wurden lokal gespeichert und sind technisch nur für die Forscherin zugänglich. Nach der Bewertung und erfolgreichen Verteidigung der Arbeit werden alle Daten unwiderruflich gelöscht.

Den wissenschaftlichen Standards entsprechend wurden die Befragten vor Beginn der Aufzeichnung über Zweck der Studie, Verwendung und Speicherung der Daten, sowie Rechte zum Rücktritt aufgeklärt. Sie wurden informiert, dass ihre Teilnahme freiwillig und jederzeit ohne Angabe von Gründen abbrechbar oder rückziehbar ist.

IV. Die Stadt Wien als Fallstudie

In diesem Teil sollen alle relevanten Aspekte der Fallstudie Stadt Wien in der sozialen Innovation aufgearbeitet werden, um ein Verständnis für den Kontext zu entwickeln und die Ergebnisse der Analyse in diesen Rahmen einbetten zu können. Dafür wird zunächst die Struktur und Organisation der Wiener Stadtverwaltung erläutert. Es werden relevante Organisationen der öffentlichen Infrastruktur für soziale Innovation vorgestellt. Die städtischen Strategien, die soziale Innovation in Wien politisch rahmen werden auf ihre wesentlichen Inhalte und Bezüge auf soziale Innovation analysiert. Abschließend wird eine wissenschaftliche Experteneinschätzung zum Umgang der Politik und Stadtverwaltung mit sozialer Innovation gegeben.

a. Struktur und Organisation der Stadtverwaltung³

Wien hat politisch, gesellschaftlich und juristisch gesehen eine besondere Stellung in Österreich als Bundeshauptstadt, Gemeinde und Bundesland. Das heißt Wien ist Bundesland und Gemeinde zugleich, womit der Stadtverwaltung besonders umfassende Befugnisse zukommen. Wien hat auch eine wirtschaftliche Sonderstellung in Österreich, da circa ein Viertel der österreichischen Bevölkerung in Wien wohnt und arbeitet.

Die Stadtverwaltung besteht aus verschiedenen Institutionen, die zum Teil gewählt sind und zum Teil Angestellte sind. Die gewählten Organe sind der Gemeinderat und die Bezirksvertretungen, sie werden alle fünf Jahre von der Wahlbevölkerung gewählt. In diesem Zusammenhang sei festgehalten, dass „der Gemeinderat [...] das zentrale beschließende Organ der Gemeinde“ ist und „die anderen Gemeindeorgane [...] für die Erfüllung der Aufgaben des eigenen Wirkungsbereiches verantwortlich“ sind (Magistratsdirektion - Gruppe Koordination 2023, S. 11). Der Gemeinderat wählt außerdem einen Gemeindevorstand, der ein vorgeschaltetes Vorberatungsorgan ist, in Wien setzt er sich aus den Stadträt:innen zusammen. Die Stadträt:innen sind

³ Das gesamte Kapitel stützt sich auf Informationen aus einem öffentlichen Dokument der Stadt Wien zur Organisation der Stadt Wien (Magistratsdirektion - Gruppe Koordination 2023). Verfügbar unter: <https://www.wien.gv.at/verwaltung/organisation/pdf/verwaltung.pdf>

gleichzeitig Mitglieder der Wiener Landesregierung und bilden den Stadtsenat. Die Geschäfte der Stadt Wien werden durch die Magistratsverwaltung abgewickelt. Der Gemeinderat ist wiederum verantwortlich dafür die Geschäftsordnung und die Geschäftseinteilung des Magistrats zu genehmigen.

Die amtsführenden Stadträt:innen „leiten im Rahmen des Magistrats die ihnen jeweils zugeordnete Geschäftsgruppe“ (Magistratsdirektion - Gruppe Koordination 2023, S. 19). Die 7 amtsführenden Stadträt:innen stehen jeweils an „der Spitze der 7 Geschäftsgruppen des Magistrats“ (Magistratsdirektion - Gruppe Koordination 2023, S. 19). Die Geschäftsgruppen sind dabei als thematische Ressorts zu verstehen.

Die aktuellen Themenbereiche der Geschäftsgruppen sind:

- Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke
- Bildung, Jugend, Integration und Transparenz
- Soziales, Gesundheit und Sport
- Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen
- Innovation, Stadtplanung und Mobilität
- Klima, Umwelt, Demokratie und Personal
- Kultur und Wissenschaft

Im Rahmen des Themas der vorliegenden Arbeit ist anzumerken, dass in der weiteren Untergliederung der Geschäftsgruppe Innovation, Stadtplanung und Mobilität das Thema Innovation nicht weiter nachzuvollziehen ist. Es bleibt offen, inwiefern das Thema Innovation in dem Geschäftsbereich behandelt wird.

Innerhalb dieser Geschäftsgruppen gibt es aktuell 57 Magistratsabteilungen (MAs). Die Magistratsabteilungen können nur beschränkt über den Einsatz finanzieller Mittel bestimmen, ab einer gewissen Summe muss der Gemeinderat die Ausgabe billigen.

Aktuell setzt sich die Sitzverteilung des Gemeinderates aus folgender parteilichen Besetzung zusammen: SPÖ 46 Sitze, ÖVP 22 Sitze, Die Grünen 16 Sitze, NEOS 8 Sitze und FPÖ 8 Sitze.

Die aktuelle Stadtregierung setzt sich aus einer Koalition von SPÖ und NEOS zusammen. Seit 1920 ist die Stadt von der SPÖ regiert, mit Ausnahme der Zeit von 1934-1945 während des Austrofaschismus. Es gab zwei Phasen von ÖVP-

Regierungsbeteiligungen in den Jahren 1945–1973 und 1996–2001. 2010-2020 koalierte die SPÖ mit den Grünen als Juniorpartner.

Zur Organisationsstruktur der Stadt Wien gehört außerdem das städtische Unternehmen Wien Holding. Die Wien Holding betreibt Geschäfte im Bereich Immobilien, Kultur, und Logistik in Wien mit dem Ziel die städtische Infrastruktur und das kulturelle Angebot zu stärken. Zudem gibt es die Wiener Stadtwerke, den Wiener Krankenanstaltenverbund und die Wiener Wohnen.

Außerdem gibt es die beiden Fondsstrukturen Fonds Soziales Wien (FSW) und den Wiener Arbeitnehmer:innen Förderungs Fond (waff), die sich mit dem Bereich der sozialen Innovationen beschäftigen. Der FSW organisiert gemeinnützige Tätigkeiten im Sozialbereich in der Stadt Wien, während der waff eine ausgeprägte arbeitnehmerorientierte Wiener Arbeitsmarktpolitik betreibt.

b. Städtische Player der sozialen Innovationslandschaft in Wien

Der Themenbereich soziale Innovation ist in der Stadt Wien angekommen und hat sich auch in die institutionelle Struktur der Stadt Wien eingefügt. In den letzten Jahren haben sich einige Player im Umfeld der Wiener Stadtverwaltung etabliert, die direkt oder indirekt bei Maßnahmen und Initiativen zu sozialer Innovation unterstützen. Für die vorliegende Arbeit werden zusätzlich zur Beschreibung von Domanski (2018) Organisationen beschrieben, die von der Stadt Wien initiiert, gefördert oder stark mit ihr assoziiert werden. Alle aufgeführten Einrichtungen wurden in den empirischen Interviews im Zusammenhang der Planung oder Umsetzung von sozialer Innovation genannt. Die vorliegende Darstellung gibt einen Hinweis auf die öffentliche Infrastruktur der sozialen Innovation in Wien, ohne einen Anspruch auf Erschöpfung der institutionellen Landschaft zu erheben. Sie sind im Laufe des Forschungsprozess zur Kenntnis geraten. Nicht öffentlich geförderte Player können aufgrund des Rahmens der vorliegenden Arbeit für die Analyse jedoch nicht berücksichtigt werden.

Die **Urban Innovation Vienna (UIV)** ist eine Klima- und Innovationsagentur der Stadt Wien der Wien Holding. Die UIV versteht sich selbst als „Impulsgeberin und Innovationstreiberin“ (Urban Innovation - Wien Holding, o. D.) im Bereich der urbanen Innovation. Sie bietet laut eigener Auskunft vielfältige Beratungsleistungen an:

„Das Unternehmen unterstützt Städte im Generellen und die Stadt Wien im Speziellen dabei, die drängendsten urbanen Zukunftsfragen zu beantworten und Metropolen bei ihrem Weg zu einer klimagerechten und innovativen Stadt zu begleiten. [...]

UIV versteht die speziellen Herausforderungen für Städte und versteht Metropolen als komplexe Ökosysteme, die einer sorgfältigen Analyse bedürfen. Ideen und Kräfte für die ‚Stadt von morgen‘ werden gefunden und gebündelt. Dabei setzt das Tochterunternehmen der Wien Holding auf umfassende Beratung, bringt seine spezielle Expertise bei der Strategieentwicklung ein und unterstützt vielfältig bei der Umsetzung von Plattformen.

*Neben zahlreichen Projekten für die Stadt Wien werden zudem laufend Forschungsprojekte initiiert, aber unter anderem auch Fachdiskurse und Dialogprozesse unterschiedlicher Stakeholder im Spannungsfeld von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürger*innen angeregt.“ (Urban Innovation - Wien Holding, o. D.)*

Die **Social City Wien** ist zwar offiziell eine unabhängige Agentur zur Förderung von gesellschaftlicher und sozialer Innovation in Wien, steht aber der Stadt Wien sehr nahe. Die Initiative bezeichnet sich selbst als „Plattform“, die darauf abzielt, soziale Innovationen in Wien themen- und ressortübergreifend zu fördern und zu unterstützen (Über uns – Social City Wien., o. D.). Die Organisationsstruktur der Social City ist auf die Vernetzung verschiedener Stakeholder aus verschiedenen Bereichen ausgelegt. Dazu gehören Akteure der öffentlichen Hand, gemeinnützige Organisationen, Sozialdienste, Forschungseinrichtungen und wirtschaftliche Akteure. Ziel ist es Wissen, Ressourcen auszutauschen, sowie Netzwerke zu bilden und gemeinsame Projektthemen zu identifizieren und Projekte umzusetzen. Sie begleitet die Projekte mit Evaluationen durch ihre eigene Forschungseinheit. Es besteht eine sehr enge Anbindung an die Stadt Wien, um passende Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Gründung der Social City ging aus der Initiative von Regierungspolitiker:innen der Stadt Wien und Forscher:innen der Technischen Universität Wien und der Wirtschaftsuniversität Wien zurück.

Die **Lokale Agenda 21 Wien** (LA 21) ist ein Verein zur Förderung von nachhaltigen Bürger:innenbeteiligungsprozessen und kann als Instrument der praktischen politischen Bildung verstanden werden (Demokratiezentrum Wien, 2021). Der Bezirksvorstand muss die Etablierung eines LA21 Prozesses für den eigenen Bezirk beschließen, damit sich dort eine Lokale Agenda formieren kann (Demokratiezentrum Wien, 2021a). Die Finanzierung wird dann zu gleichen Teilen von der Stadt und dem jeweiligen Bezirk getragen. Die komplexe Mehrebenenstruktur der LA 21 besteht aus einem Vorstand der sich aus Gemeinderätinnen bildet, einer zentrale Geschäftsstelle, welche die operativen Geschäfte leiten, Bezirksbüros, die für die lokale Umsetzung zuständig sind und Steuerungsgruppen für die lokalen Entscheidungsprozesse (Demokratiezentrum Wien, 2021a).

Die LA21 unterstützt Bürger:innen auf der Stadtteilebene bei der Verwirklichung von Projekten aller Art. Ihr Leitbild beschreiben Sie selbst mit folgenden Aspekten (Unsere Mission - LA21, o. D.):

- **Nachhaltige Stadtentwicklung in den Bezirken:** Auf der Ebene der Stadtteile sollen die Bürger:innen an der sozialen, ökologischen und ökonomischen Entwicklung der Stadt mitwirken.
- **Themenoffenheit und Schwerpunkte:** Ziele der Stadtverwaltung und Anliegen der Bürger:innen sollen vereint werden.
- **Neue Formen der politischen Beteiligung:** der Verein möchte ein Innovationslabor für neue Formen der Beteiligung und „Good Governance“ sein und das Verständnis für demokratische Prozesse stärken.
- **Politische Bildung und Wissenstransfer:** Gegenseitige Lernprozesse sollen reflektiert werden und die Erkenntnisse zur fachlichen Debatte beitragen.
- **Gender Mainstreaming und Diversität**
- **Nachhaltige Entwicklung**

Bei der Verwirklichung dieser Ziele durch Projekte aus der Bürger:inneninitiative heraus legt die LA21 Wert auf die Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung um die Lernprozesse zur Stadtgestaltung bei den Bürger:innen und die Offenheit von Seite der Politik und Verwaltung für Beteiligungsprozesse zu fördern. Das Grundkonzept der lokalen Agenda 21 geht auf eine globale Initiative der Vereinten Nationen zurück, die

lokale nachhaltige Entwicklung fördern sollte, um soziale Herausforderungen anzugehen (Demokratiezentrum Wien, 2021b). In Österreich und Wien wurde ab 1998 mit der Umsetzung von lokalen Agenden begonnen (Demokratiezentrum Wien, 2021b).

c. Kurzanalyse Strategiepapiere

In den Interviews wurden zwei Strategien, die in einem Bezug zu sozialer Innovation stehen genannt: Die Smart City Wien Rahmenstrategie und die Wien 2030 – Wirtschaft und Innovation, die im Folgenden dargestellt werden. Die Smart City Wien kann als übergreifende und langfristige Strategie zur nachhaltigen Stadtentwicklung durch Einsatz von intelligenten Technologien verstanden werden. Die Wien 2030 – Wirtschaft und Innovation bettet sich in diese Strategie ein und ist ausgelegt auf deren Teilaspekte der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der Stadt.

i. Smart City Wien Rahmenstrategie (2019-2050)⁴

Die Smart City Wien Rahmenstrategie wurde 2014 veröffentlicht und seit 2019 gibt es eine überarbeitete Version. Das Strategiepapier soll den Übergang der Stadt Wien zu einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Stadt beschreiben. Dabei ist die Smart City Strategie eingebettet in die Strategien auf verschiedenen Ebenen, wie der EU und den Vereinten Nationen. Sie ist ausgerichtet auf die „Sustainable Development Goals“ der Vereinten Nationen. Sie soll außerdem als Dachstrategie für verschiedene städtische Strategien zu Themen der resilienten Stadt fungieren.

Die Entwicklung Wiens in den definierten Zielbereichen soll in den nächsten Jahren durch ambitionierte Vorgaben zu Ressourcenschonung, Lebensqualität und sozialer Inklusion, sowie Innovation und Digitalisierung geleitet werden.

Die Lebensqualität wird über wirtschaftliche und soziale Eingliederung definiert, wobei hier der Zugang zu umfangreichen öffentlichen Leistungen als entscheidend gesehen

⁴ Dieses Kapitel bezieht sich auf das Strategiepapier der Stadt Wien (Magistrat der Stadt Wien 2019), verfügbar unter: <https://smartcity.wien.gv.at/wp-content/uploads/sites/3/2019/10/Smart-City-Wien-Rahmenstrategie-2019-2050.pdf>.

wird. Ambitionierte Nachhaltigkeitsziele, Digitalisierung, Diversität und Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen, insbesondere auf der lokalen Ebene, sind weitere Leitziele.

Der Innovationsbegriff der Smart City Wien ist breit gefasst und betont die Bedeutung der sozialen Innovation. Gerade bei sozialer Innovation möchte die Stadt Strukturen schaffen:

„Wien sucht und fördert soziale Innovationen, die einen Beitrag zu den Zielsetzungen der Smart City leisten, in der Zivilgesellschaft, in Organisationen und Unternehmen und in der Stadtverwaltung. Dazu bedarf es allerdings weiterer Anstrengungen wie der Etablierung von „Social Innovation Labs“, die als zentrale Anlauf- und Vermittlungsstelle gegenüber Bürgerinnen und Bürgern auftreten, soziale Innovationsprozesse systematisch unterstützen und die lokale Bevölkerung mit städtischen Einrichtungen sowie privaten Initiativen vernetzen.“ (Magistrat der Stadt Wien 2019, S. 52)

Durch „Open Innovation“, also einer Öffnung der Innovationsprozesse für außenstehende Akteure soll die Beteiligung von Zivilgesellschaft und weiteren Akteur:innen gefördert werden. Partizipationsstandards in der Stadtentwicklung sollen langfristig mit der Bevölkerung zusammen ausgehandelt werden. Bei Partizipation sollen alle sozialen Gruppen erreicht werden und dabei die jeweiligen Lebenswelten berücksichtigt werden. Für Partizipationsprozesse soll vor allem die lokale Ebene eine Rolle spielen und hier „Experimentierräume“ geschaffen werden. Auch partizipative Budgetierung soll umgesetzt werden. Generell soll eine Kultur der Offenheit bei Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung zur Umsetzung von Innovation beitragen. Dennoch ist das Hauptziel „Innovation Leader“ bis 2030 zu sein auf die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Stadt ausgerichtet.

Umgesetzt werden soll die Strategie mit den Instrumenten von Leuchtturmprojekten, Beteiligungsformaten, öffentlich-privaten Kooperationen, Pilotprojekten und Forschungsk Kooperationen sein. Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft sollen aktiv durch eine Gremienstruktur in die Begleitung der Strategie eingebunden werden. Die inhaltliche Ausrichtung wird durch die städtische Politik festgelegt, während die Stadtadministration die strategische Koordination sicherstellt. Zur operativen

Unterstützung wird eine eigene Smart City Agentur für die Förderung der Zusammenarbeit und Kommunikation eingeführt.

ii. Wien 2030 – Wirtschaft und Innovation⁵

Das Strategiedokument Wien 2030 – Wirtschaft und Innovation soll den Ansatz der Stadt Wien für die Entwicklung der Wirtschafts- und Innovationslandschaft beschreiben. Im Dokument wird angegeben, dass die Strategie unter einer breiten Einbindung von Stakeholdern und Expert:innen entstand. Dazu gehört der begleitende „Vienna Economic Council“, das „Kernteam“ und beratende Expert:innen. Die verschiedenen Gruppen bestehen aus jeweils Vertreter:innen der Sozialpartner:innen, Wirtschafts- und Wissenschaftsvertreter:innen und Vertreter:innen der Stadt Wien aus verschiedenen Ressorts. Es wurde außerdem eine Forumsveranstaltung mit interessierten Bürger:innen organisiert. Die Strategie wurde auf einer Vielzahl weiterer städtischer Strategien und Vereinbarungen aufgebaut, die ebenfalls teilweise mit Sozialpartner:innen, Wirtschaftsorganisationen oder Hochschulen geschlossen wurden.

Das Dokument beschreibt die Stärken Wiens, die weiter ausgebaut werden. Dazu zählt die Stärkung des Standortes für Wirtschaft, Forschung, Kultur und Verwaltung. Dadurch sollen die von dem Papier identifizierten gesellschaftlichen Kernherausforderung Klimawandel, technologischer Wandel, Urbanisierung und demografische Veränderungen bewältigt werden. Das übergeordnete Ziel ist die Verfolgung der in der Smart City Wien Rahmenstrategie dargelegten Ziele. Dazu gehört die „Lebensqualität für Alle“ und eine effiziente Nutzung der Ressourcen durch Innovationen. Das Dokument betont, dass der Mensch im Mittelpunkt des Bemühens der wirtschaftlichen und innovativen Handlungen stehen soll, was sich auch durch den Einsatz für „human-centered-solutions“.

Der Innovationsbegriff der Strategie ist breit gefasst:

⁵ Diese Beschreibung bezieht sich auf das Strategiedokument Wien 2030 – Wirtschaft und Innovation (Stadt Wien, Wirtschaft, Arbeit und Statistik (MA 23) 2019), verfügbar unter [file:///C:/Users/Standalone/Downloads/AC15651933%20\(2\).pdf](file:///C:/Users/Standalone/Downloads/AC15651933%20(2).pdf).

„Technologische Innovationen sind neue Produkte, Dienstleistungen oder Verfahren, deren Anwendung durch NutzerInnen Akzeptanz findet. Der Nutzen von sozialen Innovationen liegt primär in ihrer gesellschaftlichen Relevanz, er beruht nicht zwingend auf wirtschaftlicher Verwertbarkeit. System-Innovationen dienen primär der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen (zum Beispiel Beiträge zur Energiewende, neue Infrastrukturen). Künstlerische und kulturelle Innovationen geben vor allem dem Wissens- und Innovationsstandort wichtige Impulse.“ (Stadt Wien, Wirtschaft, Arbeit und Statistik (MA 23) 2019, S. 3)

Alle Arten von Akteur:innen aus Wirtschaft, Forschung, Bildung und Kultur sind angehalten sich als Innovatoren zu betätigen. Insbesondere die Wiener Betriebe der öffentlichen Hand sollen hier aktivierend wirken und mitgestalten.

Die strategischen Schwerpunkte sind: Smarte Lösungen für urbane Lebensräume des 21. Jahrhunderts, Gesundheitsmetropole Wien, die Digitalisierung der Stadt, smarte Produktion in der Metropole, Stadt der internationalen Begegnung, Kultur- und Kreativitätsmetropole Wien.

Es werden außerdem die zugehörigen Handlungsfelder identifiziert, durch die die Leitthemen bearbeiten werden sollen: Bildung, Arbeitsmarkt und Top-Talente, Hochschulen und Forschung, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, Wiener Infrastruktur, Innovative Gemeindeverwaltung, Innovatives Milieu, Regulierung, Förderstrukturen und Standortmarketing.

Die Handlungsfelder betonen den Ausgleich zwischen den Feldern Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit durch Innovation. Das Bilden von Netzwerken spielt eine zentrale Rolle, die mit einer starken, aber angemessenen Regulierungswirkung durch die Stadtverwaltung und die Schaffung einer umfassenden Infrastruktur durch die Stadt gebildet werden sollen. Der Wirtschaftsbegriff wird stark mit der Schaffung von Arbeitsplätzen von hoher Qualität verknüpft.

Die Strategie soll durch die Entwicklung von Leitprojekten umgesetzt werden und es gibt eine laufende inhaltliche Abstimmung mit dem strategiebegleitenden Gremium

„Vienna Economic Council“, Berichterstattung über den Projektfortschritt, sowie Überprüfungen der Budgetierung, sowie Evaluationen.

d. Kurzanalyse: Wissenschaftliche Einschätzungen zur Wiener Stadtpolitik

In einem Expert:inneninterview wurden zusätzliche Informationen zur Dynamiken in der Stadtstruktur eingeholt, die die Diskussion der Ergebnisse weiter bereichern sollen. Dafür wurde Christoph Reinprecht, Professor für Soziologie am Institut für Soziologie interviewt. Christoph Reinprecht forschte jahrzehntelang zu politischen Aspekten der Stadtgesellschaft und sozialer Ungleichheit. Aus seiner Forschung resultierte eine umfassende Expertise für die Besonderheiten der politischen und administrativen Strukturen der Stadt Wien.

Seine Erfahrungen im Bereich der sozialen Innovation in Wien sind von Widerspruch geprägt. Zwar gebe es echte innovative Ansätze wie die behutsame Stadterneuerung, zugleich beobachtete er aber ein stark top-down bezogenes Management von partizipativen Elementen in der Stadtpolitik. Dies liege aber an der generellen, in der sozialdemokratischen Historie der Stadt verwurzelten autoritären Struktur, die sich zwar durch hohe Fachkompetenz auszeichnet, aber eben verschiedene Aspekte der Governance beeinflusse. Auch die soziale Innovation sei oft von top-down Konzepten angestoßen, wohingegen bottom-up Ansätze Schwierigkeiten mit der Etablierung haben. Dennoch gibt es erfolgreiche Initiativen, die das positive Potential der bottom-up Ansätze in der Stadt zeigen.

Die paternalistischen Haltungen der Stadtverwaltung führen zwar zu einem ausgeprägten sozialen Bewusstsein, soziale Gerechtigkeitsfragen sollten aber öfter neu ausgehandelt und aktualisiert werden. Der Einfluss von politischen Persönlichkeiten und politischen Haltungen durchdringt die Stadtverwaltung, was oft zu einem Mangel der politischen Ausgewogenheit und einer Offenheit für externe Einflüsse resultiere. Die Stadtpolitik sollte der Bevölkerung mehr Vertrauen schenken und sich stärker mit basisdemokratischen Initiativen befassen. Soziale Innovation kann der Stadt die Möglichkeit bieten sich von anderen Städten positiv zu unterscheiden, indem sie sich auf Themen wie Gleichheit, Vielfalt und echte Beteiligung konzentriert.

V. Analyse: Die Sichtweise der Expert:innen

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Analyse dargestellt. Das Kategoriensystem wurden für die Ergebnisdarstellung in übergeordnete Themenbereiche mit abstrakt ähnlichen Inhalten, in Anlehnung an die im Leitfaden abgefragten Dimensionen, sortiert. Die erste Dimension behandelt die Rahmenbedingungen, welche die Befragten in Bezug auf soziale Innovation erwähnt haben. Die zweite Dimension bezieht sich auf die Art und Weise wie soziale Innovation als Konzept verstanden und umgesetzt wird. Die dritte Dimension bezieht sich auf die Themen, die mit sozialer Innovation assoziiert und bearbeitet werden sollen und die vierte Dimension beschreibt die erwähnten Formen der Zusammenarbeit. Einen Überblick über die Ergebnisse bietet Abbildung 4 am Ende der Ergebnisbeschreibung (Seite 80).

a. Der Kontext der sozialen Innovation

Die Expert:innen haben einige generelle Rahmenbedingungen beschrieben, die sich in der Umgebung von sozialer Innovation in der Stadt Wien darstellen. Dazu gehört der gute Zugang zu Ressourcen, die günstige institutionelle Infrastruktur und auch eine Zurückhaltung in Bezug auf politische Risikobereitschaft.

Mangel an politischem Mut und Risikobereitschaft

Ein Hauptergebnis der vorliegenden Arbeit, das als Rahmenbedingung für die Umsetzung von sozialer Innovation gesehen werden kann ist der Wunsch von allen Befragten nach mehr „politischen Mut“, Experimentierfreudigkeit oder Risikobereitschaft im Bereich der sozialen Innovationen von Seiten der politischen Entscheidungsträger:innen. Das Thema wurde unabhängig von den gestellten Fragen oder Formulierungen beinahe wortgleich in jedem Interview explizit oder implizit aufgebracht.

Die Schlüsselrolle von politischem Mut und Risikobereitschaft für einen fruchtbaren Kontext von sozialer Innovation wurde mehrfach betont. Auch wenn in diesem Zusammenhang sehr negativ bewertet wird: *„Die Risikobereitschaft in Österreich, in*

Wien (...) fatal ist würde ich schon fast sagen“, was als „extrem innovationshemmend“ (Interview Nr. 7) wahrgenommen wird. Risikoreichere soziale Innovation stoße dabei oft auf Widerstand bei politischen Entscheidungsträger:innen, aber auch in der Verwaltung. So würden oft die immer selben bewährten Projekten gefördert, anstatt Neues zu wagen:

„[...] also wenn ich mir angucke wieviel Geld setzen wir ein für welche Fördermaßnahmen, die jetzt gut eingefahren sind und die genau wissen, was sie tun und ihre goldenen Dienste leisten, da denke ich mir, manchmal könnte man ein bisschen mutiger sein und sagen, gut, wir machen nicht jährlich das gleiche Programm sondern wir [...] machen mal einen neuen Call, eine neue Ausschreibung, liefert uns neue Ideen. Das würde ich schon spannend finden. Geschieht nicht allzu oft.“ (Interview Nr. 3)

Laut Interviewpartner:innen Nr. 4 und Nr. 2 würden die Politiker:innen sich vor allem vor Widerstand aus den politischen Reihen und von den Wähler:innen fürchten:

„Im politischen Umfeld erlebe ich manchmal, dass man sich da keinem Risiko aussetzen will. Dass Innovation neu bedeutet und neu oft auch auf Widerstand stößt, dem will man sich oft nicht aussetzen.“ (Interview Nr. 4)

„Da stellt sich die Frage, ob dem Gemeinderat immer so bewusst ist, dass es auch wirklich für die nächsten zehn Jahre die Zukunftsstadt sein soll. Also oftmals werden die Zukunftsbilder eben (...) sehr stark an der Tagesrealität gemessen und wenn man sich anschaut im Nachhinein was die letzten 10 Jahre alles passiert ist, [...] ist es unglaublich, was alles bewegt wurde, aber wenn es darum geht diese Innovation fortzuschreiben, dann habe ich manchmal den Eindruck, dass der Mut doch eher überschaubar ist.“ (Interview Nr. 2)

Auf Seiten der Verwaltung würden vor allem die festgefahrenen Regeln und Praktiken ein Problem darstellen. Wien sei zwar „*die bestverwaltete Stadt der Welt*“, jedoch wäre die Bereitschaft von etabliertem Vorgehen abzuweichen gering.

„Experimentierens und das mal Ausprobierens [...] entspricht meiner Meinung nach nicht wirklich der Grundausrichtung der Verwaltung der Stadt Wien, sondern es ist im Prinzip wird alles einmal durchgedacht und dann wird gemacht und damit ist die Stadt in den in den letzten Jahrzehnten sehr gut gefahren. Aber was wir sehen ist, dass wir halt immer größere Herausforderungen haben und dass wir immer mehr Menschen haben, die auch tatsächlich sozusagen mitmachen wollen und sich einbringen.“ (Interview Nr. 6)

Hier könne auch ein Regelwerk zum Umgang mit Experimenten im Rahmen der Bürger:innenbeteiligung förderlich sein.

Einen positiven Einfluss auf die Experimentierfreudigkeit im Rahmen sozialer Innovationen habe aber zum Beispiel die Krisensituation im Rahmen der COVID-19-Pandemie gebracht.

„Was wir gesehen haben, ist das während Corona ganz viel möglich war, was vorher nicht möglich war. Ja, das hat so n bisschen aus der Not heraus, dass es nicht anders ging. Aber auch zum gewissen Grad glaube ich heraus aus der Zuversicht, dass in der Krisensituation, im Nachhinein mehr erlaubt sein wird.“ (Interview Nr. 4)

Der politische Mut beziehungsweise die Unterstützung oder Aufnahme in die politische Agenda bei der Planung und Umsetzung von sozialer Innovation kann als Ressource für die Beteiligten gesehen werden.

Guter Zugang und Ausstattung mit Ressourcen

Eine weitere wichtige Rahmenbedingung sind finanzielle oder personelle Ressourcen. Der Punkt wurde nicht explizit abgefragt, kam jedoch in den Interviews immer wieder auf.

Die wichtigste Finanzierungsquelle für soziale Innovation ist aus Sicht der Befragten die öffentliche Hand auf den verschiedenen Ebenen. Wobei in innovativen Ansätzen, wie z.B. im Rahmen von „Urban Improvement Districts“ auch die freiwillige finanzielle Beteiligung von Unternehmer:innen und Eigentümer:innen in der Stadtentwicklung auf lokaler Ebene getestet wird. Auch im Rahmen von anderen von der Stadt Wien mitgetragenen Infrastrukturen zur Förderung von sozialer Innovation werden akteursübergreifende Netzwerke gebildet und versucht dadurch diverse Finanzierungen für Pilotprojekte zu schaffen (Interview Nr. 7). Die nationale Ebene ist wohl maßgeblich an der finanziellen Förderung von sozialer Innovation beteiligt, jedoch wurde sie selten genannt. Impulse von nationaler, wie auch von europäischer Ebene wurden vor allem im Zusammenhang der Wirtschaftsförderung und aktiver Arbeitsmarktpolitik beschrieben. Die EU-Ebene schreibt dabei viele hochquotierten Förderungen für den expliziten Themenbereich soziale Innovation aus, die allerdings streng an die Integration des Konzeptes gekoppelt, was von den städtischen Akteur:innen als massive Herausforderung wahrgenommen wird. Wegen der hohen Prüfstandards zur Beantragung dieser Fördermittel würden diese teilweise von städtischen Stellen selbst abgerufen, um eigene personelle Ressourcen aufzustocken und dadurch Forschung oder ähnliches zum Thema zu fördern, um eine Lenkungswirkung zu erzielen (Interview Nr. 4). Das zuständige Bundesministerium versucht dieser Herausforderung durch die Herausgabe von Leitfäden zur Umsetzung von sozialer Innovation zu begegnen. Die Förderung von sozialer Innovation auf EU-Ebene sei zwar begehrt, jedoch insgesamt ein zweiseitiges Schwert:

„Gut und schön, dass die Kommission sagt, sie will jetzt das Thema soziale Innovation direkt ansprechen und man muss so etwas in seinem Programm abbilden. Es gibt doch aus meiner Sicht von der Finanzierung, von der technischen Seite her, nix Innovationsfeindlicheres als den ESF in seiner Komplexität und in seiner Behäbigkeit und in der Mentalität von oben herab alles

doppelt und dreifach zu erfinden und dann siebenfach kontrollieren zu lassen.“
(Interview Nr. 3)

Im Allgemeinen fühlen sich die Befragten gut ausgestattet mit finanziellen Mitteln zur Förderung von sozialer Innovation. Auch wenn die Förderlandschaft als komplex wahrgenommen wird und vor allem die langfristige Finanzierung über Pilotprojekte hinaus als Herausforderung wahrgenommen wird. Durch eine Verbesserung der Leistungsqualität ließen sich hier sogar langfristig finanzielle Aufwände effektiv minimieren. Dies ist aber durchaus auch mit Skepsis der Mitarbeiter:innen im SI-Umfeld verbunden, dass die durch soziale Innovation eingesparten Mittel dann zum Wohle der Leistungsempfänger:innen an einer anderen Stellen mit Ressourcenmangel verwendet würden:

„Gleichzeitig muss man dann auch wieder schauen, da gibt es auch eine gewisse Skepsis, dass nicht Budgeteinsparungen, die man über Innovation erzielt, dann quasi verloren sind, weil wir viele Bereiche haben, wo es im Moment dann Ressourcenmangel gibt und da wäre es natürlich schön, wenn Ressourcen, die man über Innovation frei spielt, danach dort wieder verwendet werden können, um dort vielleicht die Bedingungen an anderer Ort und anderen Stellen zu verbessern.“ (Interview Nr. 4)

Bei Befragten Nr. 4 entsteht der Eindruck, dass aus dem oben genannten mangelnden politischen Mut resultiere eine gewisse Zurückhaltung im politischen Umfeld bei der langfristigen Finanzierung von sozial innovativen Projekten:

„[...] mein Eindruck wäre, dass man da zurückhaltend ist, quasi, dann würde man es langfristig dann finanzieren wollen, dann würde es immer bedeuten, andere Angebote zu reduzieren. Und das ist politisch eher unbeliebt. Auch wenn es manchmal Sinn machen würde, quasi. Angebote durch neue Dinge zu ersetzen, aber da macht man sich natürlich, setzt man sich dem Vorwurf aus Sozialleistungen zu kürzen.“ (Interview Nr. 4)

Günstige politische und institutionelle Infrastruktur

Auch die besondere Institutionsinfrastruktur der Stadt Wien spielt eine Rolle für den Kontext von sozialen Innovationen. Die gute finanzielle Ausstattung durch die Fonds und ihre ausgelagerte Rolle in der Stadt Wien wird zudem als Pull-Faktor für das Einwerben von innovativen Projekten und Partner:innen gesehen, wie der Interview-Teilnehmer Nr. 3 angibt:

„Es gibt ja mehrere Fonds, das funktioniert aus meiner Sicht gut. Das funktioniert wahrscheinlich deswegen gut, weil das dann nicht das Magistrat ist. Es deswegen sozusagen keine Konkurrenz und Berührungsängste gibt [...] Und nicht sozusagen von oben herab und fordernd. Und deswegen kriegst gute Kooperationen zusammen. Und wenn man dann auch noch ein Geld mitbringen kann und wenn es, sei es ein ESF-Geld oder ein Fondsgeld, dann freuen sich die Kooperationspartner auch, dass man dann gemeinsam irgendwie gut an einem Strang ziehen kann.“ (Interview Nr. 3)

Die Strukturen der Fonds und Zielsetzungen der Fonds würden gewissermaßen eine „Pflichtinnovation“ erfordern, die auch teilweise losgelöst von ökonomischen Interessen sei (Interview Nr. 3).

Zudem könne sich die Stadtentwicklung aufgrund der jahrzehntelangen Regierungsstabilität in vielen Punkten einer „vier oder fünf Jahres Logik entziehen“ (Interview Nr. 8). Und auch die gesetzgeberischen Kompetenzen als Stadtstaat würden sich positiv auf die innovative Sozialpolitik auswirken, beispielsweise bei der Regelung zur Widmung von sozialem Wohnbau.

b. Soziale Innovation als Konzept und Praxis in der Stadt Wien

Das Verständnis der sozialen Innovation ist in der Stadt Wien stark durch die Gestaltung der Strategien definiert, wird aber durch das soziale Grundverständnis der

Stadt geprägt. Die Stadt bemüht sich eine Offenheit für Innovationen zu schaffen und hinderliches Silo-Denken zu überwinden. In der Umsetzung des Konzeptes sozialer Innovation findet jedoch eine starke Kontrolle durch die Stadt statt.

Begriff der sozialen Innovation durch Strategien geprägt

Der Begriff der sozialen Innovation wird in der Stadt Wien sehr breit gefasst. Bei den verschiedenen Stellen der Stadt Wien ist das Verständnis von sozialer Innovation jedoch stark durch die Strategien der Stadt Wien geprägt. Sowohl die Smart City Wien Rahmenstrategie, wie auch die „Wien 2030 – Wirtschaft und Innovation“ wurden mehrfach genannt im Kontext des Begriffsverständnis von sozialer Innovation. Alle Befragten oder deren Institutionen sind oder waren in die Planung und/ oder Umsetzung dieser Strategien involviert.

Die Wien 2030 – Wirtschaft und Innovationsstrategie hat soziale Innovation nicht als explizites Ziel oder Kategorie ausgewiesen, doch diese würde jedoch implizit mitbehandelt werden. Die Wirtschaftsstrategie, als Teil der Smart City Wien Rahmenstrategie, denke dabei die sozialen Aspekte der Innovation über die Förderung der Spitzenbranchen mit, die im Sinne einer Förderung der Lebensqualität mitausgewählt worden wären:

„[...] das Spitzenthema, das vielleicht sogar das mächtigste dahingehend ist, ist smarte Lösungen für den städtischen Lebensraum. Und Smart meint in der Wiener Sprache eben nicht nur hochtechnisch. Es meint eigentlich gar nicht hochtechnisch primär, sondern das meint eigentlich für die Lebenszufriedenheit der Menschen in Wien an sich (...) Und dahingehend soll die Wirtschaft arbeiten, um solche Lösungen zu machen.“ (Interview Nr. 1)

Das Schaffen von innovativen Milieus soll eine Stabilität von identitätsstiftenden und zukunftsorientierten Branchen in Wien fördern und die Arbeitsmarktpolitik soll eine Ausbildung und Akquise von entsprechenden Fachkräften fördern. Das soll die Stellung Wiens im internationalen Wettbewerb stärken.

Ein sozialer Ausgleich solle aber auch durch eine Förderung der „Lebensqualität für Alle“ unter anderem durch die Einbeziehung eines „Öffentlichen Raums für Alle“ erzielt werden (Interview Nr. 2). Dies passt sich inhaltlich in die Smart City Wien Rahmenstrategie ein. Im Kontext der Arbeitsmarktpolitik wird zudem wiederholt erwähnt, dass Ideen des sozialen Fortschritts oft aufgrund von ökonomischen Grenzen in der Umsetzung eingegrenzt werden müssen.

Der Sozialbereich in Wien ist schon sehr ausgeprägt mit einer historisch gewachsenen diversen Landschaft an Angeboten, die aber oftmals nicht direkt von der Stadt betrieben, sondern gefördert wird (Interview Nr. 4). Die Stadt versucht dennoch koordinierend im Bereich der Innovationen zu wirken. Hinderlich sei hier, dass sich innovative Projekte keine langfristige Finanzierung bekommen, da dann klassische Angebote reduziert werden müssten. Die innovativen Tätigkeiten beziehen sich hier auch auf Digitalisierungs- und Organisationsinnovationen zur Verbesserung der Arbeitsplatz- und Versorgungsqualität.

Darüber hinaus sei der Begriff bei den unterschiedlichen (auch nicht-öffentlichen) Akteur:innen durchaus unterschiedlich geprägt:

„Weil wir natürlich abseits von auch vorhandenen Strategie-Papieren die Erfahrung gemacht haben, dass soziale Innovation sehr unterschiedlich verstanden wird“ (Transkript Nr. 7)

Soziale Problematiken zentral

Ein Thema das immer wieder als förderlicher Faktor genannt wird, ist das ausgeprägte Grundverständnis der Stadtverwaltung für soziale Thematiken, dies erleichtere die Zusammenarbeit in der sozialen Innovation. Dies sei ein Wienspezifisches Phänomen, dass sozial ausgleichende Maßnahmen automatisch mitgedacht und erwünscht wären.

„Zum Beispiel, dass eben bei uns soziale Aspekte in einem Projekt immer natürlich auch eine Rolle spielen und nie nur Mobilitätsaspekte also so und diese Verknüpfung wird glaube ich einfach aufgrund dieser starken DNA der Stadt Wien von den meisten eigentlich fast schon automatisch gemacht, also da muss gar nicht jemand sagen: Hey bitte das wäre notwendig, sondern man weiß, dass die Stadt die letzten Jahrzehnte damit ganz gut gefahren ist und dass es wichtig ist sozusagen diese Geschichte auch im Jetzt weiter zu schreiben.“ (Interview Nr. 6)

„Aber ich würde dort schon sagen, diese Tradition oder auch das Selbstverständnis der sozialen Stadt, die sich auch im Sinne der Stadtpolitik und der Stadtverwaltung um die Stadtbewohner:innen kümmert, ist in Wien schon tief verankert in großen Teilen der Politik, im großen Teil der Verwaltung. Das heißt, grundsätzlich stoßen soziale Themen, Ideen oder auch eben Innovationen mal nicht per se auf taube Ohren.“ (Interview Nr. 7)

Auch die Diversität solle bei der Förderung der sozial innovativen Bürger:innenbeteiligung weiter erhöht werden um bestehende Machtverhältnisse nicht weiter zu stratifizieren (Interview Nr. 6).

Der Stellenwert von sozialen Verständnissen der Stadt Wien spiegele sich auch in der Adaption von Strategien zur Innovation, wie dem global bekannten Konzept der Smart City, wider. Während dieses Konzept international oftmals einen Fokus auf technische Innovation habe, habe die Stadt Wien „eine Vorreiterrolle eingenommen“ (Interview Nr. 6) und den gesellschaftlichen Nutzen in den Mittelpunkt gestellt:

„Diese Zweiteilung, wie Wien die Smart City umdefiniert hat oder für sich definiert hat, finde ich hat eine ganz wichtige herausgehobene Stellung im Vergleich zu anderen Smart City Konzepten auf der Welt. (...) In Österreich geht man auch in diese Richtung, aber es gibt durchaus eine Dominanz weltweit, die das nicht so definiert. (...) Das ist wichtig, dass in Wien sehr stark die

Lebensqualität und die sozialen Faktoren mit dabei sind bei der Smart City-Definition.“ (Interview Nr. 2)

Gemischte Innovationsoffenheit

Die Stadt Wien versuche sich laut den Befragten an der Schaffung einer Innovationskultur. Insgesamt sei die Offenheit für innovative Ansätze in der Stadtverwaltung, jedoch durchwachsen. Die Erfahrungen aus bestehenden Förderprojekten von sozialer Innovation zeigen, dass eine kritische Reflexion in Form von Hinterfragen der aktuellen Standards und Praktiken in der Stadtverwaltung durchaus bereits passiere (Interview Nr. 6). Jedoch sei die empfundene Offenheit stark von individuellen Faktoren abhängig. Ein persönliches Netzwerk in diesem Bereich mit einer ausgeprägten Kenntnis der entscheidenden Personen wäre hier unentbehrlich.

„Grundsätzlich gibt es eine breite Offenheit der Stadt Wien, Innovationsprojekte auch anzugehen. Es ist ganz stark abhängig, auf welchen Teil der Stadt Wien man schaut, glaube ich.“ (Interview Nr. 4)

„Ich kann es jetzt nur aus dem Bereich in dem ich arbeite, nämlich im Bereich Bürger:innenbeteiligung heraus beantworten und da würde ich sagen dass es gewissermaßen eine Offenheit gegenüber, und das ist es ja bottom-up im Endeffekt, also dem Zulassen gibt, aber dass sich in der Praxis also in der praktischen Umsetzung schon immer sehr viele Hürden ergeben.“ (Interview Nr. 6)

Insgesamt würde die Offenheit der Verwaltung gegenüber sozial innovativen Ansätzen, aber steigen.

„Und dass [...] auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgrund von Erfolgserlebnissen erkennen: Hey, das waren lustvolle und produktive Prozesse

mit NGOs und mit der Bevölkerung. Wiederum nicht immer, nicht überall, aber das lässt sich gut organisieren und wir hatten Spaß daran und es ist was Positives herausgekommen, und auf dem lässt sich aufbauen. Ich bin das durchaus optimistisch.“ (Interview Nr. 8)

Die Schulung von Mitarbeiter:innen wie der Umgang mit Bürgerbeteiligung am besten gelinge könne zudem Barrieren abbauen (Interview Nr. 6).

Silo-Denken als Hindernis

Die Befragten empfinden in der Planung und Umsetzung von sozialer Innovation zudem ein verbreitetes „Silo-Denken“ in der Stadtverwaltung als hinderlich. Diese Thematik wird in Interview Nr. 1, 2, 4, 6, 7, und 8 aufgebracht. Die streng ressortfixierten Denkweisen werden jedoch gezielt versucht von verschiedenen Stellen durch die Schaffung von neuen Strukturen zunehmend aufzubrechen. Diese Strukturen äußern sich durch Plattformen wie die Social City, themenbezogene Projekte bei der Organisationsübergreifende Gremien begleiten oder aber auch ein Innovationsmanagement der Stadt Wien. Letzteres versucht dabei spezifisch auch soziale Fragen in die Denkweise zu integrieren (Interview Nr. 1).

Gleichzeitig betonen die meisten Befragten zudem bedeutende Schwierigkeiten die richtigen Ansprechpersonen für Anliegen rund um soziale Innovation in der Stadtverwaltung zu identifizieren. Die mangelnde Klarheit in Bezug auf entsprechende Strukturen bedroht dabei die Effektivität und volle Ausschöpfung der Möglichkeiten bei den Förderungen. Viele der Befragten wünschen sich daher eine Ansprechstelle oder Koordinationsstelle für Fragen rund um das Thema soziale Innovation. Dies ist insofern überraschend, da in einem Interview von einem systematischen Innovations-Management berichtet wird:

„[...] für engagierte Menschen im Magistrat, die Innovationsvorhaben (...) im Kopf oder schon ein bisschen was dazu gemacht haben, aber nicht weiterkommen und da haben wir finanzielle und auch systemische Unterstützung, die wir anbieten. [...] also Innovations-Manager, gibt es ja auch

viele verstreute in der Stadt und es gibt auch Innovationsdepartements quasi überall.“ (Interview Nr. 1)

Dieses Innovationsmanagement versuche interdisziplinäre Perspektiven zu fördern und thematisiere auch konkret soziale Aspekte.

Kontrolle durch die Stadt Wien

Die Herangehensweise der Stadt Wien zur Förderung von sozialer Innovation ist durch die starke Ausübung von Kontrolle geprägt. Eine befragte Person spricht in diesem Zusammenhang auch von einer Mentalität des Besserwissens in der Stadtverwaltung (Interview Nr. 3), die in einer grundlegenden Skepsis gegenüber Bottom-Up Ansätzen führe. Die Person führt das auf die sozialdemokratische Historie der Stadt Wien zurück:

„Natürlich neigt das System so, wie es wie es halt aufgesetzt ist/ [...] das politische Selbstverständnis, hat durchaus von einer roten Gemeinde dazu zu sagen, wir denken selber nach und [...] wir wissen schon wohin wir wollen. Oder wir sind in einem Korsett aus sozialpartnerschaftlichen Vorgaben und dem kannst du eh nicht ausbüchsen und man hat grundsätzlich eine gewisse Skepsis gegenüber diesen Bottom-Up Ansätzen, wo die Betroffenen selbst darüber entscheiden können mit welchen Mitteln und mit welchen Programmen sie zu einem Job kommen oder sonst was. Da mag schon so ein bisschen, wie soll ich es nennen, (...) so ein Expertengehabe mitschwingen.“ (Interview Nr. 3)

Ähnlich wird die Skepsis gegenüber freigewählten Bottom-Up Initiativen im Kontext der Stadt- und Bezirksentwicklung im Interview Nr. 6 beschrieben. Die langfristige politische Zustimmung zu breiten Themenblöcken für die Förderung von Bottom-Up Initiativen sei oftmals eine Schwierigkeit:

„Ja also was wir gemerkt haben, ist, dass es sehr schwierig ist, das politische Commitment zu so einem sehr breiten Thema [...] für eine lange Periode einzuholen, weil [...] da kann einfach auch alles kommen. Also das [...] ist da alles dabei und politische Realitäten auch kennend ist es natürlich schwierig in so einem breiten Spektrum im Vorhinein zu sagen alles, was über diese Schiene kommt, wird unterstützt.“ (Interview Nr. 6)

Auch die Erwartungshaltungen an die Projektumfänge sei oftmals nicht realisierbar. Aus diesen Gründen solle die Förderung von Bottom-Up Initiativen daher zukünftig stärker auf die Realisierung der Strategiethemas der Stadt Wien ausgerichtet sein. Eine klare Kommunikation welche Art von Projekten möglich seien, wäre dafür unerlässlich um Frustrationen bei den beteiligten Bürger:innen zu verhindern und eine hohe Umsetzung Quote zu ermöglichen (Interview Nr. 6).

c. Soziale Innovation und gesellschaftliche Themen

Aus den Interviews ließen sich die wichtigsten gesellschaftlichen Themen herausarbeiten, die für die Strategisierung von sozialer Innovation in Wien relevant sind. Ein starker Fokus liegt auf der Wirtschaftsförderung, auch durch die Beseitigung des Fachkräftemangels und die Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen, die Bildung (insbesondere Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten), Digitalisierung und Gesundheit. Über diesen Themen schwebt als übergeordnete Leitlinien die Berücksichtigung von ökologischer Nachhaltigkeit und Klimaanpassungsmaßnahmen, sowie die Förderung von sozialer Gerechtigkeit.

Ein weiteres Thema, das im Kontext der Stadtentwicklung genannt wurde, ist das Wachstum der Stadt. Auch die demografischen Veränderungen werden zu den Herausforderungen gezählt, darunter eine alternde Gesellschaft, aber auch Zuwanderung, die in einem erhöhten Bedarf an Strategien zum Umgang mit Diversität in der Stadt resultiert.

Durch die Strategie Wien 2030 sollte eine Wirtschaftsförderung mit Lenkungseffekt im Sinne, der von der Stadt Wien gewünschten Branchenentwicklung implementiert werden:

„Welche Branchen wollen wir aufbauen und an welche Branchen glauben wir. Erstens, welche sind die Branchen, die wir in Zukunft brauchen werden, um kompetent zu sein. Wie brauchen wir die Branchen? Und dann ist es, aber sind sie auch Branchen, die sozusagen in der Genetik Wiens liegen, also Internationalität, Kultur, das ist ein Ding, das wollen wir einfach weiterführen, weiter pflegen und in die Moderne führen und damit unser Geld machen [...].“
(Interview Nr. 1)

Um diesen Lenkungseffekt zu erzielen, sollen innovative Milieus geschaffen werden, die als Pull-Faktor für die Branchenetablierung dienen soll:

„Man hat ja auch früher auch in Wien stärker von Clustern und dergleichen gesprochen, die nichts anderes beschreiben als ein lebendiges, vitales Milieu, dass eine Branche braucht, und die versuchen wir jetzt aufzubauen, innovative Milieus. Wir haben dann noch Handlungsfelder, wir brauchen passende Arbeitskräfte dazu, Arbeitsmarkt, Spitzenkräfte, Bildung, decken dieses Thema ab.“ (Interview Nr. 1)

Die Arbeitsmarktpolitik soll mithilfe von sozial innovativen Ansätzen den Spitzenbranchen zuarbeiten und junge Menschen in bestimmte Branchen lenken. Dabei würden sich vor allem auch die Berufsbilder im Themenbereich Kreislaufwirtschaft eine Chance für die Arbeitsmarktintegration von benachteiligten Personengruppen bieten, da dort manuelle Tätigkeiten benötigt würden (Interview Nr. 1, Interview Nr. 3, Interview Nr. 9).

„Aber wie gesagt, das haben wir entschieden, wir gehen in die Richtung Berufsorientierung und ich wiederhole es wieder, Berufsorientierung mit dem Ziel, Menschen dafür zu gewinnen, dass sie sich in genau diese Klimaberufe, grünen Berufe und so weiter engagieren.“ (Interview Nr. 3)

Es solle aber auch der Fachkräftemangel im sozialen Bereich gezielt angegangen werden, um eine flächendeckende Versorgung der Wiener Bevölkerung zu gewährleisten. Im Rahmen der Wien 2030 Strategie werden die sozialökonomischen Betriebe auch „als eines von mehreren sozial innovativen Milieus gesehen (Interview Nr. 1). Dort müsse auch die Qualität der Arbeitsplätze durch organisationale soziale Innovation verbessert werden. Dabei wird der Einfluss von betriebswirtschaftlich gedachten Innovationen in diesem Bereich als hinderlich empfunden (Interview Nr. 4).

Um neue Lösungen im Bereich Bewältigung von Klimaherausforderungen zu finden wird von der Stadt Wien intensiv mit Bürger:innenbeteiligung gearbeitet:

„Aber Klimateams sind ein schönes Beispiel wo versucht wird, die Bevölkerung viel stärker demokratisch mit einzubinden. Wo fast schon überproportional viel Aktivierung betrieben wird, um Ideen zu sammeln.“ (Interview Nr. 2)

Die übergeordnete Zielsetzung sei bei dieser Art der Beteiligung aber die Bildung zum Thema Nachhaltigkeit bei den Bürger:innen:

„Und für uns ist der Hintergrund jetzt weniger die konkreten Projekte, sondern damit initiierte Lernprozesse. Und wir lassen das auch begleitend beforschen, wo glasklar hervorgeht, was sozusagen die Haltung der Menschen, die an diesen Prozessen teilnehmen, sowohl außerhalb der Verwaltung, als auch innerhalb der Verwaltung, jetzt beispielsweise in Bezug auf ihr Wissen oder ihre Affinität zur Klimathematik sich signifikant steigert.“ (Interview Nr. 8)

Es wäre außerdem in der Bürger:innenbeteiligung auf Grätzel-Ebene geplant, dass sich künftig alle Projekte mit Förderung durch die Stadt Wien auch auf Nachhaltigkeit beziehen sollen. Aktuell wird dies bereits umgesetzt in Form eines „Nachhaltigkeits-Checks“ (Interview Nr. 6).

Gerade im Bereich der Sozialdienste kann Digitalisierung für Partizipation eine stärkere Partizipation genutzt werden z.B. durch Apps. Bei der agilen Implementierung von Innovation sollte hier jedoch eine Rücksicht auf die Betroffenen genommen werden und diese nicht als „Versuchskaninchen“ benutzt werden (Interview Nr. 4).

d. Zusammenarbeit und Interaktion

In den Interviews werden umfassende Kooperationen mit verschiedenen Akteur:innen beschrieben. Die relevantesten Partner:innen der Stadtverwaltung sind die Sozialpartner, Sozialdienste, die von der Stadt Wien gefördert werden, sowie die wirtschaftlichen Akteur:innen. Auch innerhalb der Stadtverwaltung gibt es einen regen Austausch zwischen den verschiedenen Stellen.

Sozialpartnerschaft

Die Sozialpartner:innen werden als wichtige Kooperationspartner beschrieben. Die starke Zusammenarbeit mit den Sozialpartner:innen kanalisiert sich unter anderem in einer engen Einbindung in die Erstellung der städtischen Strategien zu Innovation, in den relevanten Wirtschafts stakeholder einbezogen wurden:

„Das sind die eigentlich die Sozialpartner, (...) sprich Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, wir zählen mitunter die Industriellenvereinigung dazu, die formalen eigentlich kein Sozialpartner ist und dann die wirtschaftsrelevanten Einrichtungen rund um die Stadt Wien, das heißt Wirtschaftsagentur, Waff, Wien Tourismus. Und dergleichen sag ich jetzt mal. Mit diesen gemeinsam haben wir die Themen gesammelt,“ (Interview Nr. 1)

Des Weiteren sind die Sozialpartner:innen durch Sitze in an allen entscheidenden Gremien der Stadtinstitutionen eng eingebunden und beteiligen sich im Rahmen dessen rege an der Einwerbung von EU-Fördermitteln rund um die Thematik der sozialen Innovation. Zuweilen wird die Sozialpartnerschaft als „Korsett“ verstanden, aus dessen Vorgaben man nicht rauskommt. Ein Interviewter stellt die Möglichkeit in den Raum, dass dieses „Korsett“ auch gerne als Ausrede von Seiten der Stadt benutzt wird um innovative bottom-up Vorschläge abzuwehren (Interview Nr. 3). Die Zusammenarbeit wird aber insgesamt als sehr produktiv empfunden.

Interviewteilnehmer Nr. 1 bewertet die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer seit der Ausgabe der Wien 2030 Strategie als fruchtbarer im Vergleich zu vorher. Die Sozialpartner und weitere Wirtschaftsakteure, wie die Industriellenvereinigung und „Wirtschaftspromis“ sind zusätzlich Teil eines strategiebegleitenden Gremiums. Es wird beschrieben, dass es während der Erstellung der Strategie von der wirtschaftlichen Seite Widerstände gegen die zu starke Einbeziehung von Klimathemen gab, gegen die sich die Stadt aber durchsetzen konnte (Interview Nr. 1). Auch insgesamt müssten die Stakeholder durch die Implementierung der vielen städtisch konzipierten Strategien viele Zugeständnisse machen (Interview Nr. 1).

Alte und neue Strukturen der Kooperation

Viele Strategien zu sozialen Innovationen funktionieren durch die Einflüsse von strategiebegleitenden Gremien und Beiratsstrukturen (Interview Nr. 1, Nr. 6, Nr. 7). Damit sollen die verschiedenen Stakeholder regelmäßig zusammengebracht werden. Wie und von wem diese Gremien zusammengesetzt werden und ob dort auch Vertreter:innen der Bürger:innen beteiligt sind blieb in den Interviews offen.

Die städtische Wiener Förderlandschaft für Innovationen ist auf die Wirtschaftsstrategie ausgelegt, was sich auch durch die zentrale Rolle der Wirtschaftsagentur in Calls zu Innovationsthemen äußert (Interview Nr. 1 und 2). Die Zusammenarbeit zwischen etablierten großen Organisationen und innovativen Bottom-Up Initiativen oder Start-ups soll gefördert werden, um gemeinsam neue Ansätze und Innovationen zu entwickeln. Dafür werden neue Innovationsräume in Form von Netzwerken von diversen Akteursgruppen geschaffen, um gemeinsam entlang thematischer Linien zusammenzuarbeiten:

„Also dieses Zueinander führen von eben etablierten großen Strukturen und kleineren innovativen Initiativen oder eben Start Ups, das ist ein bisschen ein Ziel auch, das heißt da auch, einfach Innovationsräume zu schaffen, wo zu gemeinsamen Themen unterschiedliche Player mit unterschiedlichem Hintergrund zusammenfinden und gemeinsam was machen können.“
(Interview Nr. 7)

SOZIALE INNOVATION IN WIEN



VI. Diskussion: Sozialdemokratische soziale Innovation in Wien: Chancen und Herausforderungen für soziale Veränderungen

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Analyse zusammengefasst und interpretiert. Die Analyse wird schließlich mit den theoretischen Erwartungen verglichen und die Implikationen für die Politik werden abgeleitet. Anschließend werden die Limitationen der vorliegenden Arbeit diskutiert.

a. Zusammenfassung der Ergebnisse aus den Interviews

Die Ergebnisse der Interviews ergeben ein ambivalentes Bild der Rolle von sozialdemokratischen Prinzipien bei der Förderung und Implementierung von lokaler sozialer Innovation.

Die ausgeprägte institutionelle Struktur der Stadt Wien bietet eine breite Landschaft für die Entwicklung von sozial innovativen Projekten. Das ausreichende Vorhandensein von finanziellen Ressourcen wird als eine positive Voraussetzung gelobt. Die Stadt Wien nimmt sich des Themenbereichs soziale Innovation an und integriert die Konzepte in ihre wesentlichen Strategien zur mittel- und langfristigen Stadtentwicklung, wie „Wien 2030 – Wirtschaft und Innovation“ und die „Smart City Wien Rahmenstrategie 2014-2050“. Dabei wird ein breites Verständnis von sozialer Innovation zur Förderung von „Lebensqualität für Alle“ und mit dem „Mensch im Mittelpunkt“ ausgegeben. Auch die Förderung von innovativen Milieus soll dabei die Wirtschaft nachhaltig und in zukunftsweisenden Branchen entwickeln um eine langfristige soziale Gerechtigkeit und Versorgung der Stadtbewohner:innen zu gewährleisten. Die Stadt Wien versucht in diesem Sinne auch eine Offenheit für die sozial innovativen Ansätze in der Verwaltung zu fördern, die aktuell von den Befragten teilweise noch als problematisch angesehen wird und von individuellen Netzwerken abhängt. Soziale Innovation wird dabei nicht als Thema in den sozialen Bereich abgeschoben, sondern soll in ein breites Themenspektrum integriert werden, wie z.B. Bildung, Digitalisierung, Gesundheit, Nachhaltigkeit. Für themengebundene innovative Entwicklung werden Strukturen geschaffen, die ein noch weit verbreitetes Silo-Denken

in der Verwaltung aufbrechen und die Zusammenarbeit von verschiedenen Akteursgruppen fördern sollen.

Ein wahrgenommener Mangel an politischem Mut bzw. Risikobereitschaft auf der politischen und administrativen Ebene stellt aus der Sicht der Befragten ein zentrales Hemmnis für die Umsetzung von sozialer Innovation durch die Stadt Wien dar. Politik und Verwaltung setzen oftmals auf bewährte Ansätze, was auch zu Schwierigkeiten bei einer langfristigen Finanzierung bzw. Institutionalisierung von innovativen Ansätzen führt. Gleichzeitig ist die Einflussnahme der Stadt Wien auf lokale soziale Innovation durch vielfältige kontrollierende Elemente und einer teilweisen Skepsis und Zögerlichkeit gegenüber bottom-up-Initiativen geprägt. Trotz mutmaßlich vorhandener Strukturen zur Förderung von verwaltungsinterner Innovation, gibt es einen verbreiteten Wunsch nach städtischer Unterstützung und Expertise zur Navigierung sozial innovativer Themen.

b. Interpretation und Integration der Ergebnisse

Durch die konsequente sozialdemokratische Instrumentierung der Stadt Wien haben sich sozialdemokratische Prinzipien in der öffentlichen Politikführung gefestigt. Für diese Politikführung ist die **Priorisierung von sozialer Gerechtigkeit** in den Handlungen der Stadt zentral. Dies zeigt sich auch im Umgang mit dem Konzept der sozialen Innovation. Zwar ist die Stabilität von politischen Verhältnissen grundsätzlich förderlich für die Umsetzung von sozialer Innovation, jedoch verstärkt der sozialdemokratische Fokus auf soziale Gerechtigkeit diese Dynamik zusätzlich. Durch das betonte **Verständnis der Stadt Wien für soziale Benachteiligungsstrukturen** ist die Offenheit für Projekte, die auf soziale Inklusion abzielen, groß, was zugleich eine Zieldimension von sozialer Innovation ist (vgl. Moulaert 2013). Es muss keine Überzeugungsarbeit für die thematische Förderwürdigkeit geleistet werden. Dadurch entsteht eine Niederschwelligkeit im Bereich der sozialen Innovationen und ein Vertrauen in die Kooperation mit den Institutionen der Stadt.

Auch ein umfassender Zugang zu öffentlichen **institutionellen und finanziellen Ressourcen** ist für organisierte Akteur:innen in dem Bereich gewährleistet, was für soziale Innovationen grundsätzlich förderlich ist. Resultierend aus dem

sozialdemokratischen Prinzip der Institutionalisierung von sozialer Teilhabe und der Bereitstellung wohlfahrtsstaatlicher Infrastrukturen durch die öffentliche Hand gibt es eine **ausgeprägte städtische institutionelle Landschaft**. Dazu gehören die Fonds der Stadt Wien: der Fonds Soziales Wien (FSW) und der Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungs-Fond (waff). Diese sollen sich um derartige Belange kümmern und bemühen sich um innovative Herangehensweisen in ihren jeweiligen Bereichen. Das hat eine ambivalente Wirkung für soziale Innovation in Wien. Sie sind selbst Treiber von sozial innovativen Ansätzen in der Bereitstellung von Sozialpolitik, wenn auch in einer top-down-Art. Gleichzeitig können sie durch ihre gute Ausstattung mit Ressourcen die bürokratischen Herausforderungen der ESF-Förderungen für soziale Innovation überwinden und damit in Form von Kooperationen kleineren Initiativen oder Organisationen bei der Umsetzung von Ideen helfen. Dadurch konzentriert sich aber auch viel Macht in diesen Organisationen und innovative Ideen, die aus der Zivilgesellschaft heraus entstehen, können dadurch entsprechend den städtischen Vorstellungen gefiltert werden. Es entsteht eine Abhängigkeit von einer starren öffentlichen Förderung. Die Institutionen der Stadt Wien können dadurch auch als Konkurrenz zu bürger:innengeleiteten Innovationstreibern verstanden werden.

Gleichzeitig offenbaren die Interviews eine **Risikoaversion** als strukturelles Problem für innovative Ansätze in der Stadt Wien. Die Risikoaversion reflektiert das Dilemma des sozialdemokratischen Prinzips soziale Sicherheit, wofür bereits bewährte politische Instrumente existieren, und gleichzeitig sozialen Fortschritt zu gewährleisten. Soziale Innovationen sind aber in der Natur ihres Konzepts risikobehaftet, da sie neuartig und damit zumeist in ihrer Wirkung oder unter den spezifischen lokalen Umständen unerprobt sind, was eine Risikobereitschaft und politischen Mut voraussetzt. Darüber hinaus scheint auch die langfristige Finanzierung von innovativen Projekten unter einer Vermeidung von Risiken in der politischen Ebene der Stadt zu leiden, wodurch die Institutionalisierung von sozial innovativen Praktiken insgesamt leidet. Dies könnte mitunter auch dem Umstand geschuldet sein, dass der Abbau (bzw. die Transformation) von etablierten Leistungen, der damit gegebenenfalls einhergehen müsste, sich potenziell negativ auf das sozialdemokratische Profil in der Öffentlichkeit auswirken könnte.

Generell sind eine starke **politische Steuerung und Kontrolle durch die Stadt Wien** im Zusammenhang der sozialen Innovation zu erkennen. Der paternalistische Ansatz

der Stadt Wien, der auch im Interview mit dem wissenschaftlichen Experten Christoph Reinprecht angesprochen wurde, kommt auch hier zum Tragen. Dieser ist typisch für die sozialdemokratischen Prinzipien, aber bezieht sich oftmals auf ein sehr klassisches und möglicherweise veraltetes Bild von sozialer Gerechtigkeit. In den Interviews stellt sich zudem in weiten Teilen eine Skepsis gegenüber bottom-up-Initiativen oder Ideen dar. Die Förderung von sozialer Innovation in einem bottom-up-Sinne wird den politischen Vorstellungen, die den übergreifenden Strategien der Stadt entsprechen, untergeordnet. Der Raum für offene Experimente wird dadurch massiv eingeschränkt. Durch diese Steuerungsmacht behält die Stadt Wien die Deutungshoheit über den sozialen Raum und fördert damit soziale Innovation, die bereits an ihre Vorstellungen angepasst ist.

Die Strategien „Wien 2030 – Wirtschaft und Innovation“, sowie die „Smart City Wien Rahmenstrategie“ sind in den verschiedenen Ressorts der Befragten allgegenwärtig und prägen das Verständnis von sozialer Innovation in der Stadtverwaltung maßgeblich. Die Schaffung von Lebensqualität für die Bewohner:innen Wiens ist eng mit dem Begriff der sozialen Innovation verknüpft und assoziiert. Die **Lebensqualität** kann dabei **als Maßstab der sozialen Inklusion** interpretiert werden. Es wird deutlich, dass die Wien-2030-Strategie auf eine Schaffung dieser Lebensqualität und deren soziale Aspekte durch die Innovationen in der Wirtschaft abzielt. Eine umfassende Lenkung der Wirtschaft durch die öffentliche Hand kann hier zwar positive Aspekte für eine gerechte und solidarische Gesellschaft haben. Jedoch stellt sich die Frage, ob hier die sozialen Ziele der Stadt zu wagen bleiben und der technische Aspekt von Innovation das Begriffsverständnis leitet.

Für die Smart City Wien lässt sich eine entgegengesetzte Dynamik erkennen: Laut den Interviewpartner:innen ist die Adaption von sozialen Aspekten für die Definition der Strategie zentral und Wien nehme dort – auch im Vergleich zur nationalen Strategie – eine Vorreiterrolle ein. Die technische Deutung des Smart-City-Konzepts und des dort inhärenten Innovationsparadigma auf globaler Ebene wird zurück auf soziale und partizipative Verständnisse gelenkt. Dabei soll der „Mensch im Mittelpunkt“ der smarten Bemühungen stehen. Auch hier sollen wiederum vor allem Bemühungen aus der Zivilgesellschaft aufgenommen werden, die sich in die eigene Rahmenstrategie einpassen.

Im arbeitsmarktpolitischen Bereich richten sich die sozialen Innovationen vor allem auf die Lenkung von potentiellen Arbeitnehmer:innen in die ausgewiesenen Spitzenbranchen. Arbeitsmarktintegration wird hier auch als Mittel gesehen, um die soziale Inklusion von benachteiligten Personengruppen zu erreichen. Im Feld der Arbeitsmarktpolitik stoßen soziale Innovationen auch immer wieder an ökonomische Grenzen, was ihren transformativen Charakter untergräbt.

Zumindest in der Theorie der Strategieformulierung spielt die Förderung von demokratischen Bürger:innenbeteiligungen eine Rolle. Der Bestand und die geplante Schaffung von Kooperations- und Partizipationsnetzwerken, wie zum Beispiel der Social City Wien oder der lokalen Agenda 21 Wien, zur Einbindung der verschiedenen Interessen aus der Bevölkerung spricht für starke partizipative Bemühungen seitens der Stadt. Hier kann die Einbeziehung von lokalem Wissen zu einer Verbesserung der Befriedigung der Bedürfnisse der Stadtbevölkerung beitragen. Das fördert zudem die intersektorale Zusammenarbeit, auch über Akteurgrenzen hinaus, und schafft wiederum neue Kanäle der Politikformulierung. Domanski (2018) kritisierte in seiner Studie zum Wiener Ökosystem der sozialen Innovation vor einigen Jahren noch den Mangel derartiger Infrastruktur. Auch im Ressort der Stadtentwicklung werden partizipative Methoden angewendet und erfolgreich bewertet, wobei an dieser Stelle noch einmal auf die teilweise kontrollierenden Faktoren der Stadtverwaltung in derartigen Prozessen verwiesen werden soll. Dennoch bietet die Existenz derartiger umfangreicher institutionalisierter Beteiligungsformate mit einer Förderung durch die öffentliche Hand auch große Chancen für die weitere Entwicklung der partizipativen Kultur in Wien.

Die Institutionen der Stadt Wien stehen in diesem Zusammenhang oftmals vor der Herausforderung, bei der Umsetzung von sozialer Innovation in der Verwaltung selbst oder bei der finanziellen Förderung auf die Zustimmung der Sozialpartner:innen in der umfassenden Gremienstruktur angewiesen zu sein. Es besteht die Möglichkeit, dass in den ausgeprägten Abstimmungsprozessen der Stadt innovatives Potential verloren geht. Hier steht die Stadt in einer Mittler-Funktion. Dabei könnte das möglicherweise auch als diskursive Argumentationsressource gegen die Einführung von unliebsamen Projekten benutzt werden.

Die wiederkehrende erwähnte Nachfrage der Befragten nach einer stadtinternen Anlaufstelle, die in Belangen der sozialen Innovation koordinieren kann, deutet auf ein verstärktes Bedürfnis nach einer Transparenz in der komplexen Förderungs- und Organisationsstruktur hin. Die Stellen der Stadt, die eine hohe Regelgeleitetheit gewohnt sind, fühlen sich hier intuitiv von der Offenheit des sozialen Innovationsansatzes irritiert. Allerdings wäre hier vor einer Bürokratisierung bzw. dem Schaffen eines eigenen Silos für soziale Innovation zu warnen.

c. Vergleich mit theoretischen Erwartungen

Die Annahmen, die auf der Grundlage der theoretischen Auseinandersetzung mit sozialer Innovation und sozialdemokratischen Prinzipien und Entwicklungen gebildet wurden, decken sich mit den Ergebnissen dieser Arbeit. Gleichzeitig bietet die vorliegende Analyse eine differenzierte Perspektive auf die Synergien und Dyssynergien der beiden Konzepte.

Wie angenommen lässt sich die paternalistische Haltung der Stadt Wien auch im Kontext der sozialen Innovation erkennen. Aus der Analyse lässt sich bestätigen, dass die Stadt ein Selbstverständnis als zentraler Player der sozialen Innovation hat und sich als Inhaberin der sozialen Deutungshoheit sieht. Das prägt die Herangehensweise an soziale Innovation und die entsprechenden politischen Instrumente. Auch der gute Zugang zu Ressourcen institutioneller und finanzieller Natur bestätigen sich in der Analyse. Die Unterstützung von sozial innovativen Projekten ist jedoch häufig an die Ausrichtung auf die städtischen Ziele und Strategien gekoppelt, was den innovativen Charakter einschränkt. Auch durch die Risikoaversion und die kontrollierenden Elemente der Förderung von sozialer Innovation zeigt sich eine Überregulierung des Bereichs, wobei die Bemühungen der Stadt Wien in Bezug auf die Schaffung einer Offenheit zu betonen sind.

Diese paternalistische Haltung der Stadt Wien schränkt soziale Innovation vor allem in ihrem Sinne als bottom-up-Praktik ein. Wie im Theorieteil dargestellt, wird diese aber in der kritischen Definition des Konzeptes als fundamental für eine empowernde Wirkung und somit die Überwindung der durch eine neoliberale Logik geschaffenen demokratischen Probleme gesehen. Gleichzeitig muss anerkannt werden, dass die

Stadt Wien durch ihre inhärenten Berücksichtigungen sozialer Aspekte bereits viele dieser Probleme angeht. Ihre Strategien zu sozialer Innovation, welche die entsprechenden thematischen Schwerpunkte und die Gestaltung der Förderpolitik bestimmen, sind schon im Wesentlichen durch normative Werte wie soziale Gerechtigkeit und sozialer Inklusion geleitet.

d. Implikationen für Politik und Verwaltung

Die Stadt Wien kann durch ihre sozialdemokratische Prägung bereits viele förderliche Strukturen und Faktoren für die Umsetzung von sozialen Innovationen vorweisen. Möchte die Politik der Stadt Wien diese Dynamiken weiter verstärken und ihre demokratische Zukunftsfähigkeit sicherstellen, sollte sie einen integrativen Ansatz verfolgen. Dieser Ansatz sollte die Stärken der sozialdemokratischen Prinzipien mit weiteren Voraussetzungen für die Verwirklichung von innovativen bottom-up-Ideen kombinieren. Daraus ergeben sich folgende Anforderungen an die politischen Bemühungen der Stadt:

- **Risikobereitschaft und politischen Mut stärken:** Politische Entscheidungsträger:innen müssen den Mut aufbringen, politische Visionen zu formulieren, diese konsequent in die Praxis umzusetzen und gegen Kritik zu verteidigen. Dafür sollte auch die Bedeutsamkeit einer produktiven Fehlerkultur in der Politik stärker in den öffentlichen Diskurs eingebracht werden. Es muss ein Verständnis dafür geschaffen werden, dass sozialer Fortschritt auch mit Risiken einhergeht. Des weiteren kann es lohnend sein, bestehende öffentliche Leistungen zu überprüfen und gegebenenfalls durch eine innovativere Leistungserbringung zu ersetzen.
- **Förderpolitik produktiv gestalten:** Eine Ausrichtung der Förderungen von sozialen Innovationen an den eigenen strategischen Zielen der Stadt kann durchaus sinnvoll sein. Jedoch sollte es auch Raum für unerwartete Innovationen geben, um das maximale Potential der sozialen Innovationen auszuschöpfen. Dafür müssen auch politisch nicht direkt geplante Innovationen

unterstützt werden. Das bedeutet, es braucht Förderungen, die an wenige Kriterien gekoppelt sind. Alternativ können die Kriterien in bottom-up-Prozessen entwickelt werden.

- **Offenheit in der Verwaltung fördern:** Die Bemühungen zur Schaffung einer offenen Innovationskultur in der Verwaltung sollten beibehalten und intensiviert werden. Zwar gibt es aktuelle Bemühungen und institutionalisierte Beratungen zu Innovation, diese sind jedoch nicht umfassend bekannt. Der Bedarf nach Orientierung im komplexen Feld der sozialen Innovation ist vorhanden und kann auch durch Weiterbildung der städtischen Mitarbeiter:innen bearbeitet werden. Eine zentrale Koordinationsstelle für soziale Innovation wäre denkbar. Diese könnte als organisationsübergreifende Anlaufstelle dienen, die berät und an die geeigneten Stellen verweist.

e. Limitationen der Forschung

Die vorliegende Analyse unterliegt wie jede Forschung gewissen Einschränkungen. Die hier herausgearbeiteten Ergebnisse lassen sich nicht generalisieren, sondern lassen nur Aussagen über den konkreten Fall der Stadt Wien zu. Die politischen, historischen und sozialen beeinflussenden Faktoren sind vielfältig und können nicht vollumfänglich dargestellt werden. Daher sind die Aussagen nicht für andere sozialdemokratisch geführte Städte oder territoriale Einheiten gültig.

Die Interviewpartner:innen wurden so gewählt, dass eine möglichst breite und ressortunabhängige Perspektive auf die strategische Ebene der sozialen Innovation in Wien gewonnen werden kann. Der Zugang zum Feld war jedoch auf die Vermittlung durch die Plattform für Abschlussarbeiten der Stadt Wien und eine öffentlich zugängliche Recherche beschränkt, daher kann nicht garantiert werden, dass alle relevanten Perspektiven durch die Interviews abgedeckt werden. Vor allem im Bereich der städtischen Sozialfürsorge konnte die Perspektive von relevanten Akteur:innen wegen einem Mangel an Interviewzusagen nicht berücksichtigt werden. Wie die Stadt Wien selbst soziale Innovation innerhalb der Verwaltung strukturiert und thematisiert, ist aber selbst ein spannendes Ergebnis der vorliegenden Arbeit.

Der Fokus auf die Perspektive von politischen Entscheidungsträger:innen wurde bewusst gewählt, da sie einen Einblick in die strategischen Erwägungen und Hintergründe der Politikausrichtungen bieten kann. Jedoch bleibt dadurch das Erleben anderer Betroffener außen vor. Die Perspektive der zivilgesellschaftlichen Träger:innen von sozial innovativen Initiativen oder Projekten kann weitere spannende Ergebnisse über die Umsetzung der Strategien von sozialer Innovation in der Stadt Wien bieten.

VII. Fazit: Sozialdemokratisch kontrollierte soziale Innovation

Die vorliegende Arbeit hat auf der Grundlage von Expert:inneninterviews und durch die Einbettung in die Kontextbedingungen der Stadt Wien als Fallstudie eine Analyse der Rolle sozialdemokratischer Politik in Wien für die lokale soziale Innovation geliefert. Die relevanten theoretischen Aspekte und Diskussionen des Konzeptbegriffs sozialer Innovation wurden umfassend beleuchtet und die Prinzipien der sozialdemokratischen Politik wurden beschrieben. Auf der Grundlage der theoretisch relevanten Dimensionen für soziale Innovation wurde ein Interviewleitfaden erstellt, der angemessene Informationen für eine Einschätzung von lokaler sozialer Innovation in Wien generierte. Für ein umfassendes Verständnis der Landschaft und der Strategien, welche die soziale Innovation in Wien rahmen, wurde der Kontext der Fallstudie erläutert.

Zusammenfassend lässt sich als Ergebnis dieser Studie feststellen, dass die sozialdemokratischen Prinzipien der Stadt Wien generell eine förderliche Umgebung für soziale Innovation in einem breit gefassten Verständnis schaffen. Die Stabilität der politischen Landschaft trägt zu einer klaren Linie in den politischen Maßnahmen bei, was die Planung und Umsetzung von sozialen Innovationen erleichtert. Hierfür ist auch der gute Zugang zu institutionellen und finanziellen Ressourcen förderlich und fungiert als Ausdruck des Willens zur Förderung von sozialer Gerechtigkeit. Soziale Inklusion durch hohe Lebensqualität für alle Stadtbewohner:innen und die umfassende Integration von wirtschaftlichen Funktionsweisen für einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen leiten die Strategien der Stadt und schaffen damit eine gute Basis für soziale Innovation. Soziale Innovation wird auch durch die sozialdemokratischen Strukturen der Stadt selbst geschaffen, da die Innovationsfähigkeit in wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen in entsprechenden Institutionen proaktiv bearbeitet wird.

Wenn man jedoch die Zieldimension Empowerment durch bottom-up oder bottom-linked-betriebene Praktiken als Maßstab der sozialen Innovationsfähigkeit nimmt, können die sozialdemokratischen Prinzipien auch als hinderlich gesehen können. Eine Skepsis und Unsicherheit in Bezug auf nicht kontrollierbare soziale Innovation kann festgestellt werden, was eine Beschränkung des Potentials der aus lokalem Wissen entstehenden Innovation bedeutet. Die normativen Werte der sozialen Innovation

werden durch die Stadt Wien antizipiert und die Kreativität in Bezug auf neuartige Praktiken damit beschnitten.

Es zeigt sich also ein ambivalentes Bild der sozialdemokratischen Prinzipien als Einflussfaktor von lokaler sozialer Innovation. Die entscheidende Komponente ist hierbei, welche normativen Zieldimensionen sozialer Innovation zugeschrieben werden sollen.

Mit Blick auf die hier umfassend dargestellten Herausforderungen und die Grenzen des vorliegenden Ansatzes ergeben sich weitere Forschungsthemen, welche die vorliegenden Ergebnisse bereichern und weiter kontextualisieren können:

- Vergleichende Studien: Ein Vergleich der Ökosysteme sozialer Innovation in vergleichbaren sozialdemokratisch geführten Städten könnte die vorliegende Analyse überprüfen und möglicherweise die Rolle der unterscheidenden Kontextdimensionen identifizieren. Auch ein Vergleich mit Städten oder föderalen Einheiten in anderen konsequenten parteipolitischen Traditionen könnte aufschlussreiche Ergebnisse über ausschlaggebende ideologische Faktoren der Governance-Modelle und politischen Kulturen für lokale soziale Innovation liefern.
- Untersuchung weiterer Akteur:innen: Eine Anschlussstudie könnte die Perspektive der vorliegenden Arbeit adaptieren und die Einsichten der anderen Akteur:innen (insbesondere Bürger:innen) in das Ökosystem der sozialen Innovation in Wien erheben. Dies könnte die Erkenntnisse über die Wirkungsweise der sozialdemokratischen Strategien erweitern. Ein weiterer spannender Fokus könnte dabei sein, welche Strategien die untersuchten Akteur:innen einnehmen, um auf die sozialdemokratische Verwaltungs- und Kontrolldominanz zu reagieren.
- Förderung von Risikobereitschaft in der Politik: Eine demokratische Implikation der Arbeit verweist auf die Notwendigkeit von mehr politischer Risikobereitschaft. Diese Perspektive kann zukünftige Forschung aufgreifen und untersuchen, wie derartige Verhaltensweisen bei politischen Entscheidungsträger:innen gefördert werden können. Eine solche Forschung sollte hier die Leitfrage adressieren: Wie kann auch das demokratische System

sich verändern, um Politiker:innen eine größere Flexibilität in ihren politischen Handlungsweisen zu bieten?

Die vorliegende Analyse liefert einen bedeutsamen Einblick in die Zusammenhänge der sozialdemokratisch beeinflussten sozialen Innovation und ihrer Wirkungsweisen auf gesellschaftliche Herausforderungen.

In Bezugnahme auf die eingangs aufgeworfene Frage nach der Rolle von sozialdemokratischen Prinzipien für die lokale soziale Innovation lässt sich folgern, dass diese die sozialen Innovationspraktiken in Wien maßgeblich beeinflussen. Die Fallstudie der Stadt Wien zeigt, dass sozialdemokratische Systeme und soziale Innovationen fördernde Synergien erzeugen können. Sozialdemokratische Prinzipien fördern die Schaffung einer günstigen Lage für die Implementierung von sozialer Innovation in die gesellschaftliche Wirklichkeit, indem sie soziale Gerechtigkeit als Leitfaden für die gesellschaftlichen Tätigkeiten anwendet. Damit wird an dem gemeinsamen Ziel einer „besseren“ Gesellschaft gearbeitet. Einschränkend wirken sie, indem sie durch ihre Steuerungs- und Kontrollmechanismen die bestehenden Machtverhältnisse verstärken.

Die Wiener Erfolgsfaktoren basieren dabei auf einer ausgeprägten und gut finanzierten Infrastruktur, einer engagierten und von sozialen Werten geleiteten Strategie und einer starken Allianz von öffentlicher Hand, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die politische Steuerung dieser Faktoren kann dabei helfen, Politik für die Bürger:innen durch die Steigerung der individuellen Lebensqualität spürbar zu machen. Das stärkt das Vertrauen in die politische Wirksamkeit von demokratischen Institutionen. Kombiniert man diese sozialdemokratisch geleitete Stadtgestaltung weiter mit einer Offenheit und einem Vertrauen in die Fähigkeit der Bürger:innen, einen produktiven demokratischen Beitrag zu liefern, kann die Demokratie nachhaltig gestärkt und sozialer Fortschritt gemeinschaftlich gestaltet werden.

Die Erkenntnisse darüber, welchen Einfluss sozialdemokratische Prinzipien auf die lokale soziale Innovation haben, klären nicht die Frage, welche Politik am besten geeignet ist, um soziale Innovation umzusetzen. Sie bieten jedoch einen Einblick darin, wie diese Prinzipien und deren strukturelle Merkmale zur Umsetzung von sozialer Innovation und somit zu positivem gesellschaftlichen Wandel beitragen können. Die

vorliegende Analyse zieht Lehren für eine produktive Gestaltung zukunftsfähiger politischer Strategien. Angesichts der demokratiepolitischen Herausforderungen, vor denen die europäischen Gesellschaften stehen, stellt das einen wichtigen Beitrag für die Fundierung aktueller politischer Praxis dar. Für die Stadt Wien bietet die Forschung zudem eine teilweise Evaluation der städtischen Struktur zur Förderung von sozialer Innovation. Die Politik und die Verwaltung der Stadt Wien sollten ein Gleichgewicht zwischen Unterstützung und Kontrolle von sozialer Innovation finden, das eine Stabilität schafft und gleichzeitig den benötigten Freiraum für die Integration kreativer Praktiken bietet. Die Analyse bietet eine Erweiterung für die akademischen Perspektiven auf die Rolle politischer Ideologien für gesellschaftlichen Fortschritt und betont die Bedeutung einer reflektierten und wertebasierten Politikgestaltung.

VIII. Literaturverzeichnis

Aderhold, Jens; Mann, Carsten; Rückert-John, Jana; Schäfer, Martina (2014): Soziale Innovationen und förderliche Governance-Formen im gesellschaftlichen Transformationsprozess. Hg. v. Technische Universität Berlin, Zentrum Technik und Gesellschaft. Berlin.

Ahn, Byeongsun; Friesenecker, Michael; Kazepov, Yuri; Brandl, Jana (2023): How Context Matters: Challenges of Localizing Participatory Budgeting for Climate Change Adaptation in Vienna. In: *UP* 8 (1). DOI: 10.17645/up.v8i1.6067.

Arampatzi, Athina (2022): Social innovation and austerity governance in Athens and Madrid: Rethinking the changing contours of policy and practice. In: *European Urban and Regional Studies* 29 (1), S. 45–58. DOI: 10.1177/09697764211028900.

Arndt, Christoph (2013): The Electoral Consequences of Third Way Welfare State Reforms: Amsterdam University Press.

Ayob, Noorseha; Teasdale, Simon; Fagan, Kylie (2016): How Social Innovation ‘Came to Be’: Tracing the Evolution of a Contested Concept. In: *J. Soc. Pol.* 45 (4), S. 635–653. DOI: 10.1017/S004727941600009X.

Baglioni, Simone; Sinclair, Stephen (2018): Social Innovation and Social Policy. Theory, Policy and Practice. Bristol: Policy Press.

Becker, Joachim; Novy, Andreas (1999): 8 Chancen und Grenzen alternativer Kommunalpolitik in Wien - ein historischer Überblick. Hg. v. Institute for Multilevel Governance and Development, Department of Socioeconomics, Vienna University of Economics and Business (SRE - Discussion Papers). Online verfügbar unter <https://www-sre.wu.ac.at/sre-disc/sre-disc68.pdf>, zuletzt geprüft am 03.01.2024.

BEPA (2011): Empowering people, driving change : social innovation in the European Union. Unter Mitarbeit von Isabelle Dro und Aurélie Therace: Publications Office.

Berner, Heiko (2022): Empowerment und soziale Innovation. In: Elmar Schüll, Heiko Berner, Martin Lu Kolbinger und Markus Pausch (Hg.): Soziale Innovation im Kontext. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Zukunft und Forschung), S. 103–125.

Boczy, Tatjana; Kazepov, Yuri; Saruis, Tatiana (2022): Räumliche Dimensionen sozialer Innovation. In: Elmar Schüll, Heiko Berner, Martin Lu Kolbinger und Markus Pausch (Hg.): Soziale Innovation im Kontext. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Zukunft und Forschung), S. 227–249.

Branden, Taco; Cattacin, Sandro; Evers, Adalbert; Zimmer, Annette (Hg.) (2016): Social Innovations in the Urban Context. 1st ed. 2016. Cham: Springer International Publishing (Nonprofit and Civil Society Studies). Online verfügbar unter <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=6422667>.

Brunner, Detlev (2023): Carl, Willi/Gorholt, Martin/Hering, Sabine (Hrsg.): Sozialdemokratie in Brandenburg (1933–1989/90). Lebenswege zwischen Widerstand, Vereinnahmung und Neubeginn, 336 S., Dietz Nachf., Bonn 2022. In: *Neue Polit. Lit.* 68 (3), S. 364–366. DOI: 10.1007/s42520-023-00506-6.

Bussemeyer, Marius R. (2008): Bildung und die „neue“ Sozialdemokratie: eine Analyse aus der Sicht der vergleichenden Staatsausgabenforschung. In: *Polit Vierteljahresschr* 49 (2), S. 283–308. DOI: 10.1007/s11615-008-0100-7.

Catacin, Sandro; Zimmer, Anette (2016): Urban Governance and Social Innovations. In: Taco Brandsen, Sandro Cattacin, Adalbert Evers und Annette Zimmer (Hg.): *Social Innovations in the Urban Context*. 1st ed. 2016. Cham: Springer International Publishing (Nonprofit and Civil Society Studies), S. 21–44.

Dahrendorf, Ralf (1983): *Die Chancen der Krise. Über d. Zukunft d. Liberalismus*. 3. Aufl., 16. - 20. Tsd. Stuttgart: Dt. Verl.anstalt.

do Adro, Francisco; Fernandes, Cristina I. (2020): Social innovation: a systematic literature review and future agenda research. In: *Int Rev Public Nonprofit Mark* 17 (1), S. 23–40. DOI: 10.1007/s12208-019-00241-3.

Domanski, Dmitri (2018): Developing the Social Innovation Ecosystem of the Vienna Region. Hg. v. ZSI - Zentrum für soziale Innovation (ZSI Discussion Paper, 37).

Dresing, Thorsten; Pehl, Thorsten (Hg.) (2011): *Praxisbuch Transkription. Regelsysteme, Software und praktische Anleitungen für qualitative ForscherInnen*. 2. Aufl. Marburg: Dr. Dresing und Pehl GmbH.

Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. 1., Auflage. New York, NY: John Wiley & Sons. Online verfügbar unter <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=1584052>.

Esping-Andersen, Gøsta (1998): Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus : zur politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. In: Stephan Lessenich und Ilona Ostner (Hg.): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*. Frankfurt/Main: Campus-Verl. (Theorie und Gesellschaft, 40).

European Commission (2013): *Guide to social innovation*. Unter Mitarbeit von Mikel Landabaso, Liesbet de Letter, Olivier Rouland, Diane Angermueller und Gabor Tóth. Directorate-General for Regional and Urban Policy; Directorate-General for Employment, Social affairs and Inclusion. Luxembourg (EDC collection).

Fößel, Florian (2020): Warum scheiterte der Dritte Weg der Sozialdemokratie? Labour Party und SPD im Vergleich. 1st ed. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (Parteien und Wahlen, v.22).

Fougère, Martin; Segercrantz, Beata; Seeck, Hannele (2017): A critical reading of the European Union's social innovation policy discourse: (Re)legitimizing neoliberalism. In: *Organization* 24 (6), S. 819–843. DOI: 10.1177/1350508416685171.

Fricke, Dieter: Die Entwicklung und Ausbreitung der Parteiorganisation der deutschen Sozialdemokratie 1875-1914. Probleme ihrer weiteren Erforschung und Darstellung. In: S. 145–160.

Galego, Diego; Moulaert, Frank; Brans, Marleen; Santinha, Gonçalo (2022): Social innovation & governance: a scoping review. In: *Innovation: The European Journal of Social Science Research* 35 (2), S. 265–290. DOI: 10.1080/13511610.2021.1879630.

Gazier, Bernard; Schmid, Günther (2017): Sozialdemokratie in Europa 4.0. In: *Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte* 64 (7/8), S. 10–14.

Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag (Lehrbuch). Online verfügbar unter <http://d-nb.info/1002141753/04>.

Gruber, Ernst; Lang, Richard (2019): Collaborative housing models in Vienna through the lens of social innovation. In: Gerard van Bortel (Hg.): Affordable housing governance and finance. Innovations, partnerships and comparative perspectives. Abingdon, Oxon, New York, NY: Routledge.

Hegemann, Hendrik; Kahl, Martin (2023): Weniger Demokratie wagen? Möglichkeiten und Grenzen liberaler Friedensstrategien nach der Zeitenwende. In: *Z Friedens und Konfliktforsch* 12 (1), S. 151–165. DOI: 10.1007/s42597-023-00096-w.

Hopf, Christel (1978): Die Pseudo-Exploration – Überlegungen zur Technik qualitativer Interviews in der Sozialforschung / Pseudo-exploration – Thoughts on the techniques of qualitative interviews in social research. In: *Zeitschrift für Soziologie* 7 (2), S. 97–115. DOI: 10.1515/zfsoz-1978-0201.

Höpner, Martin (2004): Sozialdemokratie, Gewerkschaften und organisierter Kapitalismus, 1880-2002. 04/10. Hg. v. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Köln (MPIfG Discussion Paper). Online verfügbar unter <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/36727>, zuletzt geprüft am 19.01.2024.

Howaldt, Jürgen; Butzin, Anna; Domanski, Dimitri; Kaletka, Christoph (2014): Theoretical approaches to social innovation. A critical review. Sozialforschungsstelle. Dortmund (A deliverable of the project: “Social Innovation: Driving Force of Social Change” (SI-DRIVE)).

Howaldt, Jürgen; Schwarz, Michael (2010a): Soziale Innovation – Konzepte, Forschungsfelder und -perspektiven. In: Jürgen Howaldt und Heike Jacobsen (Hg.): Soziale Innovation. Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Dortmunder Beiträge zur Sozialforschung), S. 87–108.

Howaldt, Jürgen; Schwarz, Michael (2010b): Soziale Innovation im Fokus. Skizze eines gesellschaftstheoretisch inspirierten Forschungskonzepts. s.l.: transcript Verlag (Sozialtheorie). Online verfügbar unter <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=1914777>.

Kazepov, Yuri; Colombo, Fabio; Saruis, Tatiana (2020): The multi-scalar puzzle of social innovation. In: Stijn Oosterlynck, Andreas Novy und Yuri Kazepov (Hg.): Local social innovation to combat poverty and exclusion. A critical appraisal. Bristol: Policy Press (Policy Press scholarship online), S. 91–112.

Kriesi, Hanspeter (2020): Is There a Crisis of Democracy in Europe? In: *Polit Vierteljahresschr* 61 (2), S. 237–260. DOI: 10.1007/s11615-020-00231-9.

Lascombes, Pierre; Le Gales, Patrick (2007): Introduction: Understanding Public Policy through Its Instruments? From the Nature of Instruments to the Sociology of

Public Policy Instrumentation. In: *Governance* 20 (1), S. 1–21. DOI: 10.1111/j.1468-0491.2007.00342.x.

Magistrat der Stadt Wien (2019): Smart City Wien Rahmenstrategie 2019-2050. Die Wiener Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Wien: Magistrat der Stadt Wien. Online verfügbar unter <http://media.obvsg.at/AC15555000-2001>.

Magistratsdirektion - Gruppe Koordination (2023): Organisation der Wiener Stadtverwaltung. Hg. v. Stadt Wien. Online verfügbar unter <https://www.wien.gv.at/verwaltung/organisation/pdf/verwaltung.pdf>, zuletzt geprüft am 14.08.2023.

Martens, Katrin; Wolff, Anke; Hanisch, Markus (2021): Understanding social innovation processes in rural areas: empirical evidence from social enterprises in Germany. In: *SEJ* 17 (2), S. 220–239. DOI: 10.1108/SEJ-12-2019-0093.

Massey, Andrew; Johnston-Miller, Karen (2016): Governance: public governance to social innovation? In: *Policy & Politics* 44 (4), S. 663–675. DOI: 10.1332/030557314X14042230109592.

Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Günter Mey und Katja Mruck (Hg.): Handbuch qualitative Forschung in der Psychologie. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 601–613.

Mayring, Philipp (2022): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 13. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz.

Mayring, Philipp; Fenzl, Thomas (2014): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Nina Baur und Jörg Blasius (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS (Handbuch), S. 543–556.

Merkel, Wolfgang (2016): Krise der Demokratie? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (40–42/2016), S. 4–11.

Misik, Robert (2024): Warum jetzt auch in Österreich für die Demokratie demonstriert wird. In: *vorwärts* 2024, 29.01.2024. Online verfügbar unter <https://www.vorwaerts.de/international/warum-jetzt-auch-oesterreich-fuer-die-demokratie-demonstriert-wird>.

Mocca, Elisabetta; Friesenecker, Michael (2021): Still a red island? Vienna's electoral geography between stability and change. In: Yuri Kazepov und Roland Verwiebe (Hg.): Vienna. Still a Just City? London: Routledge, S. 19–34.

Mocca, Elisabetta; Pasian, Pamela; Ahn, Byeongsun (2023): Labour and social inclusion paths for refugees. A comparison between Bologna and Vienna. In: *Innovation: The European Journal of Social Science Research* 36 (2), S. 210–227. DOI: 10.1080/13511610.2022.2113042.

Moulaert, Frank (2020): Foreword. In: Stijn Oosterlynck, Andreas Novy und Yuri Kazepov (Hg.): Local social innovation to combat poverty and exclusion. A critical appraisal. Bristol: Policy Press (Policy Press scholarship online), S. vii–xii.

Moulaert, Frank; MacCallum, Diana (2019): Advanced introduction to social innovation. Cheltenham (UK), Northampton (USA): E. Elgar (Elgar advanced introductions).

Moulaert, Frank; MacCallum, Diana; Hillier, Jean (2013a): Social innovation: intuition, precept, concept, theory and practice. In: F. Moulaert, D. MacCallum, D. Mehmood und A. Hamdouch (Hg.): The International Handbook on Social Innovation. Collective Action, Social Learning and Transdisciplinary Research. Cheltenham: Edward Elgar Publishing (Elgar original reference), S. 13–24.

Moulaert, Frank; MacCallum, Diana; Mehmood, Abid; Hamdouch, Abdelillah (2013b): General introduction: the return of social innovation as a scientific concept and a social practice. In: F. Moulaert, D. MacCallum, D. Mehmood und A. Hamdouch (Hg.): The International Handbook on Social Innovation. Collective Action, Social Learning and Transdisciplinary Research. Cheltenham: Edward Elgar Publishing (Elgar original reference), S. 1–6.

Moulaert, Frank; MacCallum, Diana; Van den Broeck, Pieter; Garcia, Marisol (2019): Bottom-linked governance and socially innovative political transformation. In: Jürgen Howaldt, Christoph Kaletka, Antonius Schröder und Marthe Zirngiebl (Hg.): A world of new practices. München: oekom (Atlas of social innovation, 2nd volume), S. 62–65.

Moulaert, Frank; Mehmood, Abid; MacCallum, Diana; Leubolt, Bernhard (2017a): Social innovation as a trigger for transformations. The role of research. Unter Mitarbeit von Frank Moulaert, Abid Mehmood, Diana MacCallum und Bernhard Leubolt. Directorate-General for Research and Innovation. Luxembourg.

Moulaert, Frank; Mehmood, Abid; MacCallum, Diana; Leubolt, Bernhard (Hg.) (2017b): Social innovation as a trigger for transformations: the role of research. Luxembourg. Online verfügbar unter <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/a7b4de0a-1070-11e8-9253-01aa75ed71a1/language-en>, zuletzt geprüft am 21.07.2023.

Murray, Robin; Caulier-Grice, Julie; Mulgan, Geoff (2010): The open book of social innovation. London: National Endowment for Science, Technology and the Arts; Young Foundation (Social innovator series : ways to design, develop and grow social innovation).

Novy, Andreas; Hammer, Elisabeth (2007): Radical Innovation in the Era of Liberal Governance. In: *European Urban and Regional Studies* 14 (3), S. 210–222. DOI: 10.1177/0969776407077738.

Novy, Andreas; Hammer, Elisabeth; Leubolt, Bernhard (2009): Social Innovation and Governance of Scale in Austria. In: Diana MacCallum (Hg.): Social innovation and territorial development. London, New York: Routledge, S. 131–147.

Nowotny, Thomas (2018): Die notwendige Sozialdemokratie. In: *Indes* 7 (3), S. 29–44. DOI: 10.13109/inde.2018.7.3.29.

Oosterlynck, Stijn; Kazepov, Yuri; Novy, Andreas (2020): Governing local social innovations against poverty across Europe. In: Stijn Oosterlynck, Andreas Novy und Yuri Kazepov (Hg.): Local social innovation to combat poverty and exclusion. A critical appraisal. Bristol: Policy Press (Policy Press scholarship online), S. 1–18.

Oosterlynck, Stijn; Kazepov, Yuri; Novy, Andreas; Cools, Pieter; Barbeis, Eduardo; Wukovitsch, Florian et al. (2013): The butterfly and the elephant: local social

innovation, the welfare state and new poverty dynamics. Antwerp. ImPRovE Discussion Paper No. 13/03.

Oosterlynck, Stijn; Kazepov, Yuri; Novy, Andreas; Cools, Pieter; Sarius Tatiana; Wokubitsch, Florian (2015): Local social innovation and welfare state restructuring: analysing their relationship. Antwerp. ImPRovE Discussion Paper No. 15/15.

Oschmiansky, Frank; Berthold, Julia (2020): Wohlfahrtsstaatliche Grundmodelle. Hg. v. bpb.de. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/arbeit/arbeitsmarktpolitik/305930/wohlfahrtsstaatliche-grundmodelle/#node-content-title-2>, zuletzt geprüft am 15.11.2023.

Pernicka, Susanne; Hefler, Günter (2015): Austrian Corporatism – erosion or resilience? In: *ozp* 44 (3), S. 39. DOI: 10.15203/ozp.326.vol44iss3.

Pieri, Benedetta de; Teasdale, Simon (2021): Radical futures? Exploring the policy relevance of social innovation. In: *SEJ* 17 (1), S. 94–110. DOI: 10.1108/SEJ-11-2020-0111.

Portales, Luis (2019): Social Innovation: Origins, Definitions, and Main Elements. In: Luis Portales (Hg.): Social innovation and social entrepreneurship. Fundamentals, concepts, and tools. Cham: Palgrave Macmillan, S. 1–14.

Sandner, Günther (2018): Sozialdemokratie in Österreich. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung zur modernen Sozialdemokratie. 3. Aufl. Wien: Karl-Renner-Inst. Online verfügbar unter <https://permalink.obvsg.at/AC07063678>.

Schneider, Matthias Roman (2024): Gefahr durch Rechtsextremismus für unsere Demokratie - Wiederholt sich die deutsche Geschichte? In: *SWR.de* 2024, 27.01.2024. Online verfügbar unter <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/rechtsextremismus-afd-verfall-demokratie-geschichte-weimarer-republik-100.html>.

Schomaker, Rahel M.; Lobnig, Christina A.; Deckert, Carsten (2022): Soziale Innovation in und durch die öffentliche Verwaltung – theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse für Österreich. In: Elmar Schüll, Heiko Berner, Martin Lu Kolbinger und Markus Pausch (Hg.): Soziale Innovation im Kontext. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Zukunft und Forschung), S. 205–225.

SORA (2022): Fokusbericht Demokratie Monitor 2022. Unter Mitarbeit von Martina Zandonella. Online verfügbar unter <https://www.parlament.gv.at/dokument/fachinfos/publikationen/SORA-Endbericht-Demokratie-Monitor-2022.pdf>, zuletzt geprüft am 26.10.2023.

Stadt Wien, Wirtschaft, Arbeit und Statistik (MA 23) (2019): Wien 2030. Wirtschaft & Innovation. Wien: Stadt Wien, Wirtschaft, Arbeit und Statistik (MA 23). Online verfügbar unter <http://media.obvsg.at/AC15593218-2001>.

Turowski, Jan (2010): Der sozialdemokratische Grundwertediskurs: Ziele und Politikinstrumente in neuen Spannungsfeldern. In: Jan Turowski (Hg.): Sozialdemokratische Reformdiskurse. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss, S. 51–101.

van der Have, Robert P.; Rubalcaba, Luis (2016): Social innovation research: An emerging area of innovation studies? In: *Research Policy* 45 (9), S. 1923–1935. DOI: 10.1016/j.respol.2016.06.010.

Verwiebe, Roland; Kazepov, Yuri; Friesenecker, Michael; Ahn, Byeongsun (2021): Vienna's resilience. In: Yuri Kazepov und Roland Verwiebe (Hg.): Vienna. Still a Just City? London: Routledge, S. 146–158.

Vorländer, Hans (2023): Demokratie in der Zeitenwende. In: *Z Politikwiss* 33 (1), S. 61–70. DOI: 10.1007/s41358-022-00337-z.

Webseiten

Demokratiezentrum Wien. (2021, 23. Juli). Ziele der lokalen Agenda 21 Wien - Demokratiezentrum Wien. Abgerufen am 9. Februar 2024, von <https://www.demokratiezentrum.org/bildung/ressourcen/themenmodule/partizipationsformen-in-wien/ziele-der-lokalen-agenda-21-wien/>.

Demokratiezentrum Wien. (2021a, April 14). Organisationsstruktur - Demokratiezentrum Wien. Abgerufen am 9. Februar 2024, von <https://www.demokratiezentrum.org/bildung/ressourcen/themenmodule/partizipationsformen-in-wien/organisationsstruktur/>.

Demokratiezentrum Wien. (2021b, Juli 23). Die lokale Agenda 21 Wien - Demokratiezentrum Wien. Abgerufen am 9. Februar 2024, von <https://www.demokratiezentrum.org/bildung/ressourcen/themenmodule/partizipationsformen-in-wien/die-lokale-agenda-21-wien/>.

Über uns – Social City Wien. (o. D.). Socialcitywien. Abgerufen am 9. Februar 2024, von <https://www.socialcity.at/uber-uns/>

Unsere Mission - LA21. (o. D.). Lokale Agenda 21 Wien. Abgerufen am 9. Februar 2024, von <https://www.la21wien.at/unsere-mission.html>.

Urban Innovation - Wien Holding. (o. D.). wienholding.at. Abgerufen am 16. Januar 2024, von <https://www.wienholding.at/Unternehmen/Urban-Innovation>.

Appendix

Abstract Deutsch

Die Arbeit untersucht die Bedeutung sozialdemokratischer Prinzipien für die Förderung und Umsetzung von lokaler sozialer Innovation am Beispiel der Stadt Wien als Stadt in sozialdemokratischer Tradition. Die Forschung soll helfen die Wechselwirkungen zwischen politischen Ideologien und sozialer Innovationen zu verstehen, um ihr Potential für die Lösung demokratischer Herausforderung bestmöglich zu verstehen. Die Forschungsfrage *„Wie beeinflussen die sozialdemokratischen Prinzipien der Stadt Wien die Förderung und Implementierung von lokalen sozialen Innovationen?“* wird mit Hilfe von qualitativen Daten aus leitfadengestützten Expert:inneninterviews beantwortet. Die Interviews mit leitenden Angestellten der Stadt Wien, die in Strategie und Umsetzung sozialer Innovation involviert sind, reflektieren die verschiedenen Dimensionen von sozialer Innovation und ermöglichen damit eine Untersuchung anhand sozialdemokratischer Prinzipien.

Die Ergebnisse der Arbeit zeigen eine ambivalente Rolle der sozialdemokratischen Prinzipien in der lokalen sozialen Innovation. Einerseits schaffen die gewachsenen Strukturen der sozialen Inklusion eine förderliche Grundlage für die Entwicklung von sozialer Innovation, andererseits hemmen die paternalistischen Dynamiken in der Stadt die empowernde Wirkung von bottom-up Ansätzen. Der Politik wird empfohlen mehr Risikobereitschaft zu zeigen, die Offenheit der Stadtverwaltung und Politik weiter zu fördern und eine produktive Förderlandschaft mit offeneren Kriterien zu verfolgen.

Die Arbeit trägt dazu bei, das Verständnis der Verbindungen zwischen politischer Ideologie und praktischer Umsetzung sozialer Innovationen zu vertiefen und setzt Impulse für die Ausrichtung zukünftiger Strategien in diesem Bereich.

Abstract Englisch⁶

The thesis analyses the importance of social democratic principles for the promotion and implementation of local social innovation using the example of the city of Vienna as a city in the social democratic tradition. The research aims to understand the interactions between political ideologies and social innovation in order to maximise their potential for solving democratic challenges. The research question "How do the social democratic principles of the City of Vienna influence the promotion and implementation of local social innovation?" is answered with the help of qualitative data from guided expert interviews. The interviews with senior employees of the City of Vienna who are involved in the strategy and implementation of social innovation reflect the various dimensions of social innovation and thus enable an investigation based on social democratic principles.

The results of the study show an ambivalent role of social democratic principles in local social innovation. On the one hand, the established structures of social inclusion create a favourable basis for the development of social innovation; on the other hand, the paternalistic dynamics in the city inhibit the empowering effect of bottom-up approaches. Politicians are recommended to show more willingness to take risks, to further promote the openness of the city administration and politics and to pursue a productive funding landscape with more open criteria.

The work contributes to a deeper understanding of the links between political ideology and the practical implementation of social innovation and provides impetus for the direction of future strategies in this area.

⁶ Übersetzt mit dem Übersetzungsprogramm DeepL www.deepl.com, Terminologie überprüft durch die Autorin